

Bachelorarbeit

Titel: Die politische Kommunikation der Bundeskanzlerin Angela Merkel zur Energiewende

Untertitel: Fukushima – Bruch oder Kontinuität in der Kommunikationsstrategie?

Vorgelegt von: Claudia Janoska
Matrikelnummer: 2009 2649

Vorgelegt am: 10. April 2013

Erstprüfer: Dr. phil. Berthold Petzinna

Zweitprüfer: Prof. Dr. Jan Pinseler

Inhaltsverzeichnis

INHALTSVERZEICHNIS	I
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	III
1 EINLEITUNG	1
1.1 PROBLEMSTELLUNG	1
1.2 ZIELSETZUNG	2
2 THEORETISCHE GRUNDLAGEN DER POLITISCHEN KOMMUNIKATION	4
2.1 DEFINITION DES BEGRIFFS „POLITISCHE KOMMUNIKATION“	4
2.2 DAS POLITIKMODELL	7
2.3 REGIERUNG UND KANZLERAMT	9
2.3.1 REGIERUNGSKOMMUNIKATION	12
2.3.2 KANZLERKOMMUNIKATION	15
2.4 MEDIEN, POLITIK UND GESELLSCHAFT	16
2.4.1 ZUM VERHÄLTNIS VON POLITIK UND MEDIEN	19
2.4.2 VERSUCHE MEDIENPOLITISCHER EINFLUSSNAHME	24
2.5 AKTEURE DER POLITISCHEN KOMMUNIKATION	25
2.6 STRATEGIEN DER POLITISCHEN AKTEURE	28
3 DIE FORSCHUNGSMETHODE DER QUALITATIVEN INHALTSANALYSE	34
4 PRAXISBEISPIEL – DIE ENERGIEWENDE	39
4.1 KURZEKKURS: DEUTSCHE KERNENERGIE	39
4.2 DAS ENERGIEKONZEPT VON 2010	40
4.2.1 VORBEREITUNGSPHASE	43
4.2.2 DURCHFÜHRUNGSPHASE – DIE ENERGIEREISE DER KANZLERIN	46
4.2.3 RESÜMEE DER ENERGIEREISE	59
4.2.4 NACHBEREITUNGSPHASE	63

4.3 DIE NUKLEARE KATASTROPHE VON FUKUSHIMA UND IHRE FOLGEN	67
4.3.1 ERSTE REAKTIONEN AUF FUKUSHIMA	70
4.3.2 VORBEREITUNGSPHASE	72
4.3.3 DURCHFÜHRUNGSPHASE	84
4.3.4 NACHBEREITUNGSPHASE	92
5 SCHLUSSBETRACHTUNGEN	98
<hr/>	
QUELLENVERZEICHNIS	IV
<hr/>	
LITERATURVERZEICHNIS	IV
INTERNETQUELLEN	VI
ANLAGENVERZEICHNIS	XIV
<hr/>	
ANLAGE 1: GLOSSAR	XV
ANLAGE 2: UNTERSUCHUNGSMATERIAL	XVII
SELBSTSTÄNDIGKEITSERKLÄRUNG	XVIII

Abkürzungsverzeichnis

BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
EEX	European Energy Exchange (deutsche Strombörse)
EWI	Energiewirtschaftliches Institut an der Universität zu Köln
BPA	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
BRD	Bundesrepublik Deutschland
ca.	circa (etwa)
CDU	Christlich Demokratische Union
ebd.	Ebenda
EEG	Erneuerbare-Energien-Gesetz
etc	et cetera (und so fort)
FDP	Freie Demokratische Partei
gws	Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung
KKW	Kernkraftwerk
PK	Pressekonferenz
PR	Public Relations (Öffentlichkeitsarbeit)
TV	Television
vgl.	Vergleiche
z.B.	zum Beispiel
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen

1 Einleitung

1.1 Problemstellung

Ich finde, an einem solchen Tag darf man nicht einfach sagen: Unsere Kernkraftwerke sind sicher. Sie sind sicher, aber trotzdem muss man nachfragen: Was ist aus einem solchen Ereignis zu lernen? [Auch wenn wir] keine Anhaltspunkte dafür haben, dass unsere Kernkraftwerke nicht sicher wären, können wir trotzdem immer noch dazulernen.¹

*Bundeskanzlerin Angela Merkel am 12.03.2011,
einen Tag nach der Katastrophe von Fukushima*

Die Bundesregierung unter Kanzlerin Angela Merkel verabschiedete 2010, nach monatelanger Vorbereitung, eine Atomgesetz-Novelle, die die Laufzeiten der deutschen Kernkraftwerke bis etwa 2030 verlängerte. Ein halbes Jahr später verabschiedete dieselbe Regierung unter derselben Kanzlerin eine weitere Gesetzes-Novelle, die die Laufzeiten auf das Jahr 2022 verkürzte. Angela Merkel nahm eine politische Kehrtwende vor – und das in einer der wichtigsten Grundsatzausrichtungen der Christlich Demokratischen Union (CDU).

Die Natur der Demokratie fordert, dass Politiker ihre Entscheidungen begründen und legitimieren. Auf diese Weise rechtfertigen sie ihre Wahl zu Volksvertretern durch die Bürger. Dieser Aufgabe können Politiker nur mit Hilfe politischer Kommunikation gerecht werden. Denn Politik besteht zum Großteil aus der Kommunikation der selbigen und Kommunikation wird so zum politisch-strategischen Mittel. Dabei erreichen Politiker die Volksmassen nur noch via Massenmedien. In der heutigen mediatisierten Informationsgesellschaft sind die Massenmedien das große Informationsforum zwischen Politikern und öffentlichen Meinungen. Das Überangebot an Rundfunksendern, Print- und Onlinemedien bedeutet für die Bürger vielfältige Informationszugänge und für Politiker den Zwang zur Anpassung an die Mediengesellschaft. Um ihre politischen

¹ Bundespresseamt (2011): Pressestatements von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesminister Guido Westerwelle zum Erdbeben in Japan am 12. März 2011.
<<http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/03/2011-03-12-pk-kanzleramt-japan.html?nn=74446>> Zugriff am 20.03.2013.

Handlungen zu legitimieren und für Zustimmung zu werben, müssen sie es erstens schaffen, von den Massenmedien als berichtenswert wahrgenommen zu werden und zweitens die Informationsveröffentlichung in ihrem Sinne forcieren. Gleichzeitig bedeutet die Mediengesellschaft auch eine mediale Dauerbeobachtung. Aufgrund ihres Amtes als Regierungschefin werden das Handeln und Kommunizieren von Angela Merkel grundsätzlich als berichtenswert eingestuft. Sämtliche Aussagen und Handlungen stehen also im Beobachtungsfokus der Gesellschaft.

Diese Aspekte führen dazu, dass politische Entscheidungen nicht unvorbereitet getroffen und kommuniziert werden können. Sofort sind die Medien zur Stelle und überprüfen (zumindest die meisten Qualitätsmedien) die Aussagen auf Stichhaltigkeit und fragen nach dem „Wie?“ und „Warum?“. Um dem medialen Kreuzverhör standzuhalten, müssen Politiker die passenden Antworten parat haben, wenn sie die Bürger überzeugen und ihre Politik legitimieren wollen. Politische Kommunikation wird so, das zeigt die wachsende professionelle Öffentlichkeitsarbeit politischer Institutionen, vom Informations- zum Überzeugungsinstrument politischer Strategien.

1.2 Zielsetzung

Die Arbeit beschäftigt sich mit der Analyse der politischen Kommunikation der Bundeskanzlerin Angela Merkel zwischen den Laufzeitverlängerungen und dem vorgezogenem Atomausstieg nach Fukushima. Am Beispiel der doppelten Energiewende wird die Kommunikationsstrategie der Kanzlerin herausgearbeitet. Dabei wird untersucht, ob und inwiefern sich ihre Argumentationsstruktur vom Standpunkt der Laufzeitverlängerung bis zur Atomkatastrophe und dem damit einhergehenden beschleunigten Atomausstiegsprogramm veränderte. Hier wird ein Bruch in der Kommunikationsstrategie vermutet, der zu belegen oder zu falsifizieren ist.

Zunächst werden die theoretischen Grundlagen zu politischer Kommunikation erarbeiten. Dabei ist zu klären, in welchem politischen und gesellschaftlichen Handlungsrahmen politische Kommunikation stattfindet und welche besondere Rolle der Bundeskanzlerin als Regierungschefin dabei zukommt. Des Weiteren wird zu untersuchen sein, welche gängigen, in der Wissenschaft anerkannten Kommunikationsstrategien der politischen Akteure existieren. Die Analyse des sehr umfangreichen Kommunikationsmaterials der Kanzlerin wird mit Hilfe der qualitativen Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring vorgenommen. Eine kurze Zusammenfassung der deutschen Kernenergie-

politik gibt einen Überblick über frühere und gegenwärtige Bemühungen der verschiedenen politischen Lager.

Anschließend folgt der praktische Teil der Arbeit. Dieser gliedert sich in die chronologische Analyse der politischen Kommunikation der Kanzlerin vor und nach Fukushima. Ein anschließender Vergleich der beiden Kommunikationsstrategien soll verdeutlichen, mit welchen Kommunikationsinstrumenten die Kanzlerin die beschleunigte Energiewende begründete und legitimierte. Des Weiteren wird sich zeigen, ob die Kommunikationsstrategien von einem Bruch oder von Kontinuität gekennzeichnet sind.

2 Theoretische Grundlagen der politischen Kommunikation

2.1 Definition des Begriffs „politische Kommunikation“

Politik ist allgegenwärtig. Rund um die Uhr berichten Medien über aktuelle politische Trends und selbst unpolitische Menschen sind in ihrem Alltag direkt oder indirekt von politischen Entscheidungen und deren Folgen betroffen. Politik ist das Grundgerüst jeder Gesellschaft und regelt die Lebensbereiche der Menschen. So ist der Umstand, dass wir bestimmte Plastikflaschen nicht wegwerfen, sondern sie zum Händler zurückbringen und Pfandgeld erhalten, die Folge einer politischen Entscheidung. Auch die Entscheidung, die Kernkraftwerke (KKW) bis 2030 oder 2022 laufen zu lassen, sind Folgen politischer Entscheidungen.

Politische Kommunikation ist aber nicht einfach nur die Kommunikation politischer Entscheidungen. Dann würde dieser Kommunikationsprozess immer nur von Politikern ausgeführt werden. Da Politik und das Vermitteln von Politik sowie die Meinungsbildung über Politik in der Demokratie allgegenwärtige, alltägliche Prozesse sind, findet politische Kommunikation auch gesamtgesellschaftlich statt. Selbst Menschen, die politisch nicht aktiv sind, tragen mit ihrer Meinung und ihrem Wahlverhalten zu einem öffentlichen Bild über die politische Lage bei. Selbst Bürger, die nicht wählen gehen, geben ein politisches Statement ab, nämlich das Desinteresse und damit die negative Bewertung der aktuellen Politik.

Aufgrund dieser Allgegenwärtigkeit vom Politischen und demzufolge von politischer Kommunikation, gibt es in der Wissenschaft keine einheitliche Definition und die wissenschaftlichen Herangehensweisen unterscheiden sich z.B. bezüglich des Untersuchungsgegenstandes und der wissenschaftlichen Disziplin. Hilfreich für den weiteren Verlauf der Arbeit ist die Aufteilung der politischen Kommunikation in ihre beiden Grundbestandteile: Politik ist ganz allgemein als Staatsführung gekennzeichnet² und Kommunikation grundsätzlich als ein Prozess der Zeichenvermittlung und des Informationsaustauschs. Einer Definition Otto Altendorfers zufolge, müssen mindestens vier Elemente beteiligt sein: Sender (Kommunikator), Kommunikationsinhalt (Aussage, Mitteilung, Botschaft), ein Kanal, über den der zu transportierende Inhalt laufe (Medium)

² Vgl. Duden: Politik. <<http://www.duden.de/rechtschreibung/Politik>> Zugriff am 01.02.2013.

und ein Empfänger (Rezipient).³ Kommunikation kann also von diesen vier Größen ausgehend unterschiedlich definiert und untersucht werden. Diese beiden Definitionen ergeben einen Begriff von politischer Kommunikation als Kommunikation, die die Staatsführung betrifft.

Verallgemeinert ist politische Kommunikation also die Informationsverbreitung über politische Entscheidungen. In einer Diktatur besteht politische Kommunikation im Verkünden von Vorschriften, ohne über die Entscheidungsfindung zu informieren, sie zu begründen oder gar das Volk mit einzubeziehen. In diesem Fall wird politische Kommunikation nur von der herrschenden Seite als Kommunikator durchgeführt. Ohne garantierte Meinungsfreiheit ist es der Bevölkerung nicht gestattet, öffentlich ihre Meinung zur Politik zu verkünden und so selbst politisch-kommunikativ tätig zu werden und politische Inhalte zurückzukommunizieren. Politische Kommunikation in einer parlamentarischen Demokratie bedeutet einen umfassenderen Begriff und weitreichendere Anforderungen an die politische Kommunikation. Laut Artikel 20 des Grundgesetzes ist die Bundesrepublik Deutschland (BRD) ein demokratischer und sozialer Bundesstaat, in dem alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht und von diesem in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt wird.⁴ Die Demokratie, übersetzt „Volksherrschaft“, sei also, so Jarren, Sarcinelli und Saxer, im engeren Sinne eine Regierungs- oder Staatsform, die direkt oder indirekt vom Volke abhängt.⁵ Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie sei dabei eine funktionierende Öffentlichkeit, in der der Wille des Volkes kommuniziert würde⁶ und in der die politischen Akteure via politischer Kommunikation versuchen, Legitimität für ihr politisches Handeln zu erringen.

Bezogen auf diese Arbeit bedeutet politische Kommunikation in der Demokratie die Informationsverbreitung von Politikern (Angela Merkel) über politische Absichten und Entscheidungen (Laufzeitverlängerung bzw. Energiewende) sowie der kommunikative Versuch, diese Absichten und Entscheidungen als richtig darzustellen. Gleichzeitig

³ Vgl. Altendorfer, Otto (2009): Einführung in die Kommunikationswissenschaft. In: Hilmer, Ludwig (Hg.) 2009: Medienmanagement. Band 1. Methodik – Journalistik und Publizistik – Medienrecht. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 167.

⁴ Vgl. Grundgesetz (idF v. 2010): Artikel 20.

⁵ Vgl. Saxer, Ulrich (Hg.) 1998: Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag GmbH, S. 645.

⁶ Vgl. Ebd.

gehört zur politischen Kommunikation auch die Kommunikation aller möglichen gesellschaftlichen Gruppierungen oder Einzelpersonen, die in einer funktionierenden Öffentlichkeit die Politik zu beeinflussen versuchen. Politik kann also nur erfolgreich sein, wenn sie erfolgreich kommuniziert wird.

Diese Arbeit untersucht die politische Kommunikation der Bundeskanzlerin, mit der sie zunächst ihre politischen Absichten und später politische Entscheidungen zur Energiepolitik begründete und legitimierte. Hier wird also politische Kommunikation vom Kommunikator aus untersucht. Die Wirkung auf Rezipienten und die Rolle des Mediums stehen nicht im Fokus der Betrachtungen. Wenn die Kanzlerin mit der Absicht kommuniziert, nicht einfach nur zu informieren, sondern auch zu überzeugen, dann versucht sie eine Reaktion herbeizuführen. Die Kommunikation der Kanzlerin ist also gleichzeitig Information und Interaktion. Sie versucht, beim Empfänger etwas auszulösen: Zustimmung, Einverständnis und im besten Fall das Wählen ihrer Person/Partei.

Die für diese Arbeit zu untersuchende Kommunikation von Angela Merkel ist nach Pürer bei der Massenkommunikation, als spezielle Form der Humankommunikation zwischen Menschen, anzusiedeln.⁷ Als Massenkommunikation bezeichnet Otto Altendorfer Kommunikation, die sich an eine so unüberschaubare Zahl von Menschen richtet, dass es dem Kommunikator unmöglich sei, direkt und persönlich mit jedem einzelnen zu kommunizieren.⁸ Die Kanzlerin richtet sich in den zu untersuchenden Dokumenten an die Öffentlichkeit und nicht an einen konkreten Zuhörer oder nichtöffentliche Kreise. Ihre Nachrichten haben einen Empfänger, der aber zum Zeitpunkt des Aussprechens der Kommunikation nicht anwesend ist und nicht antworten kann.

Abschließend lässt sich also zusammenfassen: Demokratie, so Sarcinelli, ist zustimmungsabhängig und öffentlich begründungspflichtig.⁹ Zum politischen Prozess der Herstellung allgemein verbindlicher Regeln gehören in einer Demokratie auch die Darstellung der Entscheidungsgründe und die Aggregation von Zustimmung für die Entscheidung. Wenn Politik nicht durch politische Kommunikation die Zustimmung der

⁷ Vgl. Pürer, Heinz (2003): Publizistik und Kommunikationswissenschaft. Ein Handbuch. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft (= UTB 8249), S. 59.

⁸ Vgl. Altendorfer, Otto (2009): Einführung in die Kommunikationswissenschaft. In: Hilmer, Ludwig (Hg.) 2009: Medienmanagement. Band 1. Methodik – Journalistik und Publizistik – Medienrecht. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 175.

⁹ Vgl. Sarcinelli, Ulrich (2005): Politische Kommunikation in Deutschland. Zur Politikvermittlung im demokratischen System. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 11.

Bürger aggregiert, dann werden politische Entscheidungen kaum durchsetzbar sein. Langfristig kann fehlende bzw. erfolglose politische Kommunikation zur Abwahl politischer Akteure führen. Politik sollte die Aufgabe haben, die besten Entscheidungen bzw. Kompromisse zugunsten des Allgemeinwohls herzustellen. Dabei kommen den Politikern zwei entscheidende Aufgaben zu: Erstens müssen sie Politik im Sinne des Volkes machen, zweitens müssen sie dem Volk kommunizieren, dass sie dies tun und dass es richtig ist, wie sie es tun. Deshalb schließe ich mich der Meinung von Ottfried Jarren und Patrick Donges an, die politische Kommunikation als zentralen „[...] Mechanismus bei der Formulierung, Aggregation, Herstellung und Durchsetzung kollektiv bindender Entscheidungen“¹⁰ formulieren.

Für diese Arbeit ist folgende Definition der politischen Kommunikation die treffendste: Politische Kommunikation ist die Summe aller kommunikativen Bestrebungen von gesellschaftlichen oder politischen Gruppen zur medialen, also öffentlichen, Platzierung ihrer Themen und Deutungen, sowie die Legitimierung dieses politischen Vorgehens als richtig und allgemein verbindlich wünschenswert. Die nächsten Kapitel werden die theoretischen Rahmenbedingungen erörtern, in denen politische Kommunikation stattfindet und welche besondere Rolle die Bundeskanzlerin dabei einnimmt.

2.2 Das Politikmodell

Die Handlungsmöglichkeiten von Politikern werden durch das politische System, in dem sie agieren, eingegrenzt. Staat und politisches System bilden, so Jarren und Donges, den Rahmen politischer Kommunikation.¹¹ Dieser Auffassung schließe ich mich an. Die Grundlage aller staatlichen Konstruktionen ist die Gesellschaft. In dieser Gesellschaft gibt es ein politisches System, dessen Kern der Staat ist. Das politische System setzt sich also aus staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen, Akteuren und Interessensgruppen zusammen, die von gesellschaftlichen Impulsen leben. In diesem Feld des politischen Systems mit dem Staat als Zentrum findet politische Kommunikation statt. Die Kanzlerin als gewählte Politikerin konkurriert also mit anderen gesellschaftlichen

¹⁰ Jarren, Ottfried; Donges, Patrick (2006): Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung. 2. überarb. A. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 22.

¹¹ Vgl. Ebd., S. 73.

Gruppierungen in ihren Kommunikationsversuchen, die Politik zu beeinflussen, oder arbeitet mit ihnen zusammen.

Zu den Legitimationspflichten in einer Demokratie kommen weitere Besonderheiten der jeweiligen spezifischen Staatsform. Von den verschiedenen Staatsmodellen nach Kaufmann¹² treffen auf die BRD die Modelle des Rechtsstaates, des Sozialstaates und des Steuerungsstaates zu. In unserem Staat sind alle staatlichen Vorgänge rechtlich fixiert, die staatliche Macht unterliegt rechtlicher Kontrolle und ist dreigeteilt in die Gewalten der Exekutive, Legislative und Judikative. Des Weiteren besteht durch die verschiedenen kollektiv gültigen Gesetzestexte Rechtssicherheit für die Bürger. Charakteristika des Sozial- und des Steuerungsstaates zeigen sich im korrigierenden Eingreifen des Staates bei unerwünschten Entwicklungen in bestimmten sozialen Bereichen sowie in der versuchten Steuerung der Individuen, die in unserem Staat leben. Durch Gesetze etc. reagiert der Staat nicht nur, wenn etwas Unerwünschtes passiert ist, sondern versucht, die Handlungsprämisse der Bürger aktiv zu beeinflussen, beispielsweise durch das Zahlen eines höheren Preises für Ökostrom im Vergleich zu konventionell erzeugtem Strom.

Wenn die Kanzlerin also mit ihrer Regierung eine politische Entscheidung trifft, die Allgemeingültigkeit erhalten soll, muss sie diese rechtlich fixieren. Sie kann prinzipiell nur Dinge fordern, die im Rahmen des Gesetzes möglich sind (außer sie strebt eine Verfassungsänderung an). Das heißt, ihrer politischen Kommunikation kommt nicht nur eine entscheidende Rolle bei der Bürgerüberzeugung zu, sondern sie dient auch der Überzeugung von Bundesrat und Bundestag. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass die Regierungsentscheidungen, ehe sie in die Tat umgesetzt werden können, erst die Hürde der Legislative nehmen müssen. Dieser parlamentarisch-demokratische Charakter der BRD beugt willkürlichen politischen Handlungen vor und zwingt Politiker, ihre Entscheidungen intensiv zu erklären und zu legitimieren. In diesem Legitimationsprozess kommt dem Bundestag (neben Bundesrat und den Landtagen) die Rolle der zentralen politischen Institution zu. Rudzio spricht dem Bundestag herausragende demokratische Legitimation zu, da er als einziges Bundesorgan direkt vom Volke gewählt wird.¹³ Indi-

¹² Vgl. Ebd., S. 74.

¹³ Vgl. Rudzio, Wolfgang (2006): Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. 7. überarb. u. erweitert. A. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 197.

rekt weitergeleitet wird diese Volkswahl an das Amt des Bundeskanzlers. Die vom Volk gewählte stärkste Partei stellt den Bundeskanzlerkandidaten, der wiederum vom Bundestag gewählt wird (wobei es in der Natur der Sache liegt, dass die parlamentarische Mehrheit des Bundestages aus der stärksten Partei besteht, die auch den Kanzler stellt bzw. aus der regierungsbildenden Parteienkoalition). Als Regierungschef nehme der Bundeskanzler, so Rudzio, eine herausragende Führungsstellung im Kreise der Regierungsmitglieder ein.¹⁴ Die im Grundgesetz verankerten Grundzüge dieses Amtes helfen, die besondere Rolle des Kanzlers innerhalb der Regierung und gegenüber der Bevölkerung nachzuvollziehen und sollen im Folgenden erörtert werden.

2.3 Regierung und Kanzleramt

Im Grundgesetz sind die wichtigsten Vorgaben zur Bundesregierung gesetzlich geregelt¹⁵:

Artikel 62: „Die Bundesregierung besteht aus dem Bundeskanzler und aus den Bundesministern.“

Artikel 64,1: „Die Bundesminister werden auf Vorschlag des Bundeskanzlers vom Bundespräsidenten ernannt und entlassen.“

Artikel 65: „Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung. Innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Bundesminister seinen Geschäftsbereich selbstständig und unter eigener Verantwortung. Über Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bundesministern entscheidet die Bundesregierung [...].“

Angela Merkel steht stellvertretend für die Bundesregierung und ist, als gewählte Vertreterin des Volkes, Hauptverantwortliche für die Politik im Land.¹⁶ Sie bestimmt, wel-

¹⁴ Vgl. Ebd., S. 242.

¹⁵ Grundgesetz (idF v. 2010): Artikel 62; Artikel 64, Absatz 1; Artikel 65.

¹⁶ Vgl. Bundespresseamt (2013): Aufgaben der Bundeskanzlerin.

<<http://www.bundeskanzlerin.de/Webs/BK/De/Kanzleramt/AufgabenderKanzlerin/aufgaben-der-kanzlerin.html>> Zugriff am 28.11.2012.

che Politiker die Ämter der Bundesminister übernehmen und mit denen sie infolgedessen regieren wird, sowie deren Zahl und Geschäftsbereiche. Wird ihrer Meinung nach ein Ressort notwendig, das noch nicht existiert, z.B. ein Ministerium für die Energiewende anstelle der derzeitigen Kooperation in diesem Bereich zwischen dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWV), so könnte sie es gründen und mit einem Bundesminister besetzen.

Durch die politischen Richtlinien, die sie als Regierungschefin der Regierung vorgibt, setzt sie den politisch-programmatischen Rahmen, innerhalb dem die einzelnen Bundesminister in ihren Ressorts selbstständig und unter eigener Verantwortung arbeiten. Da die Kanzlerin befugt ist, die Bundesminister auch wieder zu entlassen, sind sie ihr auch Rechenschaft schuldig und angehalten, nach ihren Vorgaben Politik zu betreiben. Nach Rudzio diene diese Konzentration auf die Kanzlerin der Förderung der Einheitlichkeit und Handlungsfähigkeit der Bundesregierung,¹⁷ da die Zusammensetzung der Regierungsmitglieder und die rahmengebenden, obersten Handlungsanweisungen von ihrem Amt ausgehen.

Es ist derzeit kaum vorstellbar, dass eine Partei mit absoluter Mehrheit herrschen wird. Deshalb wird in der Regel eine Koalition aus mehreren Parteien gebildet, wie es auch zurzeit mit der schwarz-gelben Koalition von CDU und der Freien Demokratischen Partei (FDP) der Fall ist. Das bedeutet, dass die formell gegebenen Befugnisse der Kanzlerin ihr nicht immer und unter allen Bedingungen tatsächlich zur Verfügung stehen. Über wie viel Spielraum die Kanzlerin hierbei tatsächlich verfügt, so merkt Rudzio an, „[...] hängt vor allem von politischen Umständen ab: von [...] [ihrer] Position in der eigenen Partei, der Koalitionspartei und von persönlichem Geschick im politischen Geschäft.“¹⁸ Die Richtlinienkompetenz, für die es keine genaue Definition gibt und die weitestgehend Auslegungs- und Interpretationssache ist, sollte deshalb nicht überbewertet werden. Die Kanzlerin steht nicht allein für die inhaltliche Ausrichtung ihrer Partei bzw. Regierung, sondern innerhalb dieser Partei und mit ihr zusammen für das Parteiprogramm. Würden hier große Differenzen herrschen, wäre sie kaum als

¹⁷ Vgl. Rudzio, Wolfgang (2006): Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. 7. überarb. u. erweitert. A. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 242.

¹⁸ Ebd.

Kanzlerkandidatin bestimmt bzw. zur Vorsitzenden der CDU gewählt worden. Des Weiteren ist sie auch vom Kabinettsrat, dessen Vorsitzende sie ist und welches sie durch das Bestimmen der Bundesminister gestaltet, abhängig. Zum Bundeskabinettsrat, das wöchentlich berät, heißt es auf Angela Merkels Internetauftritt: „In den Sitzungen beraten und beschließen die Bundeskanzlerin und die Kabinettsmitglieder gemeinsam die nächsten Vorhaben der Bundesregierung. Das sind zum Beispiel Gesetzentwürfe, Verordnungen, Initiativen, Aktionsprogramme, Berichte und der Bundeshaushalt.“¹⁹ Entscheidend ist hierbei das Kollegialprinzip, nach dem die Kanzlerin mit den Ministerinnen und Ministern gemeinsam entscheidet. Kommt es zu Meinungsverschiedenheiten, ist die Kanzlerin als primus inter pares in einer schlichtenden Rolle, doch schließlich müsse „[...] das Kabinettsrat [...] mit Mehrheit entscheiden.“²⁰

Regieren im demokratischen, parlamentarischen System bedeutet also vor allem immer Kooperation und Kompromissbereitschaft. Deshalb schließe ich mich der Auffassung Rudzios an, dass die Richtlinienkompetenz im Allgemeinen darin bestehe, die Regierungsziele unter Beteiligung der Bundeskanzlerin zu entwickeln und dass diese dann von ihr zu ihren erklärt würden.²¹ Die Richtlinienkompetenz ist eine Art protokollarisches Instrument, um die hervorgehobene Macht der Kanzlerin innerhalb von Partei und Regierung symbolisch durch die Verankerung im wichtigsten deutschen Gesetzestext, dem Grundgesetz, zu untermauern. Auch nach dem Erklären der Regierungsziele zu ihren eigenen, muss die Kanzlerin immer wieder in ihrer Partei die Mehrheit hinter sich versammeln können, im Bundestag parlamentarische Mehrheiten erringen, um regierungsfähig zu bleiben und in letzter Instanz auch die Veto-Institution des Bundesrates überzeugen. Besonders wichtig ist die Zustimmung des Bundesrates, da ohne sie kein Bundesgesetz verabschiedet werden kann, was auch im Artikel 50 des Grundgesetzes verankert ist: „Durch den Bundesrat wirken die Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes und in Angelegenheiten der Europäischen Union mit.“²² Wenn die Kanzlerin versucht, den Bundesrat zu überzeugen, so versucht sie den

¹⁹ Bundespresseamt (2013): Das Kanzleramt.

<http://www.bundeskanzlerin.de/Webs/BKin/DE/Kanzleramt/Bundeskabinettsrat/bundeskabinettsrat_node.html> Zugriff am 06.02.2013.

²⁰ Ebd.

²¹ Vgl. Rudzio, Wolfgang (2006): Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. 7. überarb. u. erweitert. A. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 244.

²² Grundgesetz (idF v. 2010): Artikel 50.

ganzen Bund zu überzeugen, denn der Bundesrat ist die föderative Vertretung der Bundesländer.

Die Arbeit der Bundeskanzlerin ist deshalb auch von kommunizierenden, persuasiven und vermittelndem Charakter. Die Kanzlerin legt nicht allein die politischen Ziele der Regierung fest, aber als Partei- und Regierungschefin ist sie die mächtigste und amthöchste Repräsentantin der Regierung und somit „erste Frau“ wenn es darum geht, das Politische zu kommunizieren. Sie bildet das Machtzentrum im bundesdeutschen Verfassungsgefüge. In dieser Rolle und mit der Richtlinienkompetenz kann sie zwar nicht alleinentscheidend herrschen, sich aber auf die gesetzliche Fixierung ihrer Führungsrolle berufen und z.B. mit Hilfe eines Machtwortes Regierung und Opposition zur Zusammenarbeit aufrufen, um die Handlungsfähigkeit der Regierung zu sichern. In dieser Position ist sie mit dem Kapitän einer Fußballmannschaft vergleichbar. Sie hat nicht die alleinige Macht, aber als Kapitän das Recht und die Pflicht, sich auf diese Führungsrolle zu berufen, um die Teamarbeit herbeizuführen. Neben Kompetenz und Kompromissbereitschaft trägt vor allem die Kommunikationsfähigkeit dazu bei, Interessen durchzusetzen. Regierungschefs, so Henrik Gast, müssten sich in einem äußerst komplexen und kompetitiven Umfeld durch Kommunikation legitimieren und damit ihrer Position Geltung verschaffen.²³ Sie müssen immerfort Mitarbeiter, das Parlament, den Bundesrat, verschiedene Interessensvertreter und nicht zuletzt die Bürger von sich überzeugen. Letzteres geschieht vor allem über die Medien, weshalb vor den Bürgern zunächst die Medien überzeugt werden müssen, die Kanzlerkommunikation „weiterzugeben“. Dazu gehören auch die Bemühungen, die politischen Deutungen möglichst regierungskonform in den Medien abgebildet zu bekommen.

2.3.1 Regierungskommunikation

Politische Kommunikation habe ich bereits als Summe der kommunikativen Bestrebungen von gesellschaftlichen oder politischen Gruppen zur medialen Platzierung ihrer Themen und Deutungen gekennzeichnet. Auf die Regierung übertragen sind dies die kommunikativen Bestrebungen der Regierungsangehörigen. Klaus Eckart Gebauer

²³ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (2009): Kanzlerkommunikation. <<http://www.bpb.de/apuz/31753/kanzlerkommunikation-von-adenauer-bis-merkel?p=all>> Zugriff am 06.02.2013.

spricht von Regierungspolitik als Öffentlichkeitsarbeit und Informationspolitik mit dem Schwerpunkt der Politikvermittlung als Entscheidungsrechtfertigung nach innen und außen.²⁴ Regierungskommunikation findet auf mehreren Ebenen mit unterschiedlichen Adressaten und Kommunikatoren statt.

Gebauer nennt drei große Informations- und Kommunikationsströme: Die Einbindung der Regierungskommunikation in das politisch-parlamentarische System, die Kommunikationsarbeit zusammen mit dem Staatsapparat im weiteren Sinne sowie die Kommunikation der Regierung in der sie Initiator und Adressat in einem breiten öffentlichen Kommunikationsprozess sei.²⁵ Die ersten beiden Kommunikationen sind nicht Fokus dieser Arbeit, die sich auf die explizit an die Öffentlichkeit gewandte Kommunikation der Kanzlerin konzentriert. Auf den verschiedenen Kommunikationsebenen können verschiedene Formen der Politikvermittlung stattfinden. Gebauer unterscheidet hier in Entscheidungsrechtfertigung, Politikvorbereitung sowie Politikmitgestaltung unter Einbeziehung der Bürger.²⁶ Interessant für diese Untersuchung ist vor allem die Funktion der Regierungskommunikation als Entscheidungsrechtfertigung. Natürlich darf die Funktion der Politikvorbereitung nicht unterschätzt werden.

Hier soll nicht der Weg der politischen Entscheidungsfindung des Energiekonzeptes über Partei und Bundestag zum Bundesrat nachgezeichnet werden, sondern die nachbereitende Argumentation der Kanzlerin. Nicht die Frage, wie die beiden Energiekonzepte zustande kamen, wird untersucht, sondern wie die Kanzlerin die Tatsache, dass es zwei verschiedene Energiekonzepte 2010 und 2011 gab, rechtfertigte. Es geht also vorrangig um politische Entscheidungsrechtfertigung via Information und Persuasion. Gebauer fasst die Aufgabe der Regierung wie folgt zusammen: „Die Regierung hat den Auftrag, zum richtigen Zeitpunkt politisch, fachlich und rechtlich tragfähige Entscheidungen zu treffen und diese der Öffentlichkeit zu vermitteln.“²⁷ Neben den zahlreichen Pressestellen aller Bundesministerien ist vorrangig das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA) mit der Informationsvermittlung beauftragt. Das 1949 als eigenes Ressort für Information und Pressearbeit gegründete BPA vertritt

²⁴ Vgl. Gebauer, Klaus-Eckart (1998): Regierungskommunikation. In: Saxer, Ulrich (Hg.) 1998: Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag GmbH, S. 464.

²⁵ Vgl. Ebd., S. 465.

²⁶ Vgl. Ebd.

²⁷ Ebd., S. 486.

im Allgemeinen die gesamte Regierung sowie im Speziellen die Bundeskanzlerin, der das BPA direkt unterstellt ist und dessen Chef, Staatssekretär Steffen Seibert, auch der Pressesprecher Angela Merkels ist.²⁸

Laut eigener Definition ist das BPA „[...] die Informationsdrehscheibe zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Medien und der Bundesregierung - allen Seiten verpflichtet und für sie aktiv.“²⁹ Neben der Information der Regierung über das Geschehen „draußen“ und der umfassenden Medienbeobachtung entfällt ein Hauptteil der Arbeit des BPA auf die Information über die Arbeit der Bundesregierung nach außen: über Maßnahmen, Gesetze, Strategien und Hintergründe der Politik. Auf dem Internetportal des Bundespresseamtes steht hierzu: „Dies ist Teil der verfassungsmäßigen Aufgabe des Amtes. Denn Meinungsfreiheit und Urteilsfähigkeit sind ganz wesentliche Grundsätze unseres Staates. Sie setzen Information und Sachkenntnis voraus. Wer sich politisch beteiligen oder entscheiden will, muss über die Politik Bescheid wissen.“³⁰ Deshalb informiere das Presse- und Informationsamt über gesetzliche Änderungen und die daraus resultierenden Rechte und Pflichten der Bürgerinnen und Bürger, wobei das BPA Inhalte und Beweggründe darstelle und die politischen Zusammenhänge offenlege.³¹

Das BPA informiert auf unterschiedliche Weise. So werden zahlreiche Broschüren, Ratgeber und Faltblätter angeboten, aber auch zielgruppenspezifische Online-Angebote betreut, wie etwa für Kinder und Jugendliche die Seite www.regieren-kapieren.de. Die Medien werden vom Bundespresseamt als Mittler zwischen der Regierung und den Bürgerinnen und Bürgern betrachtet, die zur Meinungsbildung beitragen. Deshalb soll ein wesentlicher Teil der Informationsarbeit für die Bürger gezielt über die Medien vermittelt werden.³² Der umfassenden Informationspflicht gegenüber den Medien kommt das BPA mit regelmäßigen Pressekonferenzen, Pressemitteilungen und der dreimal wöchentlich stattfindenden Bundespressekonferenz nach, in der den Journalisten Rede und Antwort gestanden wird.

²⁸ Vgl. Bundespresseamt (2013): Bundespresseamt. <<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/StatischeSeiten/Breg/bundespresseamt-das-amt-im-ueberblick.html?nn=391634>> Zugriff am 09.02.2013.

²⁹ Ebd.

³⁰ Ebd.

³¹ Vgl. Ebd.

³² Vgl. Ebd.

2.3.2 Kanzlerkommunikation

Für die Bundeskanzlerin, als Kopf der Bundesregierung, pflegt das BPA einen eigenen Internetauftritt: www.bundeskanzlerin.de. In sechs Kategorien werden hier alle Veröffentlichungen im Namen der Bundeskanzlerin bzw. Mediengespräche mit ihr dokumentiert: Artikel, Reden, Interviews und Beiträge, Pressemitteilungen, Pressekonferenzen und Podcasts. Ein Teil dieser Veröffentlichungen ist die Grundlage der Untersuchung im Praxisbeispiel.

Entscheidend für eine erfolgreiche Kommunikation seien nach Henrik Gast mehrere Kriterien. So nennt er z.B. Sachkompetenz als vertrauensfördernd, betont dabei aber, dass diese „[...] nicht überkomplex und damit nur für einen elitären Kreis verständlich ist, aber auch nicht unterkomplex, so dass die Selektivität und Beliebigkeit der Argumente deutlich wird.“³³ Sachkompetente Argumente müssen so formuliert und eingesetzt werden, dass sich der Sprecher dabei als überlegen inszeniert und mit dieser sachlichen Überlegenheit auch seine herausgehobene Stellung innerhalb der Regierung gegenüber anderen Politikern verdeutlicht, frei nach dem Motto: Ich bin die Kanzlerin und weiß es sachlich am besten. Allerdings muss dabei auch zwingend das Verstehen durch eventuelle Dritte, z.B. Bürger, gesichert sein. Wichtig ist, dass die Kanzlerin „Bescheid weiß“, dieses Wissen aber auch vermitteln kann. Hans Edgar Jahn brachte dies, bezogen auf den ersten Bundeskanzler Konrad Adenauer, sehr treffend auf den Punkt: „In seiner einfachen, unmissverständlichen Sprache verstand er, seine Politik an den Mann und die Frau zu bringen. Wir formulierten: Lieschen Müller und selbst Dr. Lieschen Müller verstehen ihn. Er nannte die Dinge, die alle bewegten, beim Namen und traf zumeist den Nagel auf den Kopf.“³⁴ Entscheidend ist also einerseits, dass die Kanzlerin umfassend informiert ist. Andererseits ist die Art der Kommunikation von großer Bedeutung, denn politische Kommunikation hat ja nicht nur die Aufgabe zu informieren, sondern soll immer auch überzeugen.

³³ Bundeszentrale für politische Bildung (2009): Kanzlerkommunikation. <<http://www.bpb.de/apuz/31753/kanzlerkommunikation-von-adenauer-bis-merkel?p=all>> Zugriff am 06.02.2013.

³⁴ Jahn, Hans Edgar zitiert nach: Gast, Henrik: Bundeszentrale für politische Bildung: Kanzlerkommunikation. <[Zttp://www.bpb.de/apuz/31753/kanzlerkommunikation-von-adenauer-bis-merkel?p=all](http://www.bpb.de/apuz/31753/kanzlerkommunikation-von-adenauer-bis-merkel?p=all)> Zugriff am 06.02.2013.

Gast kennzeichnet Höflichkeit, Taktgefühl und Empathie als kommunikative Führungskategorien sowie Dank, Lob und Anteilnahme als Möglichkeit, die Autorität des Amtes kommunikativ zu nutzen. Wobei auch hier ein Machtgefälle fixiert werden kann, denn z.B. Lob markiere auf subtile Weise Über- und Unterordnungen, wie sie auch in einem normalen Vorgesetzten-Angestellten-Verhältnis zu finden seien.³⁵ Nicht der Angestellte lobt den Chef, sondern der Vorgesetzte lobt „nach unten“ bzw. in die Ebene unter sich den Mitarbeiter. Ob und wie Angela Merkel gegenüber der Öffentlichkeit (also nicht ihren Partei-Genossen, nicht den Oppositionspolitikern, sondern der Bevölkerung gegenüber) diese Kategorien anwandte, wird im Praxisbeispiel untersucht.

2.4 Medien, Politik und Gesellschaft

Neben den Handlungsvorgaben, die dem demokratischen Politikmodell geschuldet sind, beeinflussen vor allem Art und Rolle der Medien in unserer Gesellschaft die politischen Kommunikationsmöglichkeiten der Kanzlerin. Deutschland wird laut Saxer gemeinhin, wie auch beispielsweise Frankreich oder die Schweiz, den Informationsgesellschaften zugerechnet, die sich durch Kommunikation als zentrale Funktion ihrer Gesellschaft auszeichnen.³⁶ TV, Print, Hörfunk und Internet sind allgegenwärtig und prägen das Leben in der Informationsgesellschaft sowohl durch inhaltliche (Meinungsbildung, Öffentlichkeit) als auch durch wirtschaftliche Beteiligung (Medienmärkte schaffen Arbeitsplätze, produzieren Dienstleistungen und Güter und erwirtschaften auch Gewinn) maßgeblich. Wir leben also in einer Mediengesellschaft, deren Öffentlichkeit von Medien hergestellt und bestimmt wird. Politiker sind auf Medien als Meinungsmitgestalter angewiesen, um die demokratisch bedingte Informations- und Überzeugungsarbeit zu leisten. Jarren und Donges nennen als wichtiges Merkmal demokratischer Gesellschaften die „[...] zentrale Bereitstellung von Themen für die öffentliche Kommunikation [...] [die] im Zusammenspiel von Politik und Medien realisiert [...]“³⁷ wird. Dabei spielen die

³⁵ Vgl. Bundespresseamt (2013): Bundespresseamt. <http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Bundesregierung/Bundespresseamt/aufgabe_flash/_node.html> Zugriff am 09.02.2013.

³⁶ Vgl. Saxer, Ulrich (Hg.) 1998: Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag GmbH, S. 46.

³⁷ Jarren, Ottfried; Donges, Patrick (2006): Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung. 2. überarb. A. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 24.

realen Umstände – öffentlich-rechtliche Medien, Staatsmedien oder private Medien – eine wichtige Rolle.

Politik und Medien sind also zunächst zwei voneinander unabhängige Systeme, denen aber das Dasein innerhalb zweier großer Gesamtsysteme gleich ist. Sie sind Teil des Staatssystems der BRD sowie der Gesellschaft. Innerhalb dieses Gesellschaftssystems sind sie voneinander abhängig. Da politische Kommunikation ein integraler Bestandteil des politischen Prozesses ist, sind die Akteure der Politik auf Medien angewiesen, um ihre Kommunikation zu transportieren, falls sie nicht selbst Medien besitzen.

Unser modernes Mediensystem entwickelte sich, so Jarren und Donges, zunächst aus den Medien des Bürgertums zu Gesinnungs-, Partei- und Gruppenpresse, die, angekommen im 19. Jahrhundert, zu einem Mediensystem wurde, das alle gesellschaftlichen Klassen und Gruppen integrierte – mit dem vorläufigen Endergebnis einer weitgehend gruppenunabhängigen Geschäftspresse heute.³⁸ Es finden sich zwar immer noch Erzeugnisse der Gewerkschafts-, Parteien- und Kirchenpresse, doch sind diese so verschwindend gering, dass sie nicht als meinungsbildende und Öffentlichkeit konstituierende Massenmedien zählen.

Jarren und Donges verwenden zur Verdeutlichung der medialen Durchdringung aller gesellschaftlichen Bereiche die Termini Mediatisierung bzw. Medialisierung. Die große Anzahl an Medien und die vielschichtig ausdifferenzierten Angebotsformen, in denen Medien heutzutage zur Verfügung stünden, erzeugten, so Jarren, Donges, eine andauernde Medienberichterstattung – ein Fakt, auf den sich politische Akteure einstellen und mit dem Ausbau der professionellen Medienarbeit in ihren Institutionen reagieren müssten.³⁹ Im Umkehrschluss und unter Berücksichtigung der fehlenden eigenen Medien heißt das, dass Politiker, wenn sie im Zuge ihrer politischen Kommunikation die Öffentlichkeit erreichen wollen, auf die Massenmedien zurückgreifen müssen. Gleichwohl sind sie auf die Massenmedien als Veröffentlichung und Medienspiegel gängiger öffentlicher Bevölkerungsmeinungen angewiesen und um zu erfahren, was andere politische und gesellschaftliche Akteure kommunizieren.⁴⁰ Zwar kann weiterhin interpersonale politische Kommunikation zwischen einzelnen Akteuren und interparlamentarische

³⁸ Vgl. Ebd., S. 26.

³⁹ Vgl. Ebd., S. 28.

⁴⁰ Ebd.

politische Kommunikation in Bundestag und Bundesrat stattfinden, doch die Bevölkerung, die ja in erster Linie Adressat der politischen Legitimation im Zuge politischer Kommunikation ist, würde dabei völlig aus dem Kommunikationsprozess herausfallen.

Mit der Entwicklung zur Mediengesellschaft haben die Medien auf der anderen Seite zwar an inhaltlicher Eigenständigkeit gewonnen, sind nun aber auch finanziell größtenteils auf sich selbst gestellt. Die Abkoppelung der Medien von den politischen Akteuren, so betonen es Jarren und Donges, gehe einher mit einer wachsenden Abhängigkeit von der Ökonomie.⁴¹ An die Stelle der früher Einfluss ausübenden beispielsweise parteilichen oder kirchlichen Akteure treten heute die ökonomischen Akteure, die z.B. durch Anzeigenverkauf zufriedengestellt werden müssen. Die inhaltliche Eigenständigkeit der Medien ist also insofern fragwürdig, da die Medien auf hohe Verkaufszahlen bzw. Reichweiten angewiesen sind. Diese lassen sich unter Umständen mit Themen erreichen, die eigentlich nicht dem journalistischen und inhaltlichen Anspruch eines Mediums entsprechen. Des Weiteren gilt für die öffentlich-rechtlichen Medien eine gewisse Beeinflussung durch den Rundfunkrat. Das Kontrollorgan des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF) beispielsweise, der Fernsehrat, besteht aus 77 Mitgliedern, von denen unter anderem je ein Vertreter der 16 Bundesländer, drei Vertreter des Bundes und zwölf Vertreter der Parteien Mitglieder sind.⁴² Es kann also durchaus zu Widersprüchen in den Wünschen der Berichterstattung von Politikern gegenüber der geplanten Berichterstattung durch das ZDF kommen. Ob und wie sehr Politikvertreter hier Einfluss auf die Medien ausüben, kann nicht abschließend festgelegt werden, aber Konfliktpotential ist in jedem Fall vorhanden.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass weder das politische noch das mediale System vollkommen unabhängig agierende Institutionen sind. Einerseits liegt schon in ihren Existenzgründen eine gewisse „Fesselung“. Politiker haben als Mitglieder politischer Parteien bestimmte Ziele zu ihren eigenen erklärt und handelnd, als schlussendlich abhängig von der Wählermeinung, auf die Wähler ausgerichtet. Ebenso sind Medien in ihrem Existenzverständnis einem bestimmten journalistischen Grundsatz verpflichtet, gleichzeitig aber von Konsumenten (vergleichbar den Wählern der Politiker)

⁴¹ Vgl. Ebd., S. 29.

⁴² Vgl. ZDF (2013): Unternehmen. < <http://www.zdf.de/Fernsehratsmitglieder-nach-entsendenden-Organisationen-25602986.html> > Zugriff am 08.02.2013.

abhängig. In diesem Geflecht aus Beeinflussungen und Abhängigkeiten nehmen Medien und Politik für einander besondere Rollen ein und arbeiten teilweise symbiotisch zusammen. Die möglichen Ergebnisse dieser Anpassung und die Folgen, die sich daraus für die politische Kommunikation der Kanzlerin ergeben, werden im folgenden Kapitel genauer beleuchtet.

2.4.1 Zum Verhältnis von Politik und Medien

Politische Kommunikation kann öffentlich, teilöffentlich oder nicht öffentlich stattfinden. So wie es nicht „die“ Politik und „die“ Medien gibt, kann auch nicht von einer einzigen, konkreten Öffentlichkeit gesprochen werden. Habermas beschreibt Öffentlichkeit als Netzwerk für die Kommunikation von Inhalten und Stellungnahmen, wobei die „[...] Kommunikationsflüsse so gefiltert und synthetisiert [werden], dass sie sich zu themenspezifisch gebündelten öffentlichen Meinungen verdichten.“⁴³

Medien bilden, für die Bürger zugänglich, einen Handlungsrahmen schriftlich, akustisch oder bildlich fixierter Öffentlichkeit,⁴⁴ in der diese Meinungen „veröffentlicht“ werden. Ohne eigene Massenmedien benötige Politik, so Sarcinelli, die Medien als Resonanzboden,⁴⁵ um über „sich“ zu informieren (was wurde wie entschieden?) sowie für die Politikdarstellung (warum wurde so entschieden?). Die Öffentlichkeit ist dabei einerseits Ort zur Pflichterfüllung der im fünften Artikel des Grundgesetzes festgelegten Informationspflicht,⁴⁶ denn die Kanzlerin kann kaum jeden einzelnen Bürger persönlich und tagtäglich informieren. Andererseits ermöglicht Öffentlichkeit via Medien das Tauschen und Interpretieren von Mitteilungen zum politischen Prozess zwischen Politikern und Bürgern, wie es bereits Perloff definierte.⁴⁷ Medien ermöglichen also erst die Wahrnehmung der Politik, wie sie von der Bevölkerung gesehen wird. Medien leisten hier einen wichtigen Beitrag zur Selbstbeobachtung der Politik und machen so gegen-

⁴³ Habermas, Jürgen zitiert nach: Jarren, Ottfried; Donges, Patrick (2006): Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung. 2. überarb. A. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 96.

⁴⁴ Vgl. Ebd., S. 31.

⁴⁵ Vgl. Sarcinelli, Ulrich (2005): Politische Kommunikation in Deutschland. Zur Politikvermittlung im demokratischen System. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 30.

⁴⁶ Vgl. Grundgesetz (idF v. 2010): Artikel 5, Absatz 1.

⁴⁷ Vgl. Jarren, Ottfried; Donges, Patrick (2006): Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung. 2. überarb. A. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 20.

seitige Reaktionen von Politik und Öffentlichkeit erst möglich. Die Kanzlerin weiß nur dank der Medien, wie sie öffentlich wahrgenommen wird.

Im politischen Prozess macht die Kanzlerin also Informations- und Erklärungsangebote an die Medien-Akteure. Erst die mediale Veröffentlichung und die Art der Veröffentlichung (Zustimmung, Ablehnung etc.) bieten ihr eine Grundlage für eine entsprechende Reaktion, zumindest wenn sie nicht nur alle vier Jahre bei den Wahlen erfahren will, ob ihre Taten Zustimmung oder Ablehnung erhalten. Natürlich kann man nicht von „der“ öffentlichen Meinung sprechen, die, nur weil vorherrschend, von allen Bürgern vertreten wird. Aber zumindest sind veröffentlichte Meinungen jene, die am intensivsten und alle möglichen Ressourcen nutzend vertreten werden.

Jarren und Donges grenzen drei Grundparadigmen zum Politik-Medien-Verhältnis voneinander ab. Mit dem Gewaltenteilungsparadigma⁴⁸ nach Sarcinelli führen sie ein Modell an, das die Medien als „vierte Gewalt“ im Staat sieht. Außerhalb des politischen Systems aus Exekutive, Legislative und Judikative positioniert, sind die Medien hier als Kontrollinstanz tätig. Dies, so merken es Jarren und Donges kritisch an, setze aber die vollkommene Unabhängigkeit der Medien, in wirtschaftlicher wie rechtlicher Hinsicht, von der Politik voraus.⁴⁹ Diese Theorie kann nur bedingt standhalten. Einerseits können Medien natürlich kritische Haltungen gegenüber Politikern einnehmen. Andererseits sind sie aber zumindest im öffentlich-rechtlichen Bereich von Akteuren des politischen Systems „infiltriert“. Man denke nur an die Zusammensetzung der Rundfunk- bzw. Fernsehräte. Auch das Beispiel des ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff, der Bild-Chefredakteur Kai Diekmann bezüglich der Berichterstattung über Bettina Wulff einzuschüchtern versuchte, zeigt, dass Politiker zumindest versuchen, die Medien aktiv zu beeinflussen und das sicherlich nicht immer ohne Erfolg. Hinzu kommt die Abhängigkeit der Medien von wirtschaftlichem Erfolg. Selbst die beste Qualitätszeitung muss wirtschaftlich und gewinnbringend arbeiten. Hier kann ein Konflikt zwischen journalistischem Anspruch (der eventuell bedeutet, ein banales Thema, das Politiker auf die Agenda setzen wollen, nicht zu bedienen) und dem Zwang, „Auf-
lage zu machen“ bestehen.

⁴⁸ Vgl. Ebd., S. 24.

⁴⁹ Vgl. Ebd.

Als weiteres Paradigma nennen die Autoren die Instrumentalisierung. Sie differenzieren zwischen der Übermacht der Massenmedien und der Übermacht der Politik. Die zunehmende Abhängigkeit der Institutionen von den Massenmedien, so Jarren und Donges, habe die Medien selbst zu einer politischen Macht werden lassen, die aktiv interagiere, mitregiere und so die funktionale Abhängigkeit zwischen Politik und Medien zu ihren Gunsten ins Ungleichgewicht gebracht hätte.⁵⁰ Die Übermacht der Politik erklären die beiden Autoren mit dem erhöhten Legitimationszwang der Politik gegenüber den Bürgern, wobei diese versuchen, die Medien mithilfe ihrer professionalisierten Öffentlichkeitsarbeit zu instrumentalisieren. Dem erhöhten Legitimationszwang möchte ich nicht widersprechen, doch die angeführte „Professionalisierung der politischen Öffentlichkeitsarbeit“ ist zwar ein Ergebnis dieses Zwanges, garantiert aber nicht automatisch eine erfolgreiche Einflussnahme auf die Medien. Die politischen Akteure verbessern, keine Frage, ihr Angebot an politischer Kommunikation. Das bedeutet im Umkehrschluss aber nicht automatisch mehr Nachfrage und den tatsächlichen „Kauf“ des angebotenen Guts durch die Medien. Diese These ist richtig, aber nicht ausschließlich. Das dritte Paradigma von Interdependenz und Symbiose ist das treffendste, das heute auch in der Publizistikwissenschaft vorherrscht. Die Theorie besagt, so Jarren und Donges, dass zwischen dem Mediensystem und dem politischen System eine komplexe Interaktion mit wechselseitigen Abhängigkeiten und Anpassungsprozessen bestehe.⁵¹ Dieser Betrachtungsweise liegt das Modell einer Tauschbeziehung zu Grunde, in welchem Information und Publizität gegeneinander getauscht würden. Die Alltagsrealität zwischen Medien und Politik zeigt, dass zu dieser Symbiose ebenso Versuche der Instrumentalisierung gehören wie auch den Medien eine gewisse beobachtende und kritische Rolle als eine Art vierte Gewalt nicht gänzlich abgesprochen werden kann. Auch hier dient wieder Christian Wulff als passendes Beispiel. Die Bild-Zeitung ließ sich nicht einschüchtern und legte mit der Veröffentlichung von Christian Wulffs Anruf einen nicht akzeptablen Eingriffsversuch der Politik in die Medien offen.

Das politische System „produziert“ ständig neue Informationen, die es einerseits prinzipiell den Bürgern vermitteln will. Andererseits soll dies auf eine spezielle Weise, also mit den gewünschten Deutungen, geschehen. Dazu benötigt es ein Medium, das mög-

⁵⁰ Vgl. Ebd., S. 25.

⁵¹ Vgl. Ebd.

lichst viele Menschen erreicht: einen TV- oder Radiosender, eine Zeitung. Medien auf der anderen Seite brauchen diese Informationen als „Futter“, um sich damit zu füllen und infolge dessen ein Informationsangebot feil bieten zu können, dass Konsumenten zum Kauf ihrer Produkte animiert.

Mit dem Wandel zur Mediengesellschaft, so Jarren und Sarcinelli, gehe ein erhöhter Innovations- und Anpassungsdruck zu dieser Mediatisierung für Sozialsysteme und vor allem politische Organisationen und Institutionen einher, wobei die Medien einen enormen Bedeutungsgewinn bei der Informationsverbreitung und -rezeption erhalten hätten.⁵² Der Wandel der Medien von der elitären Bürgertumpresse zu einer gruppenunabhängigen Forums- und Geschäftspresse bedeutet, dass diese nun publikums- statt institutionsorientiert agieren würden.⁵³ Das heißt nicht, dass Massenmedien kein Interesse an den Informationen des politischen Systems hätten – es muss nur vorausgesetzt sein, dass ihr Publikum auch dieses Interesse hat und die journalistische Entscheidung, über etwas Politisches zu berichten, mit einer positiven Kaufentscheidung belohnt. Hat ein Journalist also spezielle, exklusive Informationen, erhöht er diese Wahrscheinlichkeit und bietet dem politischen Akteur im Tausch gegen exklusive Informationen Publizität an. So entstehe nach Jarren und Donges ein Handlungssystem⁵⁴ zwischen Politik und Medien, in dem Akteure beider Seiten aktiv miteinander agieren und Einfluss auf den anderen ausüben mit dem Ziel, die eigenen Interessen vorzubringen.

Die Medien beeinflussen die Politik dahingehend, dass die politische Kommunikation, so Sarcinelli, sich immer mehr der Logik des Massenmedienkommunikationsbetriebs anpasse.⁵⁵ Die Bundeskanzlerin hat zwar einen Amtsbonus,⁵⁶ dank dem prinzipiell alles berichtenswert ist, was sie kommuniziert. Dieser Amtsbonus garantiert aber,

⁵² Vgl. Jarren, Ottfried; Sarcinelli, Ulrich (1998): „Politische Kommunikation“ als Forschungs- und als politisches Handlungsfeld: Einleitende Anmerkungen zum Versuch der systematischen Erschließung. In: Saxer, Ulrich (1998): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag GmbH 1998, S. 18.

⁵³ Vgl. Sarcinelli, Ulrich (2005): Politische Kommunikation in Deutschland. Zur Politikvermittlung im demokratischen System. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 35.

⁵⁴ Vgl. Jarren, Ottfried; Donges, Patrick (2006): Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung. 2. überarb. A. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 27.

⁵⁵ Vgl. Sarcinelli, Ulrich (2005): Politische Kommunikation in Deutschland. Zur Politikvermittlung im demokratischen System. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 111.

⁵⁶ Vgl. Jarren, Ottfried; Donges, Patrick (2006): Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung. 2. überarb. A. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 143

wenn überhaupt, dann nur die Veröffentlichung ihrer Themen, nicht aber ihre politischen Deutungen hierzu. Deshalb muss selbst die Bundeskanzlerin als ranghöchste Regierungspolitikern versuchen, ihre gewünschten Themen und Deutungen auf eine möglichst publizistisch „attraktive“ Weise anzubieten, um die Chance der Veröffentlichung in ihrem Sinne zu erhöhen. Hier sieht Wolfgang Rudzio Problempotential in der funktionalen Erfüllung der Aufgaben der Medien, denn es zeichne sich ein Trend zur Vereinfachung und Verkürzung ab.⁵⁷ Dies ist zweifellos unserem schnelllebigen und um kurzfristige Aufmerksamkeiten ringenden Mediensystem geschuldet. Hinzu komme die journalistische Auswahl der veröffentlichten Themen und Deutungen nach „Nachrichtenwert“, wobei laut Schulz Konflikthaltigkeit, Relevanz, Status, Neuheit und Dramatik die entscheidenden Kategorien seien,⁵⁸ nach denen Medien Inhalte aussuchen und für die Konsumenten als „Wirklichkeit“ veröffentlichen. Auf diese Weise entstehe, so Bergsdorf, ein systematisch verzerrtes Bild der Welt, das ganz eminent von der Auswahl und Darstellungsweise der von den Medien als wichtig erachteten Themen geprägt wird.⁵⁹ Auf der einen Seite können Medien also Publizität im Tausch gegen Informationen bieten und eventuell auch eine bestimmte, von der Politik gewünschte Darstellungsweise „mitliefern“. Andererseits haben sie immer auch die Möglichkeit, den Fokus bei bestimmten Themen - ihren Wünschen und Interessen entsprechend - zu setzen. Politik und Medien beeinflussen sich also gegenseitig und sind gleichzeitig auch abhängig voneinander. Man kann von einem „Schieben und Ziehen“ von beiden Seiten sprechen. Neben der versuchten Beeinflussung via Informations- bzw. Publizitätszugang sollen noch kurz die medienpolitischen Möglichkeiten der Einflussnahme durch politische Akteure angerissen werden. Zwar ist diese Dimension nicht Untersuchungsgegenstand der Bachelorarbeit, aber doch ein nicht zu verachtender Faktor im Mediensystem einer demokratischen Gesellschaft.

⁵⁷ Vgl. Rudzio, Wolfgang (2006): Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. 7. überarb. u. erweitert. A. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 396.

⁵⁸ Vgl. Ebd.

⁵⁹ Vgl. Ebd., S. 397.

2.4.2 Versuche medienpolitischer Einflussnahme

Durch die Massenmedien werden in unserer Gesellschaft die Grundrechte der Meinungs- und Informationsfreiheit aus Artikel 5 des Grundgesetzes gewährleistet.⁶⁰ Politik habe also, so Sarcinelli, ein Doppelinteresse an den Medien, welche sie einerseits als Resonanzboden für ihre Kommunikation (und somit auch für die Durchsetzung ihrer Weltsicht und Macht) benötige und welche aber gleichzeitig auch die Informations- und Pressefreiheit, als einen wichtigen Grundzug unseres demokratisch-parlamentarischen Demokratiemodells, ermögliche.⁶¹ Er spricht hierbei von einem Spannungsverhältnis, da die Politik einerseits Meinungsfreiheit garantieren soll, gleichzeitig aber auf die Medien zur Eigendarstellung angewiesen sei. Somit kann Politik in einen Interessenskonflikt zwischen Gewährleistung der Meinungsfreiheit und speziellen Wünschen der Eigendarstellung in den Medien geraten. Politik will also einerseits „attraktiv“ für Medienberichterstattung sein und ist auf einer Ebene potentiell Thema der medialen Berichterstattung, also „im System“. Auf einer anderen Ebene aber ermöglicht das politische System als Institution überhaupt erst die Meinungsfreiheit durch Gesetzestexte etc. Ergo besteht, neben dem symbiotischen Tauschverhältnis, ein latentes Spannungsverhältnis zwischen Medien und Politik. Politik kann also nicht nur durch publizistische Attraktivität versuchen auf die Medien Einfluss zu nehmen, sondern eben auch durch gesetzliche und institutionelle Instrumente, wie die von Jarren angeführten Beispiele der Rundfunkordnung oder Positionen in Aufsichtsgremien (auch privater Sender) etc.⁶² Für diese Arbeit möchte ich mich auf die nicht medienpolitischen Einflussstrategien der Bundeskanzlerin auf die Medien konzentrieren. Die verschiedenen Akteure, ihre Rollen und Strategien werden im nächsten Kapitel genauer untersucht.

⁶⁰ Vgl. Grundgesetz (idF v. 2010): Artikel 5, Absatz 1.

⁶¹ Vgl. Sarcinelli, Ulrich (2005): Politische Kommunikation in Deutschland. Zur Politikvermittlung im demokratischen System. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 30.

⁶² Vgl. Ebd., S. 32.

2.5 Akteure der politischen Kommunikation

Sieht man die Medien als Handlungsrahmen politischer Kommunikation, so muss es auch definierte Handelnde geben. Als Überbegriff für die politischen Akteure finde ich die von Jarren und Donges verwendete Bezeichnung „gesellschaftliche Akteure“⁶³ passend. Politiker sind zwar letztendlich die ausübende Kraft im politischen Prozess, doch andere, der Politik ferne gesellschaftliche Gruppierungen versuchen natürlich auch ihre Interessen durchzusetzen. Sie kommunizieren diese den politischen Akteuren persönlich (z.B. Lobbyisten in nichtöffentlicher politischer Kommunikation) oder versuchen ihre Themen und die dazu passenden Deutungsvorschläge direkt in die Medien zu bringen. So versuchen es auch die politischen Akteure bei den Massenmedien, auf die sie seit dem allmählichen Verschwinden der Parteien-, Gewerkschafts- und Kirchenpresse zum Erreichen der Öffentlichkeit angewiesen sind. Neben diesen Gesellschaftsakteuren in Politik und Gesellschaft sind die journalistischen Akteure als „Medienmachende“ zu klassifizieren.

Politische Kommunikation existiert nicht aus sich selbst heraus, sondern muss „gemacht“ werden. Begreift man nun, so Jarren, Sarcinelli und Saxer, politische Kommunikation als soziale Handlung, dann seien die Beteiligten dieser Kommunikation „Akteure“, die sich in Individuen und Kollektive unterscheiden ließen und sich durch die zwingende Fähigkeit auszeichneten, zielgerichtet sozial zu handeln.⁶⁴ Akteur kann also im Grunde jeder sein, der im politisch-gesellschaftlichen System mit Hilfe politischer Kommunikation bestimmte Interessen durch zielgerichtetes soziales Handeln vertritt: Personen, Gruppen, Parteien, Verbände etc. aus allen gesellschaftlichen Bereichen.

Von passiven Mitgliedern unserer Gesellschaft, die natürlich auch Meinungen und Ziele haben, unterscheiden sich Akteure zum einen durch ein vorrangig stellvertretendes Handeln im Auftrag von Gruppen und Organisationen, also ein vorrangig nicht privates Engagement. Zum anderen werden sie durch ihre Handlungsfähigkeit als konstitutive Eigenschaft überhaupt erst zu Akteuren, die gezielt versuchen, auf ihre soziale

⁶³ Vgl. Jarren, Ottfried; Donges, Patrick (2006): Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung. 2. überarb. A. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 27.

⁶⁴ Saxer, Ulrich (Hg.) 1998: Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag GmbH, S. 636.

Umwelt einzuwirken.⁶⁵ Etwas, das Privatpersonen ja so nicht tun. Zusammenfassend erklären Jarren und Donges, dass sich Akteure durch Ziele auszeichnen, die an bestimmten Werteorientierungen ausgerichtet seien und die sie mit Hilfe bestimmter Ressourcen wie Geld, Macht, Mitglieder und durch eine bestimmte Strategie zu verwirklichen suchten.⁶⁶

Im Prozess der Politikherstellung mithilfe politischer Kommunikation beteiligen sich Akteure aus allen gesellschaftlichen und politischen Bereichen. So haben neben Politikern natürlich auch Gewerkschaften, Wirtschaftsunternehmen, kulturelle Einrichtungen etc. Interessen und Ziele, die sie aktiv durchsetzen wollen.

Diese Arbeit will im Speziellen Angela Merkels Kommunikation als politische Akteurin untersuchen. Die Medien bilden für sie einen Handlungsrahmen der externen, öffentlichen Kommunikation mit den Bürgern.

Zur weiteren Akteursunterscheidung führen Jarren und Donges zunächst das „intermediäre System“ als Begrifflichkeit ein, das zwischen der Lebenswelt der Bürgerinnen und Bürger auf der einen Seite und den politischen Entscheidungsträgern auf der anderen Seite vermittele. Die Vermittlungsleistung dieses intermediären Systems bestehe dabei in der Transformation von gesellschaftlichen Interessen in politische Entscheidungen, denen im Erfolgsfall staatliche Umsetzung folge.⁶⁷

Jarren und Donges unterscheiden Akteure in ihrer Systematik nach Akteuren der Interessensartikulation, -aggregation und -durchsetzung. Innerhalb dieser drei Gruppen finden sich individuelle, kollektive und kooperative Akteure.⁶⁸ Erstere seien einzelne Personen, die im Rahmen von Organisationen eine herausgehobene Rolle einnehmen und dabei individuell, aber eben auch für diese Gruppe handeln. Zu dieser Akteursgruppe ist die Kanzlerin zu zählen. Kollektive Akteure hingegen zeichneten sich als Zusammenschlüsse einzelner Individuen mit einem geringen formalen Organisationsgrad und einem gemeinsamen Ziel aus, wie etwa Verbände. Kooperative Akteure schließlich wären Zusammenschlüsse von Individuen mit einem besonders hohen formalen Organisationsgrad wie beispielsweise Ministerien oder Wirtschaftsunternehmen.

⁶⁵ Vgl. Jarren, Ottfried; Donges, Patrick (2006): Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung. 2. überarb. A. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 55.

⁶⁶ Vgl. Ebd.

⁶⁷ Vgl. Ebd., S. 120.

⁶⁸ Vgl. Ebd., S. 56.

Akteure der Interessensartikulation können aus allen gesellschaftlichen Bereichen stammen. In Form von Vereinen, Verbänden, Initiativen, sozialen Bewegungen oder dergleichen gelten sie nach Jarren und Donges als problem- und gesellschaftsnah. Vereine sind besonders spezialisiert auf ein bestimmtes Interesse, wie beispielsweise Naturschutz. Im Falle einer erfolgreichen Interessensartikulation nehmen Akteure der Interessensaggregation ihre inhaltlichen Bemühungen in ihre Aggregationsaktivitäten auf.

Akteure der Interessensaggregation sind die Parteien. Ihr Status als verfassungsrechtlich privilegierte Kommunikatoren im Prozess der öffentlichen Meinungs- und politischen Willensbildung⁶⁹ macht sie zum entscheidenden Mittler zwischen Bürgern und Regierung. Erst die Aufnahme von bürgerlichen Interessen in den „politischen Alltagsprozess“ durch Transformieren allgemeiner Themen zu Partei-Themen ermöglicht, dass diese bürgerlichen Interessen auf einer politischen Ebene an die Regierung herangetragen werden. Aus der Masse an Interessen und Zielen, die die vielschichtig ausdifferenzierten Teile unserer Gesellschaft hervorbringt, ziehen Parteien also die Quintessenz (natürlich hängt das auch davon ab, wie erfolgreich die Akteure der Interessensartikulation ihre Interessen vertreten). Entscheidend sei dabei aber, dass sie dies tun, um daraus Nutzen zu ziehen,⁷⁰ denn nur durch die gesellschaftliche Rückbindung ihrer parteilichen Inhalte bleiben sie für die Wähler attraktiv und erhöhen so ihre Chance auf Wahlerfolge etc.

Akteure der Interessensdurchsetzung sind das Parlament und die Regierung,⁷¹ die diese Interessensdurchsetzung durch allgemein verbindliche Entscheidungen umsetzen. Dabei würden sie allgemein öffentlich und in ihrer Eigenschaft als Angehörige der Interessensaggregation (also als Parteimitglieder) handeln und dabei die mediale Vermittlung ihrer Entscheidungen und Positionen erwarten.⁷²

Diese Akteursunterscheidung macht sichtbar, dass in einer Demokratie mit funktionierender Öffentlichkeit die Volksinteressen „von unten“ von den Akteuren der Interessensartikulation hochgereicht werden zu den Parteien als Akteuren der Interes-

⁶⁹ Vgl. Saxer, Ulrich (Hg.) 1998: Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag GmbH, S. 697.

⁷⁰ Vgl. Jarren, Ottfried; Donges, Patrick (2006): Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung. 2. überarb. A. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 136.

⁷¹ Vgl. Ebd., S. 139.

⁷² Vgl. Ebd.

sensaggregation. Bei erfolgreichen Wahlen werden sie von diesen in die Parlamente (als Akteure der Interessensdurchsetzung) getragen. Angela Merkel ist nach dieser Akteursunterteilung als Bundeskanzlerin an der Regierungsspitze eine individuelle Akteurin unter den Akteuren der Interessensdurchsetzung der Regierung, sowie als Parteimitglied der CDU kollektive Akteurin der Akteure der Interessensaggregation. In dieser Doppelrolle, aber vor allem durch die Kanzlerschaft, besitzt sie einen „Amts-“ bzw. „Kanzlerbonus“,⁷³ der ihr bei der medialen Veröffentlichung ihrer politischen Kommunikation Vorteile gegenüber anderen politischen Akteuren bringt.

Politische und journalistische Akteure verfolgen also öffentlich und nichtöffentlich verschiedene Interessen, die mit den Interessen der anderen Akteure kollidieren oder funktionieren können. Diese Einflussnahme geschieht auf der Grundlage bestimmter strategischer Bemühungen. Welche Strategien politische Akteure und unter ihnen speziell Angela Merkel verwenden können, soll im folgenden Punkt dargelegt werden.

2.6 Strategien der politischen Akteure

Die Medialisierung der Gesellschaft wurde bereits erörtert. Dies zieht die Medialisierung der politischen Kommunikation nach sich, in der sich die politischen Akteure auf die Mediengesellschaft einzustellen versuchen. Ergebnisse sind medienbezogene Kommunikationsstrategien, der Ausbau der PR-Organisationen und medienspezifische Angebotsstrategien der politischen Akteure.⁷⁴ Die Akteure versuchen also, mithilfe spezieller Formen der politischen Öffentlichkeitsarbeit, ihre Themen und Deutungen in den Medien zu lancieren.

Jarren und Donges sehen aufgrund der allgemeinen Informationszunahme auch eine stark gestiegene Konkurrenz zwischen den Themen, die politische Akteure publik machen wollen bei gleichzeitiger begrenzter Publikumsaufmerksamkeit.⁷⁵ Wer in der Informationsflut nicht untergehen will, muss also interessanter, kompetenter, wichtiger und glaubwürdiger als die Konkurrenz erscheinen. Um dies zu erreichen, muss Kommunikation journalistische Kriterien, mit denen zwischen berichtenswert und -unwert unterschieden wird, erfüllen: Nachrichtenfaktoren. Ob Nachrichtenfaktoren für Journa-

⁷³ Vgl. Ebd., S. 143.

⁷⁴ Vgl. Ebd., S. 29.

⁷⁵ Vgl. Ebd., S. 223.

listen vorliegen, hänge, so Scherer, von persönlicher, sozialer Werthaltung ab, von beruflichen Normen und organisatorischen Zwängen innerhalb der Medien, wobei Nachrichtenfaktoren aus beispielsweise Bedeutsamkeit, Überraschung, Personalisierung etc. erwachsen.⁷⁶ Hierfür pflegen PR-Stellen den Kontakt zu Medien. Es werden spezielle Strategien angewandt, um Nachrichtenwert zu erzeugen. Voraussetzung des Erfolges dieser Strategien ist immer die dauerhafte kommunikative Aktivität. Egal also, welche Strategie gefahren wird, muss ein weites und engmaschiges Netz an Veröffentlichungen erzeugt werden, aus dem Journalisten auswählen können. Es müssen kommunikative Angebote gemacht werden. Neben politischer Werbung nimmt die politische PR- bzw. Öffentlichkeitsarbeit eine besondere Rolle ein, da sie nicht nur Veröffentlichung anstrebt, sondern eben Veröffentlichung in Abhängigkeit vom Veröffentlichungswillen der Medien, ohne dies z.B. durch eine gekaufte Anzeige vorher sicher wissen zu können.

Die Wahl der Strategie hängt von mehreren organisationsinternen wie auch externen Faktoren ab. Beispielsweise müssen sich Akteure an Gesetze halten, aber eben auch an Parteiprogramme oder Satzungen, müssen ihre Stellung innerhalb der Organisation bedenken und sollten mit ihrer Strategie nicht anderen Akteuren aus ihrer Organisation in den Weg kommen. Hazleton unterscheidet zwischen informatorischen und kommunikativen Strategiealternativen wie Informations-, Persuasions-, Zwangs-, Verhandlungs- und Problemlösungsstrategien.⁷⁷ Diese erste Einteilung ist aber unzureichend, da prinzipiell jede Kommunikation und demnach jede kommunikative Strategie informatorischer Natur ist, ohne eine Information, also den Nachrichteninhalt, würde der Tatbestand der Kommunikation gar nicht erfüllt sein. Des Weiteren zwingt der legitimatorische Charakter demokratischer Herrschaft auch immer dazu, dass sich politische Akteure aus der Regierungssphäre öffentlich rechtfertigen und ihr Handeln begründen, was immer eine (wenn auch nicht immer offensichtliche) versuchte Überzeugung, Persuasion der Empfänger von ihren Taten und Ansichten beinhaltet.

Die „Agenda-Setting-Strategie“ verfolge, so Jarren und Donges, die mediale Platzierung bestimmter Themen, von denen die Akteure glauben, dass sie hierzu kom-

⁷⁶ Vgl. Ebd., S. 224.

⁷⁷ Vgl. Ebd., S. 260.

petente Lösungen anbieten können.⁷⁸ So kann also eine positive Verbindung des dann „brandaktuellen Themas“ mit den dann gefragten Kompetenzen der Politiker entstehen. Erst durch die Thematisierung in den Medien wird ein Thema zum öffentlichen Thema und erst, wenn es in der öffentlichen Diskussion angekommen ist, kann es entsprechend gedeutet werden. Mit der Thematisierung an sich geht dabei also auch ein Deutungsangebot des politischen Akteurs einher, der neben seinen Kompetenzen vor allem seine Ansichten verbreiten und durchsetzen will.

Als besondere Form des Agenda-Settings ist das „Newsmanagement“ zu nennen. Diese Strategie stehe vor allem statushohen politischen Akteuren offen, die aufgrund ihres Amtsbonus' und der relevanten Entscheidungen, die sie treffen, besondere Aufmerksamkeit im politischen Journalismus genießen.⁷⁹ Sie besitzen also ausreichend Nachrichtenfaktoren, um als berichtenswert angesehen zu werden. Besonders in Regierungskreisen sei diese Strategie anzutreffen, die mit einem Top-Down-Konzept versuche, die Agenda von oben nach unten (also beispielsweise von der Kanzlerin in die Ministerien, Medien und Bevölkerung) zu vermitteln und zu veröffentlichen.⁸⁰ Diese zweigleisige Strategie setzt also einmal auf die uniforme thematische Ausrichtung der Kommunikationen verschiedenster politischer Akteure und andererseits auf die „PR-Betreuung“ der Medien, die als Folge ihre Kommunikation ebenfalls auf dieses Thema ausrichten sollen.

Die „Personalisierungsstrategien“ in der politischen Kommunikation werden häufig als „Amerikanisierung“ der deutschen Politik bezeichnet. Martin Hein merkt hierzu an, dass diese aber auch unabhängig vom Amerikanisierungsprozess zu finden seien. So nennt er beispielsweise schon den ersten Bundeskanzler Konrad Adenauer⁸¹ als besonders aus der Partei heraus- bzw. hervorgehobenen Politiker: „Die damals betonten Wörter „Vertrauen und Sympathie“ wurden unausweichlich mit der Person Konrad Adenauer verbunden [...]“.⁸² Prinzipiell sind Bundestagswahlen allerdings immer stark personalisiert, da sich sowohl die Parteien als auch die Medien vorrangig auf die Kanz-

⁷⁸ Vgl. Ebd., S. 264.

⁷⁹ Vgl. Ebd., S. 267.

⁸⁰ Vgl. Ebd.

⁸¹ Vgl. Hein, Martin (2012): Amerikanisierung als Professionalisierung der politischen Kommunikation in Deutschland? In: Lies, Jan (2012): Kommunikation und Reputation – ein Widerspruch? Berlin: LIT Verlag 2012, S. 66.

⁸² Kroll, K. zitiert nach: Ebd.

lerkandidaten, also Personen und nicht Parteiprogramme, konzentrieren. Deshalb nehmen sie neben dem tagtäglichen Politikgeschäft eine besondere Rolle ein. Das spiegelt sich auch in der massenhaften Wahlforschung wider. Nichtsdestotrotz wurde Politik im Laufe der Medialisierung der Gesellschaft personenbezogener, was vor allem Ergebnis der umfangreichen visuellen Berichterstattung ist. Personalisierung wird also nicht nur von politischen Akteuren forciert, sondern auch von den Medien selbst, die versuchen, der Politik „Gesichter“ zuzuordnen. Des Weiteren würden, so Jarren und Donges, mit Führungspersonen ganz eminent politische Programme verbunden.⁸³ Hierzu passt die starke personelle wie amtliche Hervorhebung der Kanzlerin aus ihrer Partei. Als Regierungschefin und im Rahmen der Richtlinienkompetenz steht sie als Allererste für die programmatische und strategische Ausrichtung ihrer Regierung.

Eine weitere Strategie ist das „Ereignis-Management“. Kepplinger unterscheidet Ereignisse in genuin, also unabhängig von den Medien stattfindend wie beispielsweise die Reaktor-Katastrophe von Fukushima; in mediatisiert, also unabhängig von den Medien stattfindend, aber auf sie hin inszeniert; sowie inszenierte Ereignisse, die eigens für Medien geschaffen werden.⁸⁴ Auf das Stattfinden genuiner Ereignisse haben Politiker keinen Einfluss, sie können also das Ereignis nicht auf die Medien hin inszenieren, sondern lediglich sich und ihre Reaktionsstrategien speziell darstellen. Genuine Ereignisse können also nicht als konstantes, planbares Instrument politischer Kommunikationsstrategien betrachtet werden. Anders sieht es bei mediatisierten und inszenierten Ereignissen aus. Geplante politische „Pflichtereignisse“, wie etwa Vertragsunterzeichnungen, Neujahrsansprachen, EU-Gipfel etc. können und werden intensiv auf eine gezielte, mediale Berichterstattung ausgerichtet. Dies biete, so Jarren und Donges, vielfältige Möglichkeiten vor- und nachgelagerter Kommunikationsaktivitäten.⁸⁵

Für die dritte Kategorie der inszenierten Ereignisse ist der Begriff Ereignismanagement besonders passend, da Ereignisse tatsächlich „gemanagt“, also „erfunden“ und nach ganz eigenen Gesichtspunkten inszeniert werden, z.B. Besuche von Industrieanlagen. Eine entscheidende, wenn auch umstrittene, Kategorie der inszenierten Ereignisse ist das Symbolische. Zunächst muss Jarrens, Sarcinellis und Saxers Anmerkung,

⁸³ Vgl. Jarren, Ottfried; Donges, Patrick (2006): Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung. 2. überarb. A. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 273.

⁸⁴ Vgl. Ebd., S. 269.

⁸⁵ Vgl. Ebd., S. 270.

dass Politik in ihrer Doppelrealität aus Ereignis und Deutung immer Symbolisches mit sich bringe, beachtet werden.⁸⁶ Das heißt, dass jede politische Aktion oder jede Äußerung einmal Ereignis ist, wie beispielsweise die Neujahrsansprache Merkels. Gleichzeitig schwingt aber auch Merkels Deutung dieses Ereignisses, also ihr Selbstverständnis und ihre Selbstdarstellung mit. Politik pur gebe es also laut Jarren, Sarcinelli und Saxer nicht, da Politik immer einen Nennwert und einen Symbolwert habe.⁸⁷ Ein weiteres, hochsymbolisches Beispiel ist Willy Brandts Kniefall von Warschau.⁸⁸ Auch diese Handlung war einmal lediglich Ereignis (ein Politiker kniet vor einem Denkmal) und auf der anderen Seite hochsymbolisch, weil eben ein deutscher Politiker an einem polnischen Mahnmal deutscher Gräueltaten kniete. Jarren, Sarcinelli und Saxer benennen drei entscheidende Funktionen symbolischer Politik: die Reduktion politischer Komplexität, die Deutung politischer Sachverhalte und das Angebot einer Orientierung, Sinnvermittlung und Identitätsstiftung.⁸⁹ Symbolische Politik ist also nicht per se etwas Schlechtes, wenn es im angemessenen Rahmen hilft, die (Über)Komplexität des politischen Alltages verständlich zu machen.

Jarren und Donges sehen hier die mögliche Gefahr eines Legitimationswandels von einer parlamentarischen Repräsentativ-Demokratie hin zur präsentativen Medien-Demokratie,⁹⁰ also die Abschwächung parlamentarisch-institutioneller Legitimationspflichten zugunsten der medialen Legitimation. Das heißt, was in den Medien als gut und richtig vermittelt wird, ist es auch, unabhängig von der parlamentarischen Mehrheit oder staatlich-gesetzlichen Schranken. Auch Ulrich Sarcinelli betonte bereits die Gefahr eines Trends zur stimmungsdemokratischen Legitimation des Augenblickes, der Populismus begünstige und unter Umständen zur Umgehung demokratischer Institutionen zugunsten direkter Absprachen mit dem Publikum via Medien führen könne.⁹¹

⁸⁶ Vgl. Saxer, Ulrich (Hg.) 1998: Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag GmbH, S. 729.

⁸⁷ Vgl. Ebd.

⁸⁸ Vgl. Meyer, Thomas (1992): Die Inszenierung des Scheins. Voraussetzungen und Folgen symbolischer Politik. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 13.

⁸⁹ Vgl. Saxer, Ulrich (Hg.) 1998: Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag GmbH, S. 729.

⁹⁰ Vgl. Ebd.

⁹¹ Vgl. Sarcinelli, Ulrich (2005): Politische Kommunikation in Deutschland. Zur Politikvermittlung im demokratischen System. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 11.

Zudem soll noch die Unterscheidung von Darstellungs- und Entscheidungspolitik genannt sein. Diese Politikformen folgen unterschiedlichen Logiken, Entscheidungspolitik folge Entscheidungsregeln und Darstellungspolitik Aufmerksamkeitsregeln, wobei sie gezielt auf die Gewinnung öffentlicher Aufmerksamkeit ausgerichtet sei und massenmediale Resonanz erzeugen wolle.⁹² Zum Politikprozess gehört die Vermittlung der Politik, doch die Grenzen zur übertriebenen Darstellungspolitik sind fließend. Dabei lebt Darstellungspolitik vor allem von symbolischer Politik und gezielter Politikinszenierung. Im Zusammenhang mit der Reduktion politischer Komplexität und dem wachsenden Zwang in der Informationsflut „attraktiv“ zu wirken, kann dies zur Konzentration auf die Darstellungspolitik führen. Medial thematisiert wird also nicht der Prozess der Entscheidungsfindung, sondern lediglich das Ergebnis. Dies berge, so Jarren, Sarcinelli und Saxer, die Gefahr der medialen Konzentration auf eine nebensächliche Thematik,⁹³ was ich durchaus für möglich halte.

Die „Kampagne“ soll hier nur kurz angerissen werden. Diese ist nicht als eigenständige Strategie zu werten, sondern als eine spezielle Umsetzungsform einer Strategie. Ohne Thematisierung, Personalisierung oder eine symbolisch-inszenierende Idee können Kampagnen, die Röttger als dramaturgisch angelegte, thematisch und zeitlich befristete Strategien zur Erzeugung von Aufmerksamkeit definiert,⁹⁴ nicht funktionieren.

Im praktischen Teil der Bachelorarbeit werde ich untersuchen, ob und welche Strategien Angela Merkel in ihrer Kommunikation anwandte, um die Medien zur Veröffentlichung ihrer Themen und Deutungen zu bewegen und wie sie ihre Deutungen argumentativ mithilfe symbolischer Politik begründete und verteidigte.

⁹² Vgl. Saxer, Ulrich (Hg.) 1998: Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag GmbH, S. 644.

⁹³ Vgl. Ebd.

⁹⁴ Vgl. Jarren, Ottfried; Donges, Patrick (2006): Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung. 2. überarb. A. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 273.

3 Die Forschungsmethode der qualitativen Inhaltsanalyse

Der zweite Teil der Bachelorarbeit besteht aus einem Praxisbeispiel, an dem die Zusammenhänge, die im ersten Teil aufgezeigt wurden, belegt werden sollen. Der Arbeit liegt die These zugrunde, dass die Kanzlerin bestimmte Kommunikationsstrategien anwendete, um ihre energiepolitischen Ziele zu kommunizieren. Des Weiteren wird ein Bruch in ihrer Kommunikation vor Fukushima zu den Ereignissen danach vermutet. Der Untersuchungszeitraum meiner These umfasst ein knappes Jahr, vom Sommer 2010 bis zum Sommer 2011. Für diese Zeit wurden die Veröffentlichungen im Namen der Bundeskanzlerin auf dem für sie vom Bundespresseamt gepflegten Onlineportal www.bundestkanzlerin.de untersucht.

In sechs Kategorien werden hier alle Veröffentlichungen dokumentiert: Artikel, Reden, Interviews und Beiträge, Pressemitteilungen, Pressekonferenzen sowie Podcasts. Es existieren auch Regierungserklärungen auf www.bundesregierung.de und in den meisten Bundesministerien zahlreiche Artikel, Pressemitteilungen etc. zum Thema, zum Beispiel beim BMU oder beim BMWi. Um die Untersuchung möglichst fokussiert und verdichtet anzulegen, stehen die Internetpräsenz der Kanzlerin und die drei Kategorien Pressekonferenzen, Reden und Interviews und Beiträge im Zentrum der Untersuchungen. Die übrigen drei Kategorien haben für diese Analyse keinen besonderen Wert, da diese lediglich die Informationen der anderen drei Kategorien oberflächlich argumentiert wiederholen.

Untersucht wurden alle relevanten Dokumente zu den Themen Laufzeitverlängerung, Fukushima, Energiewende und Atomausstieg. Um die vielen Texte strategisch und zielgerichtet zu analysieren, wurde die Methode der qualitativen Inhaltsanalyse verwendet. Orientierung boten vor allem die Ausführungen von Philipp Mayring, Jochen Gläser und Grit Laudel.

Für die Arbeit war eine Untersuchungsmethode notwendig, die eine unkomplizierte Analyse großer Textmengen ermöglicht. Da ich mich auf die inhaltliche Struktur der politischen Kommunikation Angela Merkels konzentrierte, waren syntaktische Textmerkmale und nonverbale Kommunikation nicht Untersuchungsgegenstand. Außerdem erlaubt die qualitative Inhaltsanalyse die Untersuchung offener Fragen, die nicht einfach mit „ja“ oder „nein“ zu beantworten sind, da sich Strukturen erst während der Untersuchung ergeben. Die quantitative Inhaltsanalyse hingegen setzt eine ge-

schlossene Fragestellung voraus, die mit „ja“ oder „nein“ zu beantworten ist und dann lediglich bestätigt oder falsifiziert wird.

Grundsätzlich ist die Inhaltsanalyse nach Mayring eine Materialanalyse von schriftlich fixierter Kommunikation.⁹⁵ In diesem Fall sind das die vom Bundespresseamt veröffentlichten Mitschriften der Pressekonferenzen etc., weshalb auch nonverbale Kommunikation nicht untersucht wird. Zwar handelt es sich bei den Dokumenten um Primärquellen, also Äußerungen der Kanzlerin und nicht Äußerungen anderer über sie, aber Mimik und Gestik werden nicht interpretiert. Dies half beim Festlegen der Untersuchungsschwerpunkte.

Weiterhin bezeichnet Mayring die qualitative Inhaltsanalyse als systematische Interpretation, deren Stärke in ihrer kommunikationswissenschaftlichen Verankerung liegt: das Material wird im Kommunikationszusammenhang von Kontext, Entstehung und Wirkung untersucht.⁹⁶ Gläser und Laudel sprechen von Rohdaten, die auf Kausalzusammenhänge hin auszuwerten sind.⁹⁷ Problematisch ist die Unschärfe der Materialrelevanz, denn ob und welche Informationen tatsächlich in den Texten enthalten sind, zeigt sich erst während der Analyse und kann vorher nicht als gesichert vorausgesetzt werden.

Die qualitative Inhaltsanalyse analysiert systematisch, regel- und theoriegeleitet, fixierte Kommunikation in Bezug auf Kontext, Entstehung und Wirkung.⁹⁸ Das variiert abhängig vom Untersuchungsgegenstand. Der Text wird also unter einer bestimmten theoretischen Fragestellung z.B. nach Aussagen untersucht, die über den Sender gemacht werden können. Zunächst wird das Ausgangsmaterial festgelegt. Dieser Textcorpus ist die Basis der Analyse und muss vor Beginn genau festgelegt sein, das heißt, dass nicht noch während der Analyse weitere Texte hinzukommen oder aus der Analyse herausgenommen werden. Für diese Arbeit umfasst der Textcorpus alle themenbezogenen Veröffentlichungen der Kanzlerin vom Sommer 2010 bis zum Sommer 2011: acht TV- und Zeitungsinterviews, 20 Pressekonferenzen und sechs Reden. Anschlie-

⁹⁵ Vgl. Mayring, Philipp (2003): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 8. A. Weinheim und Basel: Beltz Verlag, S. 11.

⁹⁶ Vgl. Ebd., S. 42.

⁹⁷ Vgl. Gläser, Jochen; Laudel, Grit (2009): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen. 3. überarb. A. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S.43.

⁹⁸ Vgl. Mayring, Philipp (2003): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 8. A. Weinheim und Basel: Beltz Verlag, S. 12.

ßend muss die Entstehungssituation, also Verfasser, Handlungshintergründe und Zielgruppe, analysiert werden. Die Fragestellung der Analyse, nach der Schlussfolgerungen aus dem Ausgangsmaterial heraus interpretiert werden, steht zu diesem Zeitpunkt schon fest. Diese Arbeit konzentriert sich auf den Kommunikator und den Kommunikationsinhalt. Die Texte werden also vom Kommunikator ausgehend untersucht. Es ist wichtig, die Untersuchung stringent an die wissenschaftliche Fragestellung und die zu dieser in der Wissenschaft bestehenden Theorien anzubinden. Die Analyse kann, so Mayring, mit Hilfe von Zusammenfassung, Explikation oder Strukturierung durchgeführt werden.⁹⁹ Ich habe mich für die Zusammenfassung entschieden, da sie die beste Möglichkeit ist, den sehr großen Textcorpus übersichtlich zu analysieren. „Ziel der Analyse ist es, das Material so zu reduzieren, dass die wesentlichen Inhalte erhalten bleiben, durch Abstraktion einen überschaubaren Corpus zu schaffen, der immer noch Abbild des Grundmaterials ist.“¹⁰⁰

Zu Beginn wurden die Textdokumente inhaltlich zusammengefasst, indem das Textmaterial nach einem bestimmten Suchraster erforscht wurde. In diesem Fall waren das energiepolitisch relevante Schwerpunkte, Argumentationsmuster und Merkmale von Kommunikationsstrategien. Dabei werden zunächst Paraphrasen gebildet, also relevante Textstellen ausgewählt und bereits, so Mayring, von nichtinhaltstragenden, ausschmückenden Textteilen getrennt.¹⁰¹ Diese werden dann durch Selektion und Streichen unbedeutender Textteile zu Generalisierungen reduziert, so dass alle Generalisierungen auf einer einheitlichen Sprachebene sind. Aus der Summe der Generalisierungen sind anschließend Reduktionen zusammenzufassen, also mehrere inhaltlich ähnliche Aussagen werden zu einer Grundaussage zusammen gefasst.

Hierbei ist entscheidend, dass alle ursprünglichen Paraphrasen in den Reduktionen einen Platz finden, also alle inhaltlichen Schwerpunkte erfasst werden. Nach diesem Schritt habe ich die zusammenfassende Analyse für mich bereits abgeschlossen. Ein weiterer möglicher Schritt ist die erneute Zusammenfassung ähnlicher Reduktionen zu Kategorien, die dann ebenfalls noch weiter zu Kategorien zweiter Ordnung etc. zusammengefasst werden können. Mayring betont zwar, dass oft weitere Reduktions-

⁹⁹ Vgl. Ebd., S. 13.

¹⁰⁰ Ebd., S. 58.

¹⁰¹ Vgl. Ebd., S. 61.

schritte zu jeweils immer abstrakteren Kategorien notwendig sind,¹⁰² doch für diese Arbeit waren weitere Reduktionen nicht hilfreich. Denn ein Nachteil der qualitativen Inhaltsanalyse via Zusammenfassung ist die mit jeder Reduktionsebene wachsende Distanz zum Ausgangstext. Das hat zur Folge, dass bei einer zu intensiven Reduktion, die ja auch schon eine persönliche Interpretation ist, nicht mehr der Ausgangstext, sondern eher die selbst interpretierten Reduktionen analysiert werden. Das führt dazu, dass die qualitative Inhaltsanalyse eine sehr subjektive Methode ist, die von der jeweiligen eingenommenen Perspektive abhängt und deshalb für Außenstehende schwer nachvollziehbar sein kann. Zwar kommen andere Personen bei der Analyse desselben Materials im Idealfall zu gleichen Schlussfolgerungen, doch sind die Interpretationswege dorthin sehr individuell.

Um die Untersuchung nicht zu sehr vom Ausgangstext zu distanzieren, wurde das Zusammenfassen nach der ersten Kategorienbildung abgeschlossen. Dies wurde durch die in ihren Aussagen immer sehr ähnlichen Formulierungen Angela Merkels begünstigt, trotz eines sehr großen Textcorpus' war die Zahl der Kategorien also relativ überschaubar. Denn obwohl es natürlich eine inhaltliche Untersuchung ist, war auch immer die Rückkoppelung an die Originaltextstellen notwendig, um je nach Bedarf passende Textbelege für die Interpretation anzugeben. Für die textübergreifende Zusammenfassung von Argumentationsmustern und Strategiemerkmale wurden ebenfalls keine weiteren Reduktionen oder Kategorien erstellt, sondern mit den jeweiligen Kategorien erster Ordnung der verschiedenen Texte nach Ähnlichkeiten und Zusammenhängen gesucht. Die Paraphrasen wurden auch nicht, wie von Mayring geraten, bereits von nichttragenden Textteilen getrennt. Auch das half, die Interpretation eng an den Originaltext auszulegen. Der so geschaffene überschaubare und gekürzte Textcorpus wurde anschließend interpretiert, um die vermuteten Kommunikationsstrategien nachzuweisen und zu definieren. Des Weiteren wurden die Texte intensiv auf rhetorische Besonderheiten hin analysiert. Diese Option bietet die qualitative Inhaltsanalyse nicht. Da aber ein Großteil von Angela Merkels Kommunikation durch rhetorische Mittel geprägt ist, war diese zusätzliche Untersuchung notwendig.

¹⁰² Vgl. Ebd.

Die qualitative Inhaltsanalyse des Zusammenfassens nach Mayring war leicht anzueignen. Auch wenn die Methode in der Kommunikations- und Sozialforschung kontrovers diskutiert wird, war sie eine gute Vorgehensweise, um einen umfassenden Textcorpus strategisch zu analysieren und zu interpretieren.

4 Praxisbeispiel – Die Energiewende

4.1 Kurzexkurs: deutsche Kernenergie

Das erste kommerzielle KKW in Deutschland nahm seinen Betrieb am 13.11.1960 als „Versuchsatomkraftwerk Kahl“ in der unterfränkischen Gemeinde Karlstein am Main in Bayern auf.¹⁰³ Bis 1989 gingen in acht Bundesländern der damaligen BRD KKW ans Netz. Hinzu kamen auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik Kernkraftwerke in Berlin, Rheinsberg (Brandenburg), Rossendorf (Sachsen) und Lubmin (Mecklenburg-Vorpommern). Inzwischen sind 27 KKW, 38 Forschungsreaktoren und elf Anlagen zur nuklearen Ver- und Entsorgung (z.B. Wiederaufbereitungsanlagen und Brennelementwerke) stillgelegt.¹⁰⁴ In Betrieb sind noch neun KKW, acht Forschungsreaktoren und drei Anlagen zur nuklearen Ver- und Entsorgung.¹⁰⁵ 2009 betrug der Bruttostromanteil des in KKW erzeugten Stroms 22,7% des gesamten erzeugten Stroms in allen deutschen Kraftwerken.¹⁰⁶

Kernenergie ist zweifelsohne ein Thema, das polarisiert. In den inzwischen 53 Jahren, in denen Deutschland Kernenergie friedlich zur Energieversorgung nutzt, gab es immer wieder Bürgerinitiativen, die Kernenergie ablehnten und politische Gruppierungen (im speziellen „Bündnis90/Die Grünen“) sowie eine immer wieder aufflammende Diskussion über das Für und Wider der Kernenergie. Diese Diskussion soll hier nicht fortgeführt werden. Die Bachelorarbeit konzentriert sich auf Angela Merkels Kommunikation im politischen Prozess von der Laufzeitverlängerung 2010 bis zum (zumindest bis heute) endgültigen Atomausstiegsprogramm von 2011. Nicht die Stichhaltigkeit ihrer Argumente soll Untersuchungsgegenstand sein, sondern ihre Argumentationsstruktur. Nachfolgend werde ich die letzten Jahre der Kernenergiepolitik in einem kurzen Überblick zusammenfassen.

¹⁰³ Vgl. Bundesamt für Strahlenschutz (2013): Kerntechnische Anlagen in Stilllegung. <http://www.bfs.de/de/kerntechnik/Kerntechnische_Anlagen_in_Deutschland> Zugriff am 12.02.2013.

¹⁰⁴ Vgl. Ebd.

¹⁰⁵ Vgl. Bundesamt für Strahlenschutz (2011): Kerntechnische Anlagen in Betrieb. Deutschland. <Kernanlagen_Betrieb_Aug_2011> Zugriff am 12.02.2013.

¹⁰⁶ Vgl. Deutsches Atomforum e.V. (2012): Kernkraftwerke in Deutschland. <<http://www.kernenergie.de/kernenergie/themen/kernkraftwerke/kernkraftwerke-in-deutschland.php>> Zugriff am 12.02.2013.

Bereits 1991 wurde ein Gesetz zur Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien in öffentliche Netze verabschiedet, das 2000 zur Grundlage des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) wurde. Die rot-grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder, seit 1998 an der Macht, wagte 2000 einen ersten größeren Vorstoß in Richtung Energiewende. In der „Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Energieversorgungsunternehmen vom 14. Juni 2000“¹⁰⁷ (auch nur „Vereinbarung vom 14. Juni“ oder „Atomkonsens“ genannt) einigten sich die vier großen Energieerzeuger RWE AG, VIAG AG, VEBA AG (zusammen mit der VIAG AG zur E.ON AG fusioniert¹⁰⁸) sowie Energie Baden-Württemberg AG und die Bundesregierung auf eine geordnete Beendigung der Stromerzeugung aus Kernenergie. Am 22.04.2002 folgte die gesetzliche Fixierung dieser Vereinbarung in der Novelle des Atomgesetzes. Das novellierte Atomgesetz untersagte den Neubau von Kernreaktoren und legte eine durchschnittliche Laufzeit der Kernkraftwerke von 32 Jahren ab Betriebsbeginn fest. Zu diesem Durchschnittswert kamen sogenannte Reststrommengen, festgesetzte maximale Terawattstunden (zum Vergleich: eine Terawattstunde sind eine Milliarde Kilowattstunden), die jedes Kernkraftwerk produzieren darf. Durch die Übertragung der Reststrommengen von älteren auf neuere Kernkraftwerke ergeben sich leichte Abweichungen von den 32 Jahren.

Nach diesen Plänen wären die letzten deutschen Kernkraftwerke ca. um 2020-25 vom Netz gegangen. Das KKW Emsland beispielsweise ging 1988 in Betrieb und würde nach 32 Jahren 2020 vom Netz gehen. Durch noch nicht verbrauchte eigene Reststrommengen oder die Übertragung der Reststrommengen älterer Kernkraftwerke würde Emsland voraussichtlich bis 2022 laufen.

4.2 Das Energiekonzept von 2010

Im September 2009 gewann die CDU die Bundestagswahl und bildete mit der FDP eine schwarz-gelbe Koalition. Zum Thema Kernenergie hieß es im Regierungsprogramm der CDU vom 28.06.2009:

¹⁰⁷ Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2000): Vereinbarung vom 14. Juni 2000. <<http://www.bmu.de/fileadmin/bmu-import/files/pdfs/allgemein/application/pdf/atomkonsens.pdf>> Zugriff am 13.02.2013.

¹⁰⁸ Vgl. E.ON: Geschichte. <<http://www.eon.com/de/ueber-uns/profil/geschichte.html>> Zugriff am 13.02.2013.

„Die Kernenergie ist ein vorerst unverzichtbarer Teil in einem ausgewogenen Energiemix. Wir verstehen den Beitrag der Kernenergie zur Stromversorgung als Brückentechnologie, weil heute klimafreundliche und kostengünstige Alternativen noch nicht in ausreichendem Maße verfügbar sind. Daher streben wir eine Laufzeitverlängerung der sicheren deutschen Anlagen an.“¹⁰⁹

Am 28.10.2010 wurde die Gesetzesvorlage zur erneuten Änderung des Atomgesetzes (inklusive der KKW-Laufzeitverlängerung um durchschnittlich zwölf Jahre) vom Bundestag angenommen. Am 14.12.2010 folgte die Novellierung des Atomgesetzes.¹¹⁰ Somit würden die Kernkraftwerke erst um 2030 vom Netz gehen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel, einst als Klimakanzlerin bekannt, ging in der Kommunikation ihrer Energiepolitik bis zur Katastrophe von Fukushima strategisch zielgerichtet und schrittweise vor. Im Zeitraum vom Sommer 2010 bis zum Sommer 2011 (also von der Erwähnung des Energiekonzepts bis zur rechtlichen Fixierung) veröffentlichte das Bundespresseamt in ihrem Namen zahlreiche Dokumente zum Thema Energiepolitik. Untersuchungsgegenstand für die Kommunikationsstrategie vor Fukushima waren vier TV- und Zeitungsinterviews, 10 Pressekonferenzen (PK) und zwei Reden, die explizit dieses Thema aufgriffen. Das Thema Energiepolitik wurde in dieser Kommunikationsstrategie untrennbar mit Angela Merkel verbunden, es war und ist eines der größten und wichtigsten Themen seit ihrem Amtsantritt. Sie argumentierte klar und schnörkellos, mit wenigen Ausnahmen von eher umgangssprachlich formulierten Beispielen. Sie gab keine Unsicherheiten Preis, sondern formulierte ihre Aussagen durchgehend selbstbewusst, ja geradezu selbstverständlich. Sie verwendete ein festgelegtes Repertoire an Argumenten, das sie in den verschiedenen Kommunikationskanälen immer wieder - mit sehr ähnlichen Worten bis hin zu identischen Formulierungen - wiederholte. Diese Argumente haben bis zur Atomkatastrophe von Fukushima folgende thematische Schwerpunkte:

¹⁰⁹ CDU (2009): Regierungsprogramm 2009-2013. <<http://www.cdu.de/doc/pdfc/090628-beschluss-regierungsprogramm-cducsu.pdf>> Zugriff am 13.02.2013.

¹¹⁰ Vgl. Bundestag (2010): Debatte Energiepolitik. <http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2010/32009392_kw43_de_atompolitik/index.html> Zugriff am 13.02.2013.

- Die Pläne der Regierung für die Energiepolitik
- Kriterien der Regierung zur Erarbeitung eines Energiekonzeptes
- Das Energiekonzept: Herausforderungen, Probleme, Chancen
- Begründung von Laufzeitverlängerungen der KKWs

Ein knappes dreiviertel Jahr nach der gewonnenen Bundestagswahl setzte sie die Energiepolitik, wie bereits im Koalitionsvertrag angekündigt, gezielt auf ihre politische Agenda¹¹¹ und versuchte die Medien dahingehend zu beeinflussen, dass sie über ihre Energiepolitik berichten mussten, wenn sie über die Kanzlerin informieren wollten. Hierbei ist der Amtsbonus,¹¹² den Angela Merkel als Bundeskanzlerin sowie als Parteivorsitzende der CDU innehat, entscheidend. Grundsätzlich ist alles berichtenswert, was die Frau im höchsten Regierungsamt von sich gibt. Die in ihrer Person vereinte Doppelspitze von Kanzlerin und Parteichefin erzeugt eine permanente Relevanz ihrer Äußerungen, da sie prinzipiell immer von Belang sind, ergo Nachrichtenwert besitzen und somit Rezipienten zum Konsum der über sie berichtenden Medien aktivieren können. Wenn sich die Kanzlerin also der Energiepolitik widmet, dann wird diese im wahrsten Sinne des Wortes zur Chefsache. Würden ein Kommunalpolitiker oder auch der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt etwas zur Energiepolitik sagen, müssten nationale Tageszeitungen nicht zwingend davon berichten. Doch alles, was Angela Merkel sagt, wird auf Nachrichten- und Unterhaltungswert sowie Relevanz überprüft. Energiepolitik ist nicht per se relevant, aber alles, was die Kanzlerin sagt, ist es. Weil die Kanzlerin das Thema nicht allein ihrem Umweltminister überlässt, macht sie es zum nationalen Thema, zwingt die Opposition, themenspezifisch auf sie zu reagieren und setzt es auf die mediale Agenda.

Strukturell lässt sich die Kommunikationsstrategie bis zur Fukushima-Havarie in drei Phasen gliedern. Zunächst fand eine Vorbereitungsphase statt, in der das Thema Energiepolitik auf die politische Agenda gesetzt und über zukünftige Handlungen und Ziele informiert wurde. Während die Energieszenarien erstellt wurden, die die Grundlage für das Energiekonzept werden sollten, unternahm die Kanzlerin eine „Energierese“ zu verschiedenen Unternehmen aus allen Bereichen des Energiemarktes: konventionel-

¹¹¹ Vgl. S. 29

¹¹² Vgl. S. 28

le und regenerative Energieerzeuger, Zulieferer, Händler. Diese viertägige Reise war eine durch viel PR-Arbeit begleitete Kampagne. Anschließend folgte das Verfassen des Energiekonzeptes, das in der dritten Phase dann kommunikativ legitimiert und begründet wurde.

4.2.1 Vorbereitungsphase

Beginn der energiepolitischen Kommunikationsstrategie ist die PK am 07.06.2010 mit Bundesaußenminister Guido Westerwelle zur Kabinettsklausur vom Vortag. Hier verkünden die Bundeskanzlerin und der stellvertretende Bundeskanzler in ihren Rollen als die beiden obersten Regierungsvertreter, dass die Regierung mit Hilfe von wissenschaftlichen, unabhängigen Energieszenarien bis Juli 2010 ein Energiekonzept für die Energiewende erstellen wird. Das Argument der Kernenergie als notwendige Brücke bis zum Erreichen des Zeitalters der erneuerbaren Energien findet hier bereits Verwendung und wird sich durch die gesamte Argumentation, auch über die Ereignisse von Fukushima hinaus, ziehen:

„Wir haben gesagt: Wir wollen das Zeitalter der erneuerbaren Energien erreichen und wir wollen die Kernenergie als Brückentechnologie nutzen, bis wir dieses Zeitalter erreichen. Genau dem dient eben auch zum Beispiel die Beteiligung der Kernenergiewirtschaft in Form eines steuerlichen Ausgleichs.“¹¹³

Der steuerliche Ausgleich wird von ihr in späteren Äußerungen als Brennelemente-Steuer konkretisiert, einer steuerlichen Abgabe, die Kraftwerksbetreiber auf den Verbrauch von Kernbrennstoff (Uran, Plutonium), der zur gewerblichen Erzeugung von elektrischem Strom verwendet wird, zahlen müssen. Die Verlängerung der KKW-Laufzeiten ist für sie also nicht nur als Energiequelle bis zur vollzogenen Energiewende notwendig, sondern grundsätzlich Voraussetzung, um überhaupt weiter in erneuerbare Energien durch die steuerlichen Mehrbelastungen der Betreiber zu investieren.

Die PK ist, obwohl sie in der Öffentlichkeit stattfindet und zahlreiche Journalisten Fragen stellen können, keine gute Gelegenheit, um politischen Aussagen eine per-

¹¹³ Bundespresseamt (2010): Pressekonferenz Bundeskanzlerin Merkel und Bundesminister Westerwelle zu den Ergebnissen der Kabinettsklausur.
<<http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/06/2010-06-07-sparpaket.html>> Zugriff am 15.03.2013.

sönliche Note zu verleihen. Dafür ist sie mit zwei Spitzenpolitikern zu unruhig und hektisch. Sie bietet aber die Chance, eine breite Öffentlichkeit zu erreichen, da das Bundespresseamt vorher verschiedenste Medienvertreter einladen kann. Diese sind die Grundlage für eine möglichst breite, auf unterschiedlichen medialen Kanälen stattfindende Kommunikation der politischen Aussagen der Kanzlerin und Voraussetzung, um die Energiepolitik auf die mediale Agenda zu setzen.

Bis zur nächsten relevanten Äußerung der Kanzlerin zur Energiepolitik vergeht ein Monat. Das bedeutet keine Nachlässigkeit oder das Nichtvorhandensein weiterer zu kommunizierender Inhalte. Der politische Alltagsbetrieb ist mit Themen geradezu überfrachtet. Die Regierung muss sich neben der Energiewende auch mit der Euro-Krise, dem Sparpaket, der Reform vom Arbeitslosengeld II und der Bundeswehrreform auseinandersetzen – um nur einige Punkte zu nennen. Deshalb ist der eine Monat Wartezeit im Energiebereich eine vorbereitende Pause für das weitere Vorgehen. In diesem Monat können die Medien und die Opposition auf den Kommunikationsinhalt der Kanzlerin eingehen. Die in den Medien veröffentlichten Kommentare, Artikel, TV-Beiträge oder beispielsweise auch Interviews mit Oppositionspolitikern etc. bilden das Bild der öffentlichen Meinung von ihrer Energiepolitik. Die Regierung wartet also vorerst mit weiteren Veröffentlichungen, um den anderen politischen Lagern und gesellschaftlichen wie medialen Akteuren die Chance zu geben, sich zu positionieren und Argumente ins Spiel zu bringen. Denn erst über den Medienspiegel¹¹⁴ kann Angela Merkel wahrnehmen, wie sie selbst und ihre Politik in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Ihr werden Kritikpunkte und Gegenargumente aufgezeigt, auf die sie eingehen muss, um den Kommunikationsprozess und ihre Strategie hin zur Energiewende voran zu bringen.

Nach der allgemein informierenden Konferenz zu den Energieplänen folgt am 07.07.2010 ein TV-Interview mit „N24“.¹¹⁵ Hier kann die Kanzlerin genauer auf die einzelnen Aspekte ihrer geplanten Energiepolitik eingehen und Fragen zu ihren Plänen beantworten. So fragt ihr Interview-Partner beispielsweise: „Ist denn sichergestellt, dass, wenn Sie deutlicher verlängern, dann tatsächlich die Gewinne, die dann in die Kassen der Energiekonzerne fließen, für den Aufbau von regenerativen Energien ver-

¹¹⁴ Vgl. S. 17.

¹¹⁵ Bundespresseamt (2010): Interview von Angela Merkel mit „N24“.
<<http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Interview/2010/07/2010-07-07-n24-sommerinterview.html?nn=385694>> Zugriff am 12.03.2013.

wandt werden?“¹¹⁶ Die Umsetzung ihrer Kommunikationsstrategie ist ein Hin- und Rückspiel von Argumenten, Fragen, Antworten, Gegenargumenten etc. In der PK vom 07.06.2010 kündigte sie Laufzeitverlängerungen an mit der Konsequenz, dass die Mehreinnahmen der KKW-Betreiber in den Ausbau der erneuerbaren Energien fließen. Der Zweifel daran wird in dieser Interview-Frage deutlich, den Merkel nun kommunikativ ausräumen muss. Dem N24-Interviewer antwortet sie mit dem Verweis auf die Brennelemente-Steuer, die KKW-Betreiber zahlen sollen und gesteht auch den Willen zur Gewinnabschöpfung ein. Vorrangig verweist sie aber auf die Zukunft, da sie genaue Aussagen erst nach den Energieszenarien treffen kann.

Sie nutzt dieses Interview, um zukünftige politische Entscheidungen anzukündigen und zu erklären. So kommuniziert sie, dass die Regierung handelt, obwohl noch nichts entschieden ist. Dies tut sie, indem sie zukünftige Regierungshandlungen aufzählt: „Wir werden im August, Anfang September über die Energiepolitik beraten [...]. Wir haben gesagt, wir wollen ein Energieprogramm erarbeiten. Das wird im Augenblick errechnet mit verschiedenen Szenarien.“¹¹⁷ Sie nutzt dieses Interview außerdem zu einer doppelten Legitimation. Einerseits legitimiert sie die Entscheidung, Energieszenarien und darauf folgend ein Energiekonzept zu erstellen. Dabei beruft sie sich auf die Wissenschaftlichkeit dieser Szenarien. Sie trifft also, so kommuniziert sie es, nicht einfach politische Entscheidungen, sondern macht das Energiekonzept und mögliche KKW-Laufzeitverlängerungen von den Szenarienergebnissen abhängig. „Die Energieszenarien werden uns einen Hinweis darauf geben, wie lange wir die Kernenergie noch brauchen, wenn wir gleichzeitig die erneuerbaren Energien massiv fördern.“¹¹⁸ Sie suggeriert also die Entpolitisierung dieser politischen Entscheidung.

Andererseits legitimiert sie aber auch ihre eigene Arbeit und die ihrer Regierung als richtig: „Was jetzt wichtig ist, ist dass die anstehenden Aufgaben Schritt für Schritt nicht nur abgearbeitet, sondern einfach umgesetzt werden, auch überzeugend umgesetzt [werden].“¹¹⁹ Eine an sich unnötige Betonung, dass etwas, das Politiker tun, auch überzeugend sein muss. Das muss es ja, nach dem demokratischen Legitimations-

¹¹⁶ Ebd.

¹¹⁷ Ebd.

¹¹⁸ Ebd.

¹¹⁹ Ebd.

grundsatz Sarcinellis,¹²⁰ eigentlich immer. Im Zusammenhang mit dem Satz „Es liegt viel Arbeit vor uns und das wird auch, glaube ich, das Gemeinschaftsgefühl stärken.“¹²¹ ergibt sich ein persönlicher Appell der Kanzlerin an die Bevölkerung. Es wird viel zu tun sein, aber die Regierung wird diese Aufgaben, wie es Merkel als eigene Meinung kennzeichnet, überzeugend lösen. Auffällig ist die starke darstellungspolitische¹²² Ausrichtung ihrer Kommunikation. Immer wieder wird Angela Merkel, nicht nur in diesem Interview, darstellen, was die Regierung gerade tut bzw. tun wird. Zwar verweist sie regelmäßig auf politische Entscheidungsprozesse aufgrund der Energieszenarien, doch überwiegt letztendlich die Darstellung der gemachten oder zu machenden Politik:

„Aber man darf jetzt nicht den dritten Schritt vor dem zweiten und dem ersten tun. Der erste ist das Energiekonzept. Der zweite ist die Entscheidung: Wie lange müssen die Kernkraftwerke laufen? Und der dritte ist dann: Was machen wir mit den Gewinnen und wie setzen wir die so ein, dass das Zeitalter der erneuerbaren Energien möglichst schnell erreicht wird?“¹²³

Denn selbst das Verweisen darauf, dass eine Entscheidung zu treffen ist, erläutert ja noch nicht, in welchem Prozess zu dieser Entscheidung gefunden wurde.

4.2.2 Durchführungsphase – die Energiereise der Kanzlerin

Die angekündigten Energieszenarien geben offiziell das MBU sowie das BMWi in Auftrag. Die „Energieszenarien für das Energiekonzept der Bundesregierung“ werden vom Energiewirtschaftlichen Institut an der Universität zu Köln (EWI), dem Schweizer Prognos-Institut und der Osnabrücker Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturfor-

schung (gws) erstellt.¹²⁴ Sie untersuchen die wirtschaftlichen und ökologischen Auswir-

¹²⁰ Vgl. S. 6.

¹²¹ Bundespresseamt (2010): Interview von Angela Merkel mit „N24“. <<http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Interview/2010/07/2010-07-07-n24-sommerinterview.html?nn=385694>> Zugriff am 12.03.2013.

¹²² Vgl. S. 33.

¹²³ Bundespresseamt (2010): Interview von Angela Merkel mit „N24“. <<http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Interview/2010/07/2010-07-07-n24-sommerinterview.html?nn=385694>> Zugriff am 12.03.2013.

¹²⁴ Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2010): Energieszenarien für ein Energiekonzept der Bundesregierung. <http://www.bmu.de/fileadmin/bmu-import/files/pdfs/allgemein/application/pdf/energieszzenarien_2010.pdf>, S. 1, Zugriff am 12.03.2013.

kungen verschiedener KKW-Laufzeiten (4, 12, 20, 28 Jahre),¹²⁵ aus deren Ergebnissen dann die Regierung Schlussfolgerungen ziehen will.

Die Szenarien werden am 27.08.2010 der Regierung übergeben. Wenige Tage zuvor erreicht die Agenda-Setting-Strategie der Bundeskanzlerin eine neue Stufe. Zur multimedialen Thematisierungsstrategie via PK und Interview kommt die „Energierese der Bundeskanzlerin“. Diese mehrtägige Kampagne vereint verschiedene Strategien politischer Kommunikation in sich. Zunächst einmal ist sie ein inszeniertes Ereignis.¹²⁶ Die Kanzlerin veranstaltet diese Reise unabhängig von irgendwelchen genuinen Ereignissen, die dazu Anlass geben würden, wie beispielsweise ein Erdbeben, auf das sie mit einer PK reagieren könnte. Auch handelt es sich nicht um eine unabhängig von Angela Merkel stattfindende, aber auf die Medien hin inszenierte Begebenheit, wie etwa eine Vertragsunterzeichnung. Die Energierese ist ein rein für die Medien geschaffenes Erlebnis mit hochgradig personalisiertem und symbolischem Charakter. Die acht Termine vom 18.- 27.08.2010 stehen ganz im Zeichen der Kanzlerin und „ihrer Sache“, der Energiepolitik. Sie selbst spricht von „meiner Energierese“¹²⁷ und bietet an den verschiedenen Stationen, zu denen sie Journalisten und Fotografen begleiten, diverse Möglichkeiten zur journalistischen optischen (Fotos, Videos) und inhaltlichen Verarbeitung. Die Energierese soll an dieser Stelle genauer untersucht werden, da sie, stellvertretend für die Vielzahl der Veröffentlichungen im Untersuchungszeitraum, ein in sich geschlossenes Praxis-Beispiel der Kommunikationsstrategie der Kanzlerin liefert. Den symbolischen Charakter dieser Energierese zeigt ihre Auswahl der Besuchsziele.

¹²⁵ Vgl. Ebd., S. 4.

¹²⁶ Vgl. S. 31

¹²⁷ Vgl. Bundespresseamt (2010): Pressestatement von Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich ihres Besuchs beim Unternehmen Nordex.

<<http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/08/2010-08-18-pressestatement-bk-energierese-rostock.html?nn=74446>> Zugriff am 10.03.2013.

- 18.08.2010** Nordex AG, Rostock (Herstellung von Windenergieanlagen)
- 19.08.2010** European Energy Exchange (EEX), Leipzig (Deutsche Strombörse)
- 26.08.2010** KKW Emsland
- 26.08.2010** Bioenergie-Heizkraftanlage der Firma Emsflower, Emsbüren
- 26.08.2010** Gas- und Dampfturbinenkraftwerk, Lingen
- 26.08.2010** Steinkohlekraftwerk Trianel, Lünen
- 27.08.2010** Laufwasserkraftwerk Rheinfelden, Deutschland/Schweiz
- 27.08.2010** TU Darmstadt, „surPLUSHome“ und Abschluss-PK zur Energiereise

Angela Merkel besichtigt konventionelle Kraftwerke wie Steinkohle- und Kernkraftwerke, sie deckt natürlich auch die erneuerbaren Energien ab und bezieht die deutsche Strombörse EEX als großen Umschlagplatz konventioneller und regenerativer Energien mit ein. Das Bundespresseamt kennzeichnet die Energiereise der Kanzlerin als Informationsreise, wobei Angela Merkel „In Gesprächen mit Fachleuten [...] erfahren [will], wie die Menschen die Herausforderungen der Zukunft im Energiebereich sehen.“¹²⁸ Mit dieser Definition wird die Energiereise zur medial ausgerichteten, für die Bevölkerung sichtbaren Suche nach dem Energiekonzept der deutschen Zukunft. Was EWI, das Prognos-Institut und gws hinter verschlossenen Türen als Energieszenarien errechnen, macht die Kanzlerin in der Realität sichtbar. Zwar verwendet auch sie in ihren PKs wissenschaftliche Fachbegriffe, doch was letztendlich durch den medialen Filter zu sehen und zu lesen ist - der verknüpft und scheinbar langweiliges weglässt - sagt: die Bundeskanzlerin reist durch das ganze Land und sieht sich unterschiedliche Energieherstellungsmethoden an. Sie betrachtet dabei sowohl konventionelle als auch regenerative Technologien. Dabei informiert sie sich nicht nur über die Energieherstellung, sondern berücksichtigt auch die Energieverteilung (EEX).

Die Energiereise hat politisch-entscheidungstechnisch eigentlich keinen Wert. Die Energieszenarien und nicht Merkels persönliche Eindrücke bei einigen wenigen Energieunternehmen sollen Entscheidungsbasis des Energiekonzeptes sein. Großen

¹²⁸ Bundespresseamt (2010): Bundeskanzlerin auf Energiereise.
<<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2010/08/2010-08-24-energiereise-allgemein.html>>
Zugriff am 10.03.2013.

Wert hingegen besitzt diese Reise im Sinne symbolischer Politik.¹²⁹ Dadurch, dass Merkel diese Reise unternimmt, entsteht kein Energiekonzept. Aber die Reise symbolisiert die Suche nach Ergebnissen in den Energieszenarien. So wird der hochwissenschaftliche und komplexe Prozess der Szenarienerstellung auf sichtbare und fassbare Handlungen der Kanzlerin reduziert. Nach der vorbereitenden, informierenden Phase ist die Energiereise für die Menschen die greifbare Durchführung der Energiekonzept-Findung.

Der mediale Transport zur Bevölkerung wird durch die direkte Anwesenheit der Journalisten bei den Reisesstationen sowie durch die intensive begleitende Öffentlichkeitsarbeit des BPA auf den Regierungsportalen www.bundesregierung.de und www.bundestkanzlerin.de gesichert. Zu jedem Termin werden mindestens Pressestatements und PKs veröffentlicht, in einigen Fällen auch Podcasts und vom BPA aufbereitete Artikel. Dieses Material bietet die Grundlage für die weitere mediale Verarbeitung, insbesondere für Journalisten, die beim Ereignis selbst nicht zugegen waren. Kompakt - und natürlich regierungsfreundlich formuliert - wird Journalisten im Sinne der Regierung ideal zugeschnittenes Material zur Verfügung gestellt. Zentral auf den beiden Regierungsportalen können die Mitschriften der PKs, Pressestatements oder schon vom BPA formulierte Artikel frei zugänglich abgerufen werden. So wird den Journalisten, zumindest wenn es um oberflächliche Informationen zu den Fakten der Reise geht, langwierige Rechercharbeit erspart. Im Idealfall werden aufgrund des Zeitdrucks der Journalisten die Formulierungen des BPA übernommen. Bestmögliche Voraussetzungen also, um nicht nur das Thema Energiereise, sondern auch die angestrebten Deutungen der Regierung medial zu verbreiten. Die Kanzlerin nutzt diese zahlreichen Öffentlichkeitsansprachen zur weiteren Begründung ihrer angestrebten Energiepolitik. Dabei konzentriert sich ihre Kommunikation auf folgende Argumentationsschwerpunkte:

¹²⁹ Vgl. S. 31.

- die Energiereise ist die Grundlage für ein rationales Energiekonzept
- die Notwendigkeit eines Energie-Mixes
- die Notwendigkeit von Brückentechnologien wie Kohle- und Kernenergie
- notwendige Voraussetzungen zum Gelingen der Energiewende
- die Zielformulierung, so schnell wie möglich ins Zeitalter der erneuerbaren Energien zu kommen
- die Notwendigkeit, die Energiewende so zu schaffen, dass Deutschland ein wirtschaftlich starker Industriestandort bleibt
- Chancen der Energiewende

Die Energiereise startet am 18.08.2010 in Rostock. Hier besucht die Kanzlerin die Nordex AG, die Windkraftanlagen herstellt. Sie betont die Bedeutung der regenerativen Energien, besonders der Windenergie, für die Zukunft des Landes. Gleichzeitig macht sie darauf aufmerksam, dass bis zum Erreichen dieser regenerativen Zukunft noch sehr viele Probleme zu lösen sind:

„41 Prozent des durch erneuerbare Energien erzeugten Stroms wird durch Windenergie erzeugt. Dieser Anteil wird bis [...] 2020 [...] anwachsen [...] wir müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich einerseits die Technologie der Windkraftanlagen gut entwickeln kann [...] und dass der Strom dann schließlich auch dorthin transportiert werden kann, wo er gebraucht wird [...]“¹³⁰

Finanzierung und Netzausbau sind Probleme, die noch anstehen und langfristig gelöst werden müssen. Indirekt betont sie damit bereits, dass die Energiewende langsam von statten gehen wird, weil noch sehr viel Arbeit zu erledigen und nicht in einem kurzen Zeitraum zu schaffen ist. Dieses Argument passt zu der geforderten Laufzeitverlängerung der KKW's. Länger laufende KKW's bedeuten im Umkehrschluss, dass es währenddessen noch nicht ausreichende Energiealternativen geben wird.

Sie sagt nicht explizit, wie viele Jahre Laufzeitverlängerung für sie notwendig sind. Stattdessen stellt sie, wie bereits beim N24-Interview, die zukünftigen Handlungen

¹³⁰ Bundespresseamt: Pressestatement von Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich ihres Besuchs beim Unternehmen Nordex.
<<http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/08/2010-08-18-pressestatement-bk-energiereise-rostock.html?nn=74446>> Zugriff am 10.03.2013.

gen der Regierung dar: „Am 27. August wird [...] das Konzept für die Energieszenarien vorgelegt [...] Bevor wir dieses Konzept [...] nicht ausgewertet haben, können wir über die Aufteilung des Energiemix nichts sagen.“¹³¹ Mit diesem Satz verbindet sie ihre symbolische Handlung der Energiereise mit der wissenschaftlichen Handlung der Szenarienerstellung. Zu diesem Zeitpunkt, so kommuniziert sie es, ist die Regierung noch in der Findungsphase und kann keine konkreten Aussagen zu den Ergebnissen machen. Dafür benennt sie die Ziele der Energiereise und die Ausrichtung des Energiekonzeptes:

„Wir wollen in das Zeitalter der regenerativen Energien [...]. Wir wollen den Anteil der anderen Energien [...] herunterfahren, und der Anteil der erneuerbaren Energien wird wachsen [...] aber wir wollen das Ganze so schaffen, dass damit der Industriestandort Deutschland nicht in Gefahr gerät [...] und dass wir [...] in der Lage sind, unsere eigene Energie zu erzeugen.“¹³²

Hier spricht sie wirtschaftliche Ängste der Bevölkerung an. Sie stellt die These auf, dass, falls die Energiewende zu schnell oder mit den falschen Schwerpunkten vollzogen wird, Deutschlands wirtschaftlich starke Position in Europa und der Welt ins Wanken geraten könnte. Damit dies nicht geschieht, so der Subtext, muss die Energiewende rational vollzogen werden. Deshalb macht sie die Energiereise, wie sie es auch am 26.08.2010 bei der dritten Station, dem KKW Emsland, betont:

„Ich mache diese Energiereise, weil sich die Bundesregierung entschlossen hat, auf einer rationalen Grundlage ein Energiekonzept für die nächsten Jahrzehnte zu entwickeln [...]. Es geht uns darum, dass Energie in Deutschland als einem Industrieland bezahlbar bleibt [...] Energie [...] umweltfreundlich erzeugt wird und dass ein Industrieland wie Deutschland Versorgungssicherheit braucht.“¹³³

Sie legitimiert mit der Energiereise ihre Energiepolitik als vernünftig und langfristig angelegt. Die zukünftige Energiepolitik der Regierung wird also, so Angela Merkel, natürlich den Trend zu regenerativen Energien mitmachen und sich an Umweltfreundlichkeit

¹³¹ Ebd.

¹³² Ebd.

¹³³ Bundespresseamt (2010): Pressestatement von Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Besuch des Kernkraftwerks Emsland.

<<http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/08/2010-08-26-pressestatement-kkw-lingen.html?nn=74446>> Zugriff am 11.03.2013.

orientieren. Aber eben nicht ausschließlich, denn Deutschland als Industriestandort hat auch Interesse an bezahlbarer und stets verfügbarer Energie, ohne zu sehr von Importen abhängig zu sein. Damit spricht sie Sehnsüchte nach wirtschaftlicher Sicherheit in der Bevölkerung an.

Der Besuch des KKW Emsland als dritte Station ist geschickt zwischen Erneuerbaren Energien (Nordex am 18.08.2010 und Bioenergie-Heizkraftanlage Emsflower am 26.08.2010), konventionellen Energien (Steinkohlekraftwerk 26.08.2010) und wieder erneuerbaren Energien (Laufwasserkraftwerk Rheinfelden, 27.08.2010) im zeitlichen Ablauf der Energiereise eingebettet. Kernkraft wird auf diese Weise als ein Teil des Energiemixes dargestellt, der wichtig ist, aber auch nicht überbewertet wird. Dieser Sachverhalt spiegelt die angestrebte Energiepolitik der Kanzlerin wider. Zwar sind die Laufzeitverlängerungen der KKW eine zentrale Forderung, aber nicht alleiniges Zukunftsvorhaben. Ebenso wichtig sind in ihrer Kommunikation der Ausbau der regenerativen Energien und der Netze. Die, in die anderen Aspekte der Energiewende eingebettete, Notwendigkeit der Kernkraft betont sie bei diesem Besuch:

„Dies ist ein modernes, sehr sicheres und natürlich technisch sehr anspruchsvolles Kernkraftwerk, und [...] eines der Beispiele dafür, dass Kernenergie als eine Brückentechnologie auch für die Zukunft notwendig sein wird. Ich persönlich bin seit Langem davon überzeugt, dass wir die Kernenergie im Rahmen eines Energiemix für eine bestimmte Zeit brauchen [...] und dass wir dennoch natürlich das Ziel im Auge haben, das Zeitalter der erneuerbaren Energien möglichst schnell zu erreichen.“¹³⁴

Die Kanzlerin strebt eine energiepolitische Entwicklung hin zum Zeitalter der regenerativen Energien an. Damit diese Entwicklung erfolgreich ist, müssen die KKW länger Energie produzieren. Sie sind, so Angela Merkels Kommunikation, ein verlässlicher und stabiler Stromlieferant, ohne den Deutschlands Strom teurer werden würde, womit wiederum die Industriestärke des Landes gefährdet sei. Die Verwendung der Worte „Brückentechnologie“ und „Energiemix“ soll zeigen, dass die Kernenergie nur eine von vielen Versorgungsmöglichkeiten ist und zumindest vorerst erhalten bleiben muss, auch wenn langfristig ein Ausstieg aus der Kernenergie das Ziel ist.

¹³⁴ Ebd.

Die Sicherheit der Kernenergie wird durch ihren Besuch in diesem KKW symbolisch dargestellt. Sie nennt das KKW nicht nur modern und sehr sicher, sondern scheut als höchste Regierungspolitikerin nicht die Gefahr der Kernenergie. So zeigt sie, dass die vermeintliche Gefahr real nicht existent ist, denn sonst würde sich die Kanzlerin nicht an einen so gefährlichen Ort begeben. Hinzu kommt die Betonung der notwendigen Kernenergie als ihre persönliche Meinung. Sie spricht also nicht nur als Kanzlerin, sondern auch als Bürgerin.

Beim Besuch des KKW's Emsland vertieft sie die allgemeine Energiepolitik-Argumentation zu den Vorteilen und der befristeten Notwendigkeit der Kernenergie. Anschließend geht sie kommunikativ wieder einen Schritt zurück ins Allgemeine und hin zum Energiemix, aus dem sie die Kernenergie als ein Beispiel hervorgehoben hatte: „Die Diskussionen [...] haben [...] gezeigt, dass man [...] in der Region [...] um die verschiedenen Formen der Energieerzeugung weiß [...] neben der Kernenergie natürlich im Gasbereich, aber auch in den Bereichen der Windenergie, der Biomasse und des Biogases.“¹³⁵ Auch auf der vierten Station, am 26.08.2010 bei der Bioenergie-Heizkraftanlage der Firma Emsflower, betont sie den Energiemix und damit die Notwendigkeit der Kernenergie. Auf die Frage einer Zwischenbilanz zur Energiereise antwortet sie: „Die Energiereise [...] hilft hoffentlich auch, den Menschen im Lande deutlich zu machen, dass wir die verschiedenen Formen der Energieerzeugung wirklich brauchen.“¹³⁶ Die Energiewende ist also nur mit vielen verschiedenen Energieerzeugungsarten zu schaffen. Beim Besuch des Gas- und Dampfturbinenkraftwerks in Lingen am gleichen Tag plädiert sie ebenfalls für konventionelle Energien:

¹³⁵ Ebd.

¹³⁶ Bundespresseamt (2010): Pressestatement von Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Besuch der Bioenergie-Heizkraftanlage der Firma Emsflower.
<<http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/08/2010-08-26-pressestatement-emsbueren.html>> Zugriff am 11.03.2013.

„[...] diese Kraftwerke [leisten] natürlich auch einen Beitrag dazu [...], dass wir [...] eine ausgewogene Energieversorgung haben. Sie alle wissen: Die erneuerbaren Energien stehen als Grundlastträger nicht gleichmäßig zur Verfügung, und es ist sehr beeindruckend, wie sowohl die Kernkraftwerke als eben auch dieses Gas-kraftwerk [...] einen Beitrag dazu zu leisten, dass immer eine Stromversorgung vorhanden ist.“¹³⁷

Nur durch konventionelle Energien wie Gas, Kohle und Kernenergie ist die Stromversorgung in Deutschland dauerhaft gesichert, so kommuniziert es die Kanzlerin. Sie zeigt eine eindeutige Schwäche der erneuerbaren Energien auf, denn sie sind witterungsabhängig. So klassifiziert sie diese indirekt als unzuverlässig. Durch die Behauptung, dass alle um diese Tatsache wüssten, macht sie diesen Sachverhalt zu einem allgemein gültigen und anerkannten Lehrsatz. Damit verleiht sie ihrer Aussage Nachdruck und nimmt ihre persönliche Meinung zurück, um mit Hilfe einer scheinbar wissenschaftlichen Tatsache dem Argument Gewicht zu geben.

Auch beim Besuch des Steinkohlekraftwerks, ebenfalls am gleichen Tag, betont sie die notwendigen Brückentechnologien: „Ich glaube, dass Kohlekraftwerke, ähnlich wie Kernkraftwerke, als Brückentechnologien noch eine längere Zeit gebraucht werden [...]“¹³⁸ Ebenso verwendet sie bei ihrer vorletzten Station am 27.08.2010 beim Laufwasserkraftwerk Rheinfelden wieder dieses Argument:

„Wir wollen das Zeitalter der erneuerbaren Energien erreichen. Aber wir wollen als Industrieland ein Land sein, [das seinen Strom] [...] wirtschaftlich erzeugen kann, das heißt, dass der Industriestandort Deutschland darunter nicht leidet, und gleichzeitig die Umweltverträglichkeit gesichert ist [...]. Deshalb brauchen wir einen Energiemix, deshalb brauchen wir Brückentechnologien - diese Aussagen habe ich ja auch durch die Besuche in den vergangenen Tagen immer wieder deutlich gemacht.“¹³⁹

¹³⁷ Bundespresseamt (2010): Pressestatement von Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Besuch des Gas- und Dampfturbinenkraftwerks.

<<http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/08/2010-08-26-pressestatement-gas-turbine-lingen.html?nn=74446>> Zugriff am 11.03.2013.

¹³⁸ Bundespresseamt (2010): Pressestatement von Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Besuch des Trianel Steinkohlekraftwerks.

<<http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/08/2010-08-26-pressestatement-luene.html?nn=74446>> Zugriff am 11.03.2013.

¹³⁹ Bundespresseamt (2010): Pressestatement der Bundeskanzlerin beim Besuch des Laufwasserkraftwerks Rheinfelden. <<http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/08/2010-08-27-statement-rheinfelden.html>> Zugriff am 11.03.2013.

In dieser Aussage fasst Angela Merkel ihre energiepolitischen Ziele prägnant zusammen: die Energiewende soll schnellstmöglich stattfinden, aber nur unter der Voraussetzung, dass dabei Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit zum Vorteil Deutschlands als Industrienation verbunden werden. Der letzte Satz hat wieder eine starke darstellungspolitische Tendenz, in dem sie ihre Handlungen darstellt und ihrer Aussage Nachdruck verleiht und betont, dass sie dies eben schon mehrmals an verschiedenen Orten sagte.

Trotz dieser mehrmaligen Betonung der Notwendigkeit von Brückentechnologien legt die Kanzlerin Wert darauf, noch keine Laufzeiten nennen zu können. Obwohl sie persönlich stark für die Brückentechnologien plädiert, entzieht sie sich der Entscheidung, wie lange sie noch gebraucht werden. Sie begründet dies mit den Energieszenarien. Diese werden eine wissenschaftliche Grundlage zur Sicherheit der KKWs und den notwendigen Laufzeiten geben:

„Wir haben uns jetzt so viel Mühe dabei gegeben, dass wir die Energieszenarien für die nächsten Jahrzehnte erst einmal errechnen lassen wollen [...]. Bevor ich die nicht gesehen habe, kann ich mich natürlich auch gar nicht dazu äußern, welche Verlängerungszeiten sinnvoll sind.“¹⁴⁰

Die Entscheidung, die Laufzeiten zu verlängern, wird also letztendlich nicht die von Angela Merkel sein, sondern die logische Konsequenz aus den wissenschaftlichen Szenarien. So nimmt sie der Entscheidung den ideologischen Charakter und appelliert an die Vernunft der Bevölkerung. Sie begründet die Regierungshandlung, Energieszenarien in Auftrag zu geben, als notwendig und richtig und lobt die Arbeit ihrer Regierung als etwas, mit dem sich viel Mühe gegeben wurde. Hierzu passt auch ihre Aussage zum Charakter der Energiereise im Laufwasserkraftwerk Rheinfelden: „Mit meiner Energiereise möchte ich deutlich machen, dass das, was die Bundesregierung [...] sich vorgenommen hat, auch mal plastischer sichtbar wird.“¹⁴¹ Die Energiereise soll also

¹⁴⁰ Bundespresseamt(2010): Pressestatement von Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Besuch des Kernkraftwerks Emsland.

<<http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/08/2010-08-26-pressestatement-kkw-lingen.html?nn=74446>> Zugriff am 11.03.2013.

¹⁴¹ Bundespresseamt (2010): Pressestatement der Bundeskanzlerin beim Besuch des Laufwasserkraftwerks Rheinfelden. <<http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/08/2010-08-27-statement-rheinfelden.html>> Zugriff am 11.03.2013.

nicht nur im Speziellen symbolisch darstellen, was während der Erstellung der Energieszenarien passiert, sondern auch im Allgemeinen plastisch sichtbar machen, dass die Regierung arbeitet.

Neben kritischen Argumenten, die gegen eine übereilte Energiewende und den verfrühten Kernenergieausstieg sprechen, verwendet die Kanzlerin auch lobende Worte und hebt Deutschlands Chancen durch die Energiewende hervor. So betont sie mehrfach die Exportmöglichkeiten. Weil Deutschland mit der anvisierten Energiewende eine Vorreiterrolle auf dem Markt der erneuerbaren Energien einnimmt, sind die deutschen Technologien im Ausland gefragt. Das macht sie am Beispiel des Windanlagen-Herstellers Nordex deutlich:

„[...] Windenergie [ist] für uns natürlich auch ein Exportschlager [...]. Ein Unternehmen wie Nordex [...] produziert nicht nur in ganz Europa, sondern in den [...] [USA] und auf dem asiatischen Markt. Überall sind unsere Produkte ganz besonders anerkannt [...] [weil] wir seit vielen Jahren das Erneuerbare-Energien-Gesetz haben und dass dieses Gesetz verlässliche Rahmenbedingungen für die Investition in erneuerbare Energien liefert.“¹⁴²

Die Verwendung des eher umgangssprachlichen „Exportschlagers“ erinnert an die Zeiten des Wirtschaftswunders in den 1950er Jahren. Zusammen mit der Gemeinschaftsgefühl erzeugenden Formulierung „unsere Produkte“ lobt die Kanzlerin die deutsche Energietechnik und vermittelt so Deutschlands Stärke auf dem Weltmarkt. Auch hier wird wieder die eigene Regierungspolitik gelobt und legitimiert sowie die Bevölkerung daran erinnert, warum dieser deutsche Technikwelterfolg überhaupt möglich ist: der Gesetzgeber ermöglichte durch das EEG sichere Finanzierungen. Die Kanzlerin kommuniziert, dass eine starke Wirtschaft nur durch die richtige Wirtschaftspolitik möglich ist. Sie stellt sich und ihre Regierung als beste Regierungsalternative dar und preist auf diese Weise ihre energiepolitische Richtung an.

Auch lobt sie die Menschen in der Energiebranche. Die emotionale Ansprache betont ihre Rolle als Landesmutter, die stolz auf ihre Bevölkerung ist:

¹⁴² Bundespresseamt (2010): Pressestatement von Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich ihres Besuchs beim Unternehmen Nordex.
<<http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/08/2010-08-18-pressestatement-bk-energiereise-rostock.html?nn=74446>> Zugriff am 11.03.2013.

„Ich [...] möchte [...] hervorheben, dass es in der Energiewirtschaft wirklich wunderbar ausgebildete, hoch motivierte [...] Mitarbeiter gibt, die mich [...] gebeten haben [...] nach außen zu tragen, welcher Schatz an Wissen, Forschung und Innovation [...] im Bereich der Energieerzeugung vorhanden ist und wie dies [...] die Kraft [...] unseres Landes ausmacht. [...]. Wenn wir gerade beim Export von Energieanlagen erfolgreich sein wollen, dann gehört dazu, dass sie auch in Deutschland betrieben werden [...].“¹⁴³

Auf diese Weise versucht sie den Menschen Mut zu machen, da die Energiewende wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten bietet und Deutschland als Industrienation davon profitieren wird. Sie betont das große Potential, den „Schatz an Wissen, Forschung und Innovation“ und spricht mit „unserem Land“ die ganze Nation an, nicht nur die Arbeiter in der Energiebranche. Gleichzeitig appelliert sie an die nötige Einsatzbereitschaft der Bevölkerung, denn Exporterfolge setzen zunächst den Erfolg des Exportgutes im eigenen Land voraus. Wenn Deutschland also Energietechnologien ans Ausland verkaufen will, muss es bereit sein, die Technik im eigenen Land einzusetzen und in den Lebensalltag zu integrieren. Damit verweist sie auf noch nicht gelöste Probleme wie den Netzausbau und auch auf die Bereitschaft mit höheren Strompreisen durch die EEG-Umlage den Ausbau der erneuerbaren Energien mitzufinanzieren.

Auch das neugebaute Steinkohlekraftwerk Trianel sieht sie als Möglichkeit, dass sich Deutschland als führend in der Energietechnik erweist und „[...] deutlich [macht], was in anderen Ländern noch verbessert werden kann. Wenn wir uns [...] die Wirkungsgrade von Kohlekraftwerken in China [anschauen], dann wäre auch dort viel Erneuerungsbedarf.“¹⁴⁴ Durch das Herabsetzen ausländischer Energietechnologien hebt sie die deutsche Technik positiv hervor. Die Energiewende wird mit dieser Kommunikation zu einer Zukunftsvision, die Deutschland als führende Nation in die Tat umsetzt. Es ist kein Trend, dem man als Land auf Grund von äußeren Zwängen „hinterherrennt“. So versucht sie das Gemeinschaftsgefühl und den Willen zum Wandel zu stärken, denn

¹⁴³ Bundespresseamt (2010): Pressestatement von Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Besuch des Gas- und Dampfturbinenkraftwerks.
<<http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/08/2010-08-26-pressestatement-gas-turbine-lingen.html?nn=74446>> Zugriff am 11.03.2013.

¹⁴⁴ Bundespresseamt (2010): Pressestatement von Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Besuch des Trianel Steinkohlekraftwerks.
<<http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/08/2010-08-26-pressestatement-luene.html?nn=74446>> Zugriff am 11.03.2013.

sie stellt die Energiewende samt ihrer Chancen als ein großes Projekt vor, dass als Volk gemeinsam zu schaffen ist.

Der letzte Aspekt der Energiereise ist die Kommunikation des zukunftsorientierten, planungssicheren und verlässlichen Charakters der Energiepolitik, der schlussendlich im Energiekonzept manifestiert werden soll. Auch hier spricht sie die Menschen emotional an, wenn sie die Sicherheit der Arbeitsplätze in der Energiebranche betont, wie bei den Mitarbeitern des Gas- und Dampfturbinen Kraftwerks:

„Die jungen Leute wollen natürlich wissen, wie zuverlässig, wie langfristig planbar ihre Berufsausbildung ist [...]. Deshalb wird es auch wichtig sein, dass die Bundesregierung mit ihrem Energiekonzept deutlich macht, dass Planbarkeit vorhanden ist und dass man sich darauf einrichten kann, wie sich die Energieversorgung in den nächsten Jahren und Jahrzehnten entwickeln wird.“¹⁴⁵

Sie betont die Zuverlässigkeit der Bundesregierung, die sich der verantwortungsvollen Aufgabe stellt, die Energieversorgung und somit die Energiebranche für die nächsten Jahrzehnte so zu sichern, dass keine Arbeitsplätze gefährdet werden. Auf die Regierung ist also, so die Kanzlerin, verlass. Sie nimmt die Sorgen und Ängste der Menschen ernst und wird mit dem Energiekonzept eine langfristige Lösung anbieten.

Auch im KKW Emsland betont sie darstellungspolitisch die zukünftigen Aufgaben der Regierung: „Das sind die Aufgaben, denen wir uns [...] stellen werden, wenn wir die [...] Energieszenarien haben werden und dann eine berechenbare, planbare Energiepolitik für die nächsten Jahrzehnte entwickeln können.“¹⁴⁶ Zusammen mit der Äußerung im Wasserkraftwerk Rheinfelden: „[...] dazu haben wir Untersuchungen angestellt, um auf einer fundierten Grundlage dann bis zum Jahre 2050 auch ein planungssicheres Energiekonzept mit vernünftigen Investitionsbedingungen zu haben“¹⁴⁷ ergibt sich erneut ein legitimierender Appell. Die Kanzlerin gab Energieszenarien in Auftrag,

¹⁴⁵ Bundespresseamt (2010): Pressestatement von Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Besuch des Gas- und Dampfturbinenkraftwerks.

<<http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/08/2010-08-26-pressestatement-gas-turbine-lingen.html?nn=74446>> Zugriff am 11.03.2013.

¹⁴⁶ Bundespresseamt (2010): Pressestatement von Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Besuch des Kernkraftwerks Emsland.

<<http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/08/2010-08-26-pressestatement-kkw-lingen.html?nn=74446>> Zugriff am 11.03.2013.

¹⁴⁷ Bundespresseamt (2010): Pressestatement der Bundeskanzlerin beim Besuch des Laufwasserkraftwerks Rheinfelden. <<http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/08/2010-08-27-statement-rheinfelden.html>> Zugriff am 11.03.2013.

um wissenschaftlich fundiert die energiepolitische Zukunft des Landes planen zu können. So betont sie erneut, dass sie vorausschauend und verantwortungsvoll handelt und nicht allein nach politischen Gesichtspunkten entscheidet, sondern politikferne Ratgeber für eine rationale, vernunftorientierter Entscheidung hinzuzieht.

4.2.3 Resümee der Energiereise

Die Kampagne der Energiereise ist ein in sich geschlossenes Beispiel im Kleinen für die gesamte energiepolitische Kommunikationsstrategie der Kanzlerin im Großen. Der stark personalisierte und symbolische Charakter dieser Reise stellt Angela Merkel stellvertretend für die Regierung auf der Suche nach dem Energiekonzept dar. Strukturiert arbeitet sie die verschiedenen Energiearten ab, weist auf Probleme der Energiewende hin, begründet längere KKW-Laufzeiten, lobt das Volk, spornt zum Weitermachen an und kündigt schlussendlich einen geordneten Plan, das Energiekonzept, für das Erreichen des Zeitalters der erneuerbaren Energien an.

Die letzte PK der Energiereise markiert mit dem vom Bundespresseamt gewählten Titel „Abschlusspressekonferenz zur Energiereise von Bundeskanzlerin Merkel, Bundesumweltminister Röttgen und Bundeswirtschaftsminister Brüderle“¹⁴⁸ klar das Ende der Suche nach einem Energiekonzept. Die Anwesenheit der beiden Minister verdeutlicht die größere Relevanz gegenüber den anderen PKs. Die beiden Politiker stehen als Stellvertreter ihrer Ministerien für die von der Kanzlerin geforderte Vereinbarkeit von Umweltschutz und Wirtschaftlichkeit in der Energiewende. Die vorher genannten thematischen Schwerpunkte der Reise werden in dieser PK von der Kanzlerin noch einmal mit Nachdruck verdeutlicht und abschließend zusammengefasst. Sie beginnt mit dem Ziel der Energiereise:

„[...] den gesamten Bereich des Energiestandorts Deutschland in den Blick zu nehmen [...]. Es ist vollkommen klar, dass ein Mix von Energien wichtig ist, dass sich dieser Mix [...] verändern wird, hin zu einem Zeitalter der erneuerbaren Energien [...].“¹⁴⁹

¹⁴⁸ Bundespresseamt (2010): Abschlusspressekonferenz zur Energiereise von Bundeskanzlerin Merkel, Bundesumweltminister Röttgen und Bundeswirtschaftsminister Brüderle.
<<http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/08/2010-08-27-abschluss-pk-energiereise.html?nn=74446>> Zugriff am 03.03.2013.

¹⁴⁹ Ebd.

Die Formulierung „vollkommen klar“ in Bezug auf den Energiemix ist eine deutliche Steigerung vorheriger Aussagen und lässt keinen Widerspruch zu. Nach den suchenden Reisetappen der letzten Tage nennt die Kanzlerin bei dieser PK die eindeutigen Ergebnisse dieser Suche: „Wir haben [...] gesehen, dass [...] Arbeitsplätze [und] riesige Chancen im Export erwachsen.“ Des Weiteren nennt sie die angezielte Energiewende eine „[...] Energierevolution [...] bei der Deutschland [...] weltweit mit an der Spitze steht [...]“.¹⁵⁰ Diese Maximierung einer einfachen Wende zur Revolution verdeutlicht die von ihr angesprochenen Probleme wie auch Chancen, die diese Revolution mit sich bringt. Die Selbsteinschätzung als „Weltspitze“ suggeriert das starke Selbstbewusstsein der Regierung, das diese auch dem Land zuspricht. Sie traut, so kommuniziert es Angela Merkel, dem Land und der Bevölkerung diese Revolution zu, wenn drei wichtige Dinge berücksichtigt werden: „[...] Wirtschaftlichkeit [...] Versorgungssicherheit [...] Umweltverträglichkeit.“¹⁵¹ Erneut appelliert sie an das deutsche Selbstbewusstsein als wirtschaftlich starke Industrienation, die trotz des Wunsches nach Umweltverträglichkeit nicht die Grundlagen der eigenen Stärke vernachlässigen darf, denn die Industrie ist auf permanent zugänglichen, bezahlbaren Strom angewiesen. Weiter stellt sie klar, dass mit Blick genau darauf

„[...] Energieszenarien in Auftrag gegeben [wurden], die uns deutlich machen, bezüglich dieser drei Parameter den erfolgreichsten und günstigsten Weg gehen können. [...]. Auf dieser Grundlage werden wir unser Energiekonzept [...] für die nächsten Jahrzehnte bis 2050 entwickeln. Damit wird Planbarkeit in den Energiestandort und Erzeugungsort Deutschland kommen.“¹⁵²

Klar und deutlich formuliert sie die Schritte, mit denen die Regierung ihre energiepolitischen Ziele erfüllen will und sagt auch eindeutig, dass es eine finanzielle Frage ist, wie schnell die Energiewende von statten gehen wird. Vor allem der letzte Satz suggeriert, dass in Deutschland keine Planbarkeit herrscht und die Regierung „aufräumen“ muss. Den Prozess der Energiewende will die Regierung, so Angela Merkel „[...] frei von ideologischen Vorgaben ausführen. Deshalb werden wir auch ein klares Be-

¹⁵⁰ Ebd.

¹⁵¹ Ebd.

¹⁵² Ebd.

kenntnis zu Brückentechnologien abgeben.¹⁵³ Aus der vorher vor allem als ihre persönliche Meinung gekennzeichneten Notwendigkeit von Kernenergie wird hier ein klares Regierungsstatement. Gleichzeitig betont sie den rationalen und vernünftigen Charakter des zukünftigen Energiekonzepts, indem sie die Regierung als ideologiefrei arbeitend benennt.

Im Gegensatz zu den PKs während der Energiereise spricht sie hier auch zum ersten Mal ein deutliches Machtwort. „Es reicht nicht aus, ein pauschales Bekenntnis zu erneuerbaren Energien abzugeben, sich aber schon über die Windkraftanlage in der Nachbarschaft zu beschweren [...]“¹⁵⁴ Dieses Machtwort richtet sich vor allem an die Bevölkerung, was der umgangssprachliche Duktus unterstreicht. Sie appelliert an den Gemeinschaftswillen, die Energiewende schaffen zu wollen und bereit zu sein, dafür Veränderungen in Kauf zu nehmen. Indirekt gibt sie die Verantwortung, falls die Energiewende nicht gelingt, damit ab. Sie betont nämlich, dass es nicht an der Regierung liegt, wenn sich Bürger gegen die Auswirkungen der Energiewende richten.

„Die Revolution in der Energieerzeugung wird qualitative Veränderungen [...] mit sich bringen. Wer dazu nicht bereit ist, verhindert [...] das Zeitalter der erneuerbaren Energien [...]. Das muss gesagt werden [...] das müssen möglichst viele Menschen in Deutschland verstehen. Darüber werden wir sprechen und dafür werden wir werben.“¹⁵⁵

Dieser Aufruf zur Vernunft und Bereitschaft aller Bürger ist scharf formuliert und wird durch den Satz „Das muss gesagt werden“ als unumgängliche Pflicht gekennzeichnet. Diesen scharfen Ton schwächt sie etwas später ab, indem sie persönliche Gefühle anspricht, als sie auf die vielen Widerstände beim Netzausbau kommt: „Worüber ich betrübt bin [...]“¹⁵⁶ wünscht sie sich eine „nationale Bereitschaft“ den Netzausbau zuzulassen.

Das Muster, nach dem sie Probleme, Chancen und Voraussetzungen der Energiewende aufzählt, um dann ihre Vorstellung von einem Energiekonzept argumentativ zu verteidigen, ist auch in dieser Abschlusspressekonferenz zu finden.

¹⁵³ Ebd.

¹⁵⁴ Ebd.

¹⁵⁵ Ebd.

¹⁵⁶ Ebd.

Wie bereits erwähnt hat die Energiereise entscheidungstechnisch keine Bedeutung. An vier Tagen absolvierte die Kanzlerin acht Energiereise-Stationen, allein am 26.08.2010 besuchte sie vier Kraftwerke sowie die TU Darmstadt. Es ist unwahrscheinlich, dass man sich in so kurzer Zeit tatsächlich ein umfassendes Bild der verschiedenen Energiearten machen kann. Das war aber, trotz widersprüchlicher Behauptungen, auch nicht das Ziel. Die eigentliche Suche fand beim Erstellen der Energieszenarien statt, die bereits am 27.08.2010 der Bundesregierung übergeben wurden. Also noch bevor die Kanzlerin ihre Reise ganz zum Abschluss bringen und auswerten konnte, standen bereits die Grundzüge des Energiekonzeptes fest. Außerdem waren die Auftraggeber, BMWi und BMU, fortlaufend in den Entwicklungsprozess der Szenarien eingebunden, wie es in der fertigen Studie heißt.¹⁵⁷ Sie haben also in gewissem Maße auch Einfluss auf die Szenarienergebnisse gehabt. Diese Tatsache verdeutlicht die rein medienpolitische Informationsaufgabe der Energiereise-Kampagne. Allerdings hatte sie nicht die Information der Kanzlerin über die deutsche Energielandschaft zum Ziel, sondern die Information der Wählerschaft via Medien über die energiepolitische Ausrichtung der Bundesregierung.

Nach der vorbereitenden Phase der Ankündigung eines Energiekonzeptes nutzte die Kanzlerin die Energiereise, um ihre Argumentation an die Bevölkerung zu kommunizieren, die folgend noch einmal kurz zusammengefasst wird: Die Energiewende ist eine revolutionäre Entwicklung, an deren Spitze weltweit Deutschland steht. Die Energiewende muss so ausgeführt werden, dass dabei die deutsche Wirtschaft gestärkt wird, denn sie schafft Arbeitsplätze und Exportmöglichkeiten und sichert so den Wohlstand der Nation. Um dieses Ziel zu erreichen, werden Energieszenarien erstellt, die den besten Weg zum Zeitalter der erneuerbaren Energien 2050 aufzeigen und die energetische Zukunft des Landes planbar machen. Das Energiekonzept muss vernünftig und rational sein, der Energiemix wird sich schrittweise hin zum Zeitalter der erneuerbaren Energien verschieben und deshalb zeitweise auch die Kernenergie als Brückentechnologie notwendig machen. Denn neben Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit ist auch die Versorgungssicherheit ein wichtiges Kriterium. Diese wird durch KKW

¹⁵⁷ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2010): Energieszenarien für ein Energiekonzept der Bundesregierung. <http://www.bmu.de/fileadmin/bmu-import/files/pdfs/allgemein/application/pdf/energieszenarien_2010.pdf>, S. 1, Zugriff am 13.02.2013

gesichert, so dass nicht Kernenergie aus dem Ausland importiert werden muss, die unter Umständen in weniger sicheren Kraftwerken als den deutschen erzeugt wurde. Voraussetzungen für die Energiewende sind der Netzausbau, die Entwicklung von Speichermöglichkeiten, die Vernetzung der erneuerbaren Energien zur Grundlastfähigkeit und die Bereitschaft der Bevölkerung, die Veränderungen im Zuge der Energiewende auch mitzutragen.

4.2.4 Nachbereitungsphase

Nach diesen Kriterien erstellt die Bundesregierung ein Energiekonzept, das sie am 06.06.2010 in Berlin präsentiert und in dem Laufzeitverlängerungen der KKW's von durchschnittlich zwölf Jahren vorgesehen sind. Dieses Energiekonzept, so verkündet es die Kanzlerin, ist ein „[...] Fahrplan, um das Zeitalter der erneuerbaren Energien möglichst schnell zu erreichen“, womit die „[...] Energieversorgung [...] die effizienteste und auch umweltverträglichste sein [wird] – glaube ich sagen zu können.“¹⁵⁸ Sie preist das Energiekonzept als schnellsten und besten Weg an, die Energiewende zu schaffen, wobei die letzten KKW's um 2030 vom Netz gehen sollen. Gegnern der Kernenergie kommuniziert sie, dass sie deren Sorgen ernst nimmt, was sich darin ausdrückt „[...] dass wir die Kernenergie wirklich als Brückentechnologie nehmen - das heißt: nicht länger als unbedingt notwendig [...]“.¹⁵⁹ Im Umkehrschluss heißt das also, dass Laufzeiten bis ca. 2030 wirklich, das betont sie selbst ganz stark, notwendig sind. Erst darüber hinaus kann Deutschland seine Energieversorgung ohne Probleme ohne Kernenergie leisten. Jeder frühere Ausstieg aus der Kernenergie ist also nicht möglich, so die Kanzlerin.

Zum Thema Sicherheit sagt sie: „Wir haben heute schon die sichersten Kernkraftwerke der Welt.“¹⁶⁰ Auch wenn diese relationale Aussage richtig sein mag, vermittelt sie keinen konkreten Inhalt. Was es bedeutet, die sichersten KKW's der Welt zu haben oder wie sicher die KKW's anderer Länder sind, geht aus dieser Aussage nicht hervor. Dafür wird der versichernde Charakter der Kanzlerkommunikation deutlich.

¹⁵⁸ Bundespresseamt (2010): Pressestatements von Bundeskanzlerin Merkel zum Energiekonzept. <<http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/09/2010-09-06-bkin-energie.html?nn=74446>> Zugriff am 11.03.2013.

¹⁵⁹ Ebd.

¹⁶⁰ Ebd.

Zunächst einmal wird primär transportiert, dass deutsche KKW's sicher sind und somit die Bevölkerung beruhigt. Der sekundäre Inhalt dieser Aussage hingegen ist, dass diese Sicherheit nicht genau definiert ist. Die Kanzlerin vermeidet ein konkretes Statement zu tatsächlichen Sicherheitslage und wird deshalb in der Zukunft auch nicht bezüglich dieses Statements kritisierbar sein. Diese rhetorische Strategie des „Nichtfestlegens“ hilft ihr, scheinbar beruhigende Aussagen zu treffen, in denen sie die Sicherheit der Bevölkerung als höchste Priorität preist, ohne konkrete Zugeständnisse zu machen, denn die Unternehmen müssen „[...] in den nächsten Jahren noch erhebliche Summen in die Sicherheit investieren [...] denn Sicherheit geht vor.“¹⁶¹ Dieser Sachverhalt zeigt ein Argumentationsmuster der Kanzlerin auf. Sie sagt der Bevölkerung, dass deutsche KKW's die sichersten weltweit seien, gleichzeitig scheint diese weltbeste Sicherheit noch ausbaufähig zu sein, sonst würde sie nicht von den „erheblichen Summen“ sprechen.

Die Kanzlerin versucht also mit Argumenten zu überzeugen, die inhaltlich nicht viel bedeuten und, so formuliert wie von ihr getan, nicht falsifizierbar sind, also leer. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, bekommt auch das „schnellstmögliche und weltweit effizienteste Energiekonzept“ eine andere Bedeutung. Deutschland mag mit seinem Energiekonzept 2010 führend sein, das bedeutet aber nicht, dass es nicht noch steigerbar wäre. Dass es das tatsächlich ist, wird die Kanzlerin nach der Fukushima-Katastrophe zugeben. Zusammenfassend heißt das also: die Regierung verabschiedet ein Energiekonzept, das schnell, aber nicht so schnell wie möglich ist und verlängert in diesem die -Laufzeiten für Kraftwerke, die die sichersten der Welt, aber noch nicht so sicher wie nur irgend möglich sind. Dieser Sachverhalt wird natürlich erst deutlich, wenn man um die späteren Ereignisse nach Fukushima weiß. Aber in Hinblick auf die Kehrtwende, die Angela Merkel in ihrer Energiepolitik 2011 vornehmen wird, kann man das Energiekonzept von 2010 eindeutig als nur zweitbeste Lösung bezeichnen. Diese Tatsache wird umso deutlicher, wenn man ihre Verteidigung des Energiekonzeptes auf der 10. Jahreskonferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung vom 27.09.2010 betrachtet:

¹⁶¹ Ebd.

„[...] man kann immer noch mehr fordern, alles immer noch schneller erreichen wollen. Aber vergegenwärtigen Sie sich einmal, wo wir vor zehn oder 20 Jahren waren [...] wenn ich zum Beispiel an den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung denke.“¹⁶²

Sie gesteht also ein, dass ihr Energiekonzept, zumindest theoretisch, noch verbessert werden kann. Indem sie aber die energiepolitische Lage vor zehn oder 20 Jahren zitiert, hebt sie den aktuellen Stand und die von ihr forcierten Ziele als weitaus besser und überlegen hervor. Im Grunde sagt sie, dass, in Anbetracht des bereits Geschafften, doch wirklich nicht noch mehr Eile herrschen muss. Sie mahnt also dazu, sich mit einem bestimmten Status zufrieden zu geben und warnt vor unnötigem Ehrgeiz.

In den verbleibenden sechs Monaten bis zur Katastrophe in Japan verringern sich die kommunikativen Bemühungen der Kanzlerin. Das Bundespresseamt veröffentlicht lediglich eine relevante PK, zwei Interviews und zwei Reden sowie einige Podcasts, die aber auch nur in Nebensätzen das Energiekonzept behandeln. Inhaltlich bleibt fast alles identisch. Mit den gleichen Argumenten, mit denen sie vor einigen Wochen für ihre energiepolitischen, noch nicht fixierten Ideen warb, verteidigt sie nun die fest formulierten Ziele des Energiekonzeptes. Thematisch hinzu kommt die Äußerung, dass kontroverse Entscheidungen Widerstände hervorrufen können.

Im Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ am 29.09.2010 wiederholt sie die gängigen Argumente von der Wissenschaftlichkeit der Energieszenarien und des Energiekonzeptes und betont, dass die Energiewende nur mit der Bevölkerung zu schaffen sei. Zusätzlich legitimiert sie ihre Politik (angesprochen auf die Widerstände der Menschen) als richtig, indem sie betont: „Wir wurden dafür gewählt, zu handeln. [...]. Wir stellen die Weichen für die Zukunft des Landes [...]. Wer so viel Wichtiges anpackt wie wir, den dürfen Kontroversen und Widerstände nicht wundern.“¹⁶³ Das Volk, so die Kanzlerin, hat sie schließlich selbst gewählt und in ihrer Funktion als Regierungschefin muss sie Entscheidungen treffen. Der Tatsache, dass sich in der Bevölkerung Wider-

¹⁶² Bundespresseamt (2010): Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel auf der 10. Jahreskonferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung. <<http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Rede/2010/09/2010-09-27-merkel-jahreskonferenz-nachhaltige-entwicklung.html?nn=74420>> Zugriff am 13.03.2013.

¹⁶³ Bundespresseamt (2010): Interview mit Angela Merkel in der „Süddeutschen Zeitung“. <<http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Interview/2010/09/2010-09-29-bk-sz.html?nn=385694>> Zugriff am 14.03.2013.

stände formieren, nimmt sie den kritischen Charakter, da diese Widerstände der Beweis dafür wären, dass ihre Regierung das Richtige tut.

Am 08.11.2010 sagt sie im „Focus“-Interview außerdem: „Die Menschen prüfen gründlich, ob eine Entscheidung nachhaltig ist oder nicht. Dazu muss ich als Bundeskanzlerin nicht das kurzfristig Populäre tun, sondern das langfristig Richtige und Notwendige.“¹⁶⁴ Angela Merkel stellt sich selbst als vorausschauend dar, gleichzeitig spricht sie der Bevölkerung, die mit ihrer Politik unzufrieden ist, diese Fähigkeit ab. Sie als Kanzlerin weiß, was langfristig das Richtige ist, die Bevölkerung, die gegen ihre Entscheidungen ist, also folglich nicht. Zu dieser indirekten Rüge der Widerständler kommt ein unterschwelliger märtyrerhafter Ton. Angela Merkel opfert sich, das unpopuläre Richtige zu tun, weil sie das Beste für das Land will. Das tut sie trotz Widerstände und Antipathien, denn nicht Beliebtheit, so suggeriert sie es, sondern das Richtige zu tun, ist ihr wichtig.

Damit sind Vorbereitungs-, Durchführungs- und Nachbereitungsphase der Kommunikationsstrategie abgeschlossen. Am 28.10.2010 wird die Gesetzesvorlage zur erneuten Änderung des Atomgesetzes (inklusive der KKW-Laufzeitverlängerung um durchschnittlich zwölf Jahre) vom Bundestag angenommen. Am 14.12.2010 folgt die erneute Novellierung des Atomgesetzes.¹⁶⁵ Somit würden die Kernkraftwerke erst um 2030 vom Netz gehen. Mit der gesetzlichen Fixierung sehe ich die Strategie als erfolgreich abgeschlossen. Natürlich ist das Thema Energiepolitik weiterhin präsent, aber nicht mehr so intensiv. Gesetzlich ist alles geregelt, was die Umsetzung der Energiewende nach den Kriterien von CDU und FDP sichert. Es finden weiterhin kommunikative Bestrebungen zur Energiepolitik statt, doch es geht hierbei nicht mehr um die grundlegende Festlegung einer politischen Richtung. Das Energiekonzept steht, ist von Bundestag und Bundesrat angenommen und wird, zumindest war es so geplant, schrittweise bis 2050 umgesetzt.

¹⁶⁴ Bundespresseamt (2010): Interview mit Angela Merkel im „Focus“.
<<http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Interview/2010/11/2010-11-08-focus-merkel.html?nn=385694>> Zugriff am 13.03.2013.

¹⁶⁵ Bundestag (2010): Debatte Energiepolitik.
<http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2010/32009392_kw43_de_atompolitik/index.html>
Zugriff am 13.02.2013.

4.3 Die nukleare Katastrophe von Fukushima und ihre Folgen

Am 11.03.2011 ereignet sich ein bis dahin in seiner Stärke für Japan einmaliges Seebeben. Das Beben der Stufe neun löst einen enormen Tsunami aus, der weite Gebiete der Ostküste Japans verwüstet und dabei auch das Kernkraftwerk Fukushima Daiichi, ca. 300 km von Tokio entfernt, stark beschädigt.¹⁶⁶ Die Gesellschaft für Anlagen und Reaktorsicherheit mbH spricht von 15.844 Toten bis Januar 2012, wobei mehr als 3000 Menschen nach wie vor als vermisst gelten.¹⁶⁷ Durch den Tsunami fällt fast die gesamte Stromversorgung des Kernkraftwerks Fukushima Daiichi von vier der sechs Reaktoren aus, wodurch erhebliche Mengen radioaktiver Stoffe in die Atmosphäre gelangen und das Umland weitflächig radioaktiv verstrahlt wird. Über 100.000 Menschen müssen evakuiert werden und der Reaktorunfall wird auf der siebenten und somit höchsten Stufe der International Nuclear and Radiological Event Scale (INES 7) eingeordnet.¹⁶⁸ Wenige Tage nach dem Tsunami wird das Einsetzen der Kernschmelze festgestellt. Fukushima gilt als schlimmste nukleare Katastrophe seit Tschernobyl 1986.¹⁶⁹ Innerhalb weniger Wochen erlebt die deutsche Kernenergiepolitik eine Kehrtwende.

Die auf die nukleare Katastrophe von Fukushima folgende Kommunikationsstrategie der Kanzlerin ist im Aufbau ihrer Strategie des ersten Energiekonzeptes ähnlich. Ein entscheidender Unterschied ist allerdings der Auslöser und somit der Beginn der Strategie. 2010 bestimmte die Kanzlerin den Beginn mit dem Erwähnen der Energiekonzept-Pläne. Sie selbst hatte festgelegt, dass etwas passieren sollte (Energiekonzept) und konnte frei agierend entscheiden, wann und wie sie das Thema auf ihre politische Agenda¹⁷⁰ setzen würde. Die Initiative ging also von ihr aus und fand erst öffentlich statt, nachdem sich die Regierung intensiv darauf vorbereitet hatte, die Thematik kommunikativ vor- und nachzubereiten. Die Strategie stand also schon vor dem eigent-

¹⁶⁶ Vgl. Claussen, Vivien (2012): Professionalisierung der politischen Kommunikation. In: Lies, Jan (2012): Kommunikation und Reputation – ein Widerspruch? Berlin: LIT Verlag 2012, S. 93.

¹⁶⁷ Vgl. Gesellschaft für Anlagen und Reaktorsicherheit (2012) Fukushima. <<http://www.grs.de/publications/grs-S-51-fukushima-daiichi-11-maerz-2011-unfallablauf-radiologische-folgen>> Zugriff 18.02.2013.

¹⁶⁸ Vgl. Ebd.

¹⁶⁹ Vgl. Claussen, Vivien (2012): Professionalisierung der politischen Kommunikation. In: Lies, Jan (2012): Kommunikation und Reputation – ein Widerspruch? Berlin: LIT Verlag 2012, S. 93.

¹⁷⁰ Vgl. S. 29.

lichen Ereignisbeginn fest, ebenso die Argumente mit denen die Kanzlerin ihre Pläne verteidigen würde.

Die Katastrophe in Fukushima war aber ein genuines Ereignis,¹⁷¹ also etwas, das unabhängig und ohne Zutun der Medien oder der Politik stattfand. Weder die Tatsache, dass es zu einem solchen Seebeben kommen würde, noch die verheerenden Folgen waren vorhersehbar. Deshalb konnte die Regierung keine Reaktion vorbereiten. Die Bestrebungen, in denen sich die Regierung auf einen früheren Ausstieg einigt, sind eine Folge der Katastrophe von Japan. Die Kanzlerin agiert in diesem Falle also nicht, sondern kann zunächst nur auf die Ereignisse reagieren.

Darum findet sich hier, im Gegensatz zu 2010, eine kurze Anlaufphase, in der die Regierung mit zwei PKs auf die Katastrophe reagiert, aber gleichzeitig erst eine Strategie erstellen muss. Das konnte sie ja, aufgrund des genuinen Ereignisses, vorher noch nicht tun. Diese Anlaufphase sehe ich in den PKs vom 12. und 13.03.2011. Das zeigt sich auch in den eher passiv-reagierenden Titeln, die diese PKs vom Bundespresseamt bekamen: „Pressestatements von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesminister Guido Westerwelle zum Erdbeben in Japan am 12. März 2011“¹⁷² und „Pressekonferenz mit Bundesaußenminister Guido Westerwelle“¹⁷³ am 13.03.2011. Diese PKs sind sehr allgemein gehalten und konzentrieren sich vorrangig auf Beileidsbekundungen und den persönlichen Schrecken der Politiker über die Ereignisse.

Die eigentliche Strategie beginnt am 14.03.2011. Der Untersuchungszeitraum wurde bis zum 08.07.2011 eingegrenzt, da an diesem Tag die Gesetze zu Atomausstieg und Energiewende im Bundesrat beraten und beschlossen wurden. Die gesetzliche Fixierung war also wieder Endpunkt der aktiven Strategie. In diesen vier Monaten veröffentlichte das Bundespresseamt auf www.bundeskanzlerin.de zehn PKs, fünf Artikel, fünf Regierungserklärungen bzw. Reden, fünf Interviews und fünf Podcasts, die explizit diese Thematik aufgriffen. Darüber hinaus erwähnten die Kanzlerin und andere

¹⁷¹ Vgl. S. 31.

¹⁷² Bundespresseamt (2011): Pressestatements von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesminister Guido Westerwelle zum Erdbeben in Japan am 12. März 2011. <<http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/03/2011-03-12-pk-kanzleramt-japan.html?nn=74446>> Zugriff am 17.03.2013.

¹⁷³ Bundespresseamt (2011): Pressekonferenz mit Bundesaußenminister Guido Westerwelle. <<http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/03/2011-03-13-pk-westerwelle.html>> Zugriff am 03.04.2013.

Politiker Fukushima bzw. das beschleunigte Energiekonzept auch in Reden und Interviews, die thematisch aber einen anderen Schwerpunkt hatten. Auch wenn für diese Arbeit nur die Kategorien Reden, Interviews und Beiträge sowie Pressekonferenzen untersucht wurden, zeigt die große Zahl an Veröffentlichungen die starke mediale Präsenz der Bundeskanzlerin.

Ähnlich zur Strategie 2010 lassen sich die kommunikativen Bemühungen der Kanzlerin in drei Phasen gliedern. Nach den ersten, überraschten Reaktionen beginnt eine Vorbereitungsphase, in der die Kanzlerin ihre Risikoeinschätzungen revidiert und als Folge der Katastrophe von Japan umfassende Regierungshandlungen zur Sicherheitsüberprüfung und dem beschleunigten Kernenergieausstieg ankündigt. Mit der Berufung einer Ethikkommission am 22.03.2011, zum Einschätzen der Kernenergie-Risiken, beginnt die Durchführungsphase. Ähnlich wie die Energieszenarien 2010 stehen nun die Reaktorsicherheitskommission und die Ethikkommission für die Suche nach dem (beschleunigten) Energiekonzept. Diese Durchführungsphase, die natürlich intensiv kommunikativ beworben und legitimiert wird, endet mit der Übergabe des Berichts der Ethikkommission am 30.05.2011. Hier beginnt die Nachbereitungsphase der Kommunikation des neuen Konzepts, das dann am 08.07.2011 vom Bundesrat beschlossen wird.

Neben der „kommunikativen Anlaufphase“ unterscheiden sich die beiden Kommunikationsstrategien von 2010 und 2011 kaum. Denn obwohl sich die Kanzlerin innerhalb weniger Wochen auf eine politisch völlig konträre Richtung festlegt, ändert sich nur ein einziges ihrer Argumente: die Neueinschätzung der Restrisikos von Kernenergie. Alle anderen Argumente (Netzausbau, Finanzierung etc.) behalten für sie weiterhin Gültigkeit und werden, die Aussagen von 2010 fast imitierend, weiterhin verwendet, um ihr nun neues Energiekonzept zu verteidigen und durchzusetzen. Natürlich ist es logisch, dass der Netzausbau und die Finanzierung, wenn sie vorher bis 2030 angelegt waren, nun beschleunigt bis 2020 noch größere Probleme darstellen. In dieser Beziehung ist ihre Argumentation logisch nachvollziehbar. Ihre Aussagen zur Sicherheit sind aber überwiegend inhaltsleer, trotz vieler verwendeter Worte. Trotzdem schafft es die Kanzlerin, eine politische Richtung, die sie bis vor kurzen als völlig unmöglich klassifizierte, innerhalb weniger Wochen zu ihrer Sache zu machen und scheinbar überzeugend der Bevölkerung als solche zu kommunizieren. Diese Strategie soll im Folgenden dargelegt werden.

4.3.1 Erste Reaktionen auf Fukushima

Die Kanzlerin tritt nach den Ereignissen in Japan am 12.03.2011 zum ersten Mal vor die Presse. Diese erste PK ist eine relativ überraschte Reaktion auf die Katastrophe. Sie spricht von einer „[...] außergewöhnlich ernste[n] Situation [...]“ und von Urgewalten der Natur, die „[...] eines der höchstentwickelten Länder in die Katastrophe [...]“¹⁷⁴ führten. Sie zeigt sich sehr betroffen von den Ereignissen in Japan, sichert der japanischen Regierung jede Art von Unterstützung zu und sorgt sich um die japanische Bevölkerung. Emotionale Sprach- und Hilflosigkeit zeigen sich in dem Satz: „[...] und wir sehen auch, dass wir an dieser Stelle ein Stück Demut und Ehrfurcht vor der Natur haben müssen“,¹⁷⁵ in dem sie die Naturgewalten als der menschlichen Technik überlegen akzeptiert. Auch spricht sie das Austreten von Radioaktivität offen an, stellt sich also den Tatsachen und versucht nicht, irgendetwas zu verschleiern.

Trotz der Ereignisse und Folgen, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht überblickt werden können, bekennt sie sich aber auch klar zur Kernenergie als Brückentechnologie: „Jeder weiß [...] dass ich die friedliche Nutzung der Kernenergie als Brückentechnologie [...] für verantwortbar und vertretbar halte.“¹⁷⁶ Sie verweist außerdem darauf, dass die Umstände, die in Japan zur Katastrophe führten, in Deutschland so nicht passieren werden. Trotzdem kann es, so Angela Merkel, bei der Sicherheit keine Kompromisse geben, weshalb sie umfassende Sicherheitsüberprüfungen aller KKW in Aussicht stellt. Auch kündigt sie einen Sondergipfel aller für Sicherheit zuständigen Minister an. Die Kanzlerin stellt also aktiv-agierendes Verhalten der Regierung in Aussicht, doch der Fokus der PK, gerade weil noch keine konkreten Folgen der Katastrophe absehbar sind, liegt bei Empathie für die japanische Bevölkerung. Sie spricht die Emotionen der deutschen Bevölkerung und deren Mitgefühl für die Japaner an und betont die Unfassbarkeit der Ereignisse: „[...] und das Ausmaß des Leidens und der Schäden ist enorm, ich sage, fast nicht fassbar.“¹⁷⁷ Die von ihr als unfassbar definierten Ereignisse bekommen,

¹⁷⁴ Bundespresseamt (2011): Pressestatements von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesminister Guido Westerwelle zum Erdbeben in Japan am 12. März 2011. <<http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/03/2011-03-12-pk-kanzleramt-japan.html?nn=74446>> Zugriff am 17.03.2013.

¹⁷⁵ Ebd.

¹⁷⁶ Ebd.

¹⁷⁷ Ebd.

zusammen mit der Aussage „Die Geschehnisse in Japan sind ein Einschnitt für die Welt [...]“¹⁷⁸ eine Zuschreibung von etwas, das jenseits von allem liegt, das zu erwarten wäre. Je mehr die Kanzlerin die Einzigartigkeit, Unvorhersehbarkeit betont, desto mehr entfernt sich das Ereignis von dem, was sich ein realistisch vorausschauender Mensch an Risiken vorstellen kann. Sie klassifiziert die nukleare Katastrophe von Fukushima im Grunde als unmöglich und demzufolge, so wird es von ihr bereits suggeriert, sei es auch völlig verständlich, dass sie bei früheren Sicherheitsbetrachtungen der KKW's nicht von so einem möglichen Risiko ausgegangen ist. Sie betont also schon vorausschauend ihre eigene Nichtschuld, was das korrekte Einschätzen von Restrisiken durch Kernenergie betrifft und wird diese Argumentation in den folgenden Wochen noch ausbauen. Eine auch in zukünftigen PK's immer wiederkehrende Phrase der Kanzlerin verwendet sie hier zum ersten Mal:

„Wenn schon in einem Land wie Japan mit sehr hohen Sicherheitsanforderungen und hohen Sicherheitsstandards nukleare Folgen eines Erdbebens und einer Flutwelle augenscheinlich nicht verhindert werden können, dann kann die ganze Welt, dann kann auch Europa und dann kann auch ein Land wie Deutschland mit ebenfalls hohen Sicherheitsanforderungen und Sicherheitsstandards nicht einfach zur Tagesordnung übergehen.“¹⁷⁹

Das Schlagwort „Tagesordnung“ wird immer wieder Verwendung finden und soll ebenfalls zur Entfernung der Fukushima-Havarie vom Alltäglichen beitragen. Des Weiteren zeigt sich hier bereits eine gewisse Inhaltsleere der sicherheitspolitischen Thematik. Die Kanzlerin bauscht eine einfache Aussage (Japan ist wie Deutschland ein Hochtechnologieland und deshalb muss die Katastrophe ernst genommen werden) in einem sechs Zeilen langen Satz auf. Sie doppelt Sicherheitsstandards und Sicherheitsanforderungen, obwohl im Kern identisch, und wiederholt diese Aussagen auch noch einmal für Deutschland, wobei sie hierfür die Antiklimax von Welt über Europa hin zu Deutschland verwendet. Sie stellt Deutschland also als einen unter vielen Betroffenen der Katastrophe dar, womit sie die Falscheinschätzung der Kernenergieisiken als einen Fehler, den viele begangen haben, abschwächt. Bei dieser ersten PK zum Thema Fukushima steht die Kanzlerin zunächst noch zu ihrer energiepolitischen Einstellung von

¹⁷⁸ Ebd.

¹⁷⁹ Ebd.

2010. Die Sicherheitsüberprüfungen lassen ahnen, dass hier Korrekturen stattfinden können.

4.3.2 Vorbereitungsphase

Den Beginn der Vorbereitungsphase für ein beschleunigtes Energiekonzept markieren die „Pressestatements von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesaußenminister Guido Westerwelle zu den Folgen der Naturkatastrophen in Japan sowie den Auswirkungen auf die deutschen Kernkraftwerke“¹⁸⁰ am 14.03.2011. Bereits der Titel verweist auf eine Veränderung der deutschen Energiepolitik und belegt eindeutig, dass die Ereignisse in Japan politische Auswirkungen auf Deutschland haben werden.

In dieser PK verkündet die Kanzlerin das Atom-Moratorium, also das Aussetzen der Laufzeitverlängerungen und umfassende Sicherheitsüberprüfungen aller KKW. Dafür gehen acht besonders alte KKW sofort vom Netz. Die Überprüfungen sind für drei Monate angesetzt. Hier beginnen das aktive Handeln der Regierung und der Übergang vom Reagieren zum Agieren. Mit dem Moratorium bietet die Kanzlerin den Medien und der Bevölkerung ein Schlagwort an, das synonym für das Handeln der Regierung stehen soll. Sie selbst verbindet mit dem Begriff des Moratoriums intensives Handeln und stellt Veränderungen und Folgen des Moratoriums in Aussicht, stellt also schon vorgreifend politisches Tun dar:

„Damit kein Zweifel entsteht: Die Lage nach dem Moratorium wird eine andere sein als die Lage vor dem Moratorium. Wir werden in der Zeit des Moratoriums ausloten, wie wir den Weg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien forcieren und dieses Ziel noch schneller erreichen [können].“¹⁸¹

Sie bekennt sich also klar zu einem beschleunigten Energiekonzept, auch wenn dieses noch nicht erwähnt wurde. Ansonsten nutzt sie auch diese PK vor allem dazu, die Bevölkerung emotional anzusprechen und die Ereignisse in Japan weiterhin als etwas Unvorstellbares, etwas im Grunde Unmögliches einzuordnen. Eine besonders emo-

¹⁸⁰ Bundespresseamt (2011): Pressestatements von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesaußenminister Guido Westerwelle zu den Folgen der Naturkatastrophen in Japan sowie den Auswirkungen auf die deutschen Kernkraftwerke.

<<http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/03/2011-03-14-bkin-lage-japan-atomkraftwerke.html?nn=74446>> Zugriff am 17.03.2013.

¹⁸¹ Ebd.

tionale Aussage: „Die Bilder, die uns seit Freitag erreichen, machen ein geradezu apokalyptisches Ausmaß der Zerstörung deutlich und lassen uns verstummen.“¹⁸² Der Vergleich der Katastrophe mit der biblischen Apokalypse ist eine besonders starke Hyperbel und eine äußerst unprofessionelle, dafür aber umso menschlichere Formulierung. Angela Merkel stellt hier betont nicht ihre Politiker-Seite, sondern ihre menschliche Seite und persönliche Betroffenheit zur Schau. Das Moratorium und überhaupt der Anstoß, die deutsche Kernenergie zu überdenken, wird von ihr als Folge der vorher als unvorhersehbar qualifizierten Ereignisse in Japan dargestellt. Sie gesteht also keine Schwäche ein, indem sie zugibt, dass ein Restrisiko bei Kernenergie nie auszuschließen ist und demnach immer von möglichen Problemen ausgegangen werden muss. Stattdessen betont sie die unmögliche vorherige Absehbarkeit eines solchen Ereignisses.

Zur Verstärkung des nicht alltäglichen Aspektes der Katastrophe verwendet sie auch hier wieder das Schlagwort „Tagesordnung“:

„Wir können nicht einfach zur Tagesordnung übergehen und wir gehen auch nicht zur Tagesordnung über. [...] Wir wissen, wie sicher unsere Kraftwerke in Deutschland sind. Aber ebenso bleibt richtig, dass wir auf die friedliche Nutzung der Kernenergie als Brückentechnologie noch nicht verzichten können, wenn wir unseren Energieverbrauch als größte Wirtschaftsnation Europas weiter eigenständig und zuverlässig decken wollen [...].“¹⁸³

Die doppelte Betonung des „nicht zur Tagesordnung Übergehens“ suggeriert eine betroffene, stark agierende Regierung. Gleichzeitig stellt die Kanzlerin eine nicht nachprüfbare, weil völlig inhaltsleere Behauptung auf. Sie erklärt weder genau, was sie mit „sicher“ meint, noch wird deutlich, wer „wir“ sind. Spricht sie von der Regierung oder der Bevölkerung? Unklar ist auch, woher sie die Gewissheit nimmt, dass, wer auch immer „wir“ sein mag, wirklich das weiß, was die Kanzlerin zu wissen scheint.

Hier wird eine rhetorische Strategie der Kanzlerin deutlich, die sie schon vor Fukushima kurzzeitig verwendete und die sie nun weiter ausbaut. Denn zwischen all den mehr oder minder leeren Worten stechen als Schlüsselwörter/-phrasen vor allem „Sicherheit“, „deutsche KKW's sind sicher“ und „wir brauchen die Kernenergie weiterhin“ hervor. Anstatt sich also sprachlos zu zeigen angesichts der für sie absolut unwahr-

¹⁸² Ebd.

¹⁸³ Ebd.

scheinlichen Ereignisse, stellt sie sich aktiv den Medien und der Öffentlichkeit und präsentiert sich als scheinbar wort- und meinungsreich:

„Es war und es ist kein leeres Wort, wenn ich sage: Wir können nicht einfach zur Tagesordnung übergehen und die bisherige unbestrittene Sicherheit unserer kerntechnischen Anlagen zum Maßstab auch des künftigen Handelns machen, ohne dass wir infolge der jüngsten Ereignisse einmal innehalten.“¹⁸⁴

Das mehrmalige Kennzeichnen einer nicht weiter definierten Mehrheit durch das Personalpronomen „wir“ suggeriert, dass die Kanzlerin nicht alleine die genannten Meinungen vertritt. Stattdessen kennzeichnet sie die Zuhörerschaft, indem sie sie mit einbezieht, als ebenfalls so denkend und suggeriert auf diese Weise einen nicht nachgewiesenen gesellschaftlichen Konsens zur Kernenergie.

Erneut verwendet sie das Schlagwort „Tagesordnung“ und betont in diesem Zusammenhang, dass ihre Worte nicht inhaltsleer sind. Auch die Behauptung, dass die Sicherheit der deutschen KKWs bisher unbestritten ist, lässt sich nur schwer falsifizieren. In der Art und Weise, wie die Kanzlerin über Sicherheit spricht, zeigt sich, dass Sicherheit für sie nichts Absolutes ist. Sie unterscheidet also nicht einfach zwischen sicher und nicht sicher, sondern sieht die jeweils von ihr genannte Sicherheit immer in Relation zu einer anderen Sicherheit. So bezeichnete sie im Vorjahr die deutschen KKWs als die sichersten der Welt.¹⁸⁵ Sie sind also im Gegensatz zu den KKWs anderer Länder sicherer, aber immer noch nicht absolut sicher, denn schließlich sprach sie damals auch von erheblichen Summen, die die Betreiber noch in die Sicherheit investieren müssten.

Sie trifft also eine Reihe von Aussagen, die sehr gut klingen, aber inhaltlich relativ wertlos sind. Trotzdem kann man ihr, wenn sie ihre Aussagen so formuliert, keine Unwahrheiten vorwerfen. Sie bleibt in ihren Behauptungen so vage und unkonkret, dass sie notfalls immer auf der sicheren Seite ist. In diesem Lichte erscheint auch die Aussage, dass die Sicherheit der deutschen KKWs bisher unbestritten ist, als richtig. Zumindest kann man ihr keine falsche Aussage unterstellen. Unbestritten sind die deutschen KKWs sicherer als die anderer Länder. Das bedeutet im Umkehrschluss na-

¹⁸⁴ Ebd.

¹⁸⁵ Vgl. S. 63

türlich noch nicht, dass sie so sicher wie möglich oder sicher genug sind. Weiterhin sagt sie, um die Unvorhersehbarkeit der Ereignisse zu unterstreichen:

„Denn die Ereignisse in Japan lehren uns, dass etwas, was nach allen wissenschaftlichen Maßstäben für unmöglich gehalten wurde, doch möglich werden könnte. Sie lehren uns, dass Risiken, die für absolut unwahrscheinlich gehalten wurden, doch nicht vollends unwahrscheinlich sind.“¹⁸⁶

Auch hier spricht sie viele Worte, obwohl nur eine einzige Aussage getroffen wird. Sie setzt „absolut“ und „vollends“ in ein ungleichmäßiges Verhältnis. „Absolut“ ist in diesem Zusammenhang also schwächer ausgeprägt als „vollends“. Semantisch haben die beiden Zeichen aber den gleichen Inhalt. Sie bedeuten beide einen totalen, nicht mehr steigerbaren Zustand. Laut Angela Merkels Aussage ist für sie aber der Zustand, in dem sie Risiken für „absolut unwahrscheinlich“ gehalten hat, noch steigerbar zu einem Zustand, der „doch nicht vollends unwahrscheinlich“ ist. Es ist aber eine Tatsache, dass unwahrscheinlich nicht gleich unmöglich bedeutet. Unwahrscheinliches ist also per se immer möglich, zumindest wenn man es logisch betrachtet.

Die hier verwendete rhetorische Strategie der Kanzlerin ist aber nicht auf Logik ausgerichtet, sondern auf Persuasion.¹⁸⁷ Sie will vorrangig überzeugen und zwar die Bevölkerung von der Glaubwürdigkeit ihres politischen Richtungswechsels. Sie redet sehr viel, bietet dabei aber inhaltlich nur wenige Aussagen an. Stark ausgeschmückt und über mehrere PKs, Reden und Interviews hinweg wiederholt sie immer wieder mit ähnlicher Wortwahl die Aussage, dass ihre durch Japan gewonnene Erkenntnis, dass Unwahrscheinliches doch möglich ist, sie zu den umfassenden Sicherheitsüberprüfungen der deutschen KKWs veranlasste. Ziel ist es also, mit vielen Worten die Bevölkerung von einer einzigen Tatsache zu überzeugen: Fukushima konnte man nicht vorhersehen und deshalb ist ein politischer Richtungswechsel als Folge der japanischen Ereignisse verständlich und gerechtfertigt.

¹⁸⁶ Bundespresseamt (2011): Pressestatements von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesaußenminister Guido Westerwelle zu den Folgen der Naturkatastrophen in Japan sowie den Auswirkungen auf die deutschen Kernkraftwerke.

<<http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/03/2011-03-14-bkin-lage-japan-atomkraftwerke.html?nn=74446>> Zugriff am 17.03.2013.

¹⁸⁷ Vgl. S. 29.

„Und wenn das so ist, wenn also schon in einem hochentwickelten Land wie Japan, einem Land mit hohen Sicherheitsstandards und hohen Sicherheitsanforderungen, nukleare Folgen eines Erdbebens und einer Flutwelle nicht verhindert werden können, dann hat das eben Folgen für die ganze Welt, dann hat das auch Folgen für Europa und dann hat das Folgen für uns in Deutschland. Das verändert die Lage auch in Deutschland; dann haben wir eine neue Lage. Diese Lage muss vorbehaltlos, rückhaltlos und umfassend analysiert werden. Erst danach folgen Entscheidungen.“¹⁸⁸

Die Zuhörer/Zuschauer sollen sich nicht weiter nach dem warum fragen sondern zwischen all den Sätzen vor allem die Worte/Phrasen „Sicherheit“, „Kernenergie ist als Brücke notwendig“, „neue Lage durch Fukushima“ und „die Regierung handelt“ verinnerlichen. Auch hier finden sich wieder viele Worte und nur wenig Inhalt: eine veränderte Lage, die analysiert werden muss, rhetorisch in dreifacher Ausführung dargestellt. Gerade der Aspekt, dass die Regierung für die Bevölkerung aktiv wird, wird durch folgende Aussagen der Kanzlerin hervorgehoben:

„[...] die Menschen in Deutschland können sich darauf verlassen: Ihre Sicherheit und ihr Schutz sind für die Bundesregierung und für mich ganz persönlich oberstes Gebot. [...]. Darüber hinaus stehe ich in engstem Kontakt mit der Europäischen Kommission sowie den G20. Denn wie gesagt: Die Folgen der Katastrophe in Japan berühren die ganze Welt.“¹⁸⁹

Die Kanzlerin präsentiert sich als Landesmutter, der das Wohl des Volkes am Herzen liegt und die auch internationale Bemühungen anstrebt, um Lösungen zu finden. Des Weiteren stellt sie sich als Politikerin dar, die realistische Einschätzungen vornimmt und Probleme offen anspricht und nicht für Scheinlösungen zu haben ist:

„Wir müssen die Energiediskussion ehrlich führen und dürfen die Versorgung [...] nicht durch Importe aus Kernkraftwerken aus Nachbarländern decken, die keine höheren Sicherheitsstandards haben als wir. Wir dürfen uns nicht darum herumdrücken, dass wir einige ungelöste Probleme haben.“¹⁹⁰

¹⁸⁸ Bundespresseamt (2011): Pressestatements von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesaußenminister Guido Westerwelle zu den Folgen der Naturkatastrophen in Japan sowie den Auswirkungen auf die deutschen Kernkraftwerke.

<<http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/03/2011-03-14-bkin-lage-japan-atomkraftwerke.html?nn=74446>> Zugriff am 17.03.2013.

¹⁸⁹ Ebd.

¹⁹⁰ Ebd.

Dieses Argument, dass es nicht vernünftig ist, die eignen KKW's abzuschalten und dann zur Stromversorgung Kernenergie zu importieren, verwendete sie auch schon 2010. Sie beharrt also weiter auf die Notwendigkeit der Kernenergie und betont erneut die höhere Sicherheit deutscher KKW's gegenüber ausländischen und stellt als einzigen Weg die schnellere Umsetzung der Energiewende in Aussicht. Die Energiewende scheitert also, wenn überhaupt, nicht an längeren KKW-Laufzeiten, sondern an einer zu langsamen Energiewende. „Die einzig redliche Antwort ist der forcierte und beschleunigte Weg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien.“¹⁹¹ Dabei verteidigt sie aber ihr Energiekonzept von 2010 als sinnvollen Weg: „Natürlich hat unser Energiekonzept eine innere Logik gehabt. Jetzt müssen wir gucken, ob man über diese Logik noch hinausgehen kann und ob man sich mehr anstrengen kann.“¹⁹² Und sie betont auch, dass ein beschleunigtes Energiekonzept nicht an ihrer Regierung scheitern soll, sondern, so wie auch schon 2010, vor allem die Widerstände in der Bevölkerung, fehlende Akzeptanz und mangelnde Bereitschaft, Veränderungen in Kauf zu nehmen, die Energiewende ausbremsen. Sie distanziert sich von der Verantwortung für die langsamere Energiewende und schiebt die Schuld subtil der Bevölkerung zu:

„Jetzt müssen wir wirklich mit den Akteuren und allen [daran Beteiligten] darüber sprechen, ob es noch Möglichkeiten der Beschleunigung gibt. [...]. Da sehe ich vor allen Dingen Akzeptanzprobleme, gerade was die Infrastruktur des Netzausbaus angeht.“¹⁹³

Die bereits angesprochene starke mediale Präsenz der Kanzlerin setzt sich am nächsten Tag, dem 15.03.2011 mit einer weiteren PK fort. Realpolitisch ist innerhalb der letzten 24 Stunden nichts passiert, das verkündet werden könnte. Deswegen unterscheidet sich die PK inhaltlich auch nicht von der PK am Vortag, sondern ist lediglich eine Inszenierung, um medial präsent zu bleiben. Entscheidend ist allerdings die Anwesenheit der Ministerpräsidenten der Länder, die KKW-Standorte haben. So wird die Zusammenarbeit von Bund und Ländern symbolisch sichtbar und die Regierung kann sich als nah am Thema darstellen, indem sie die Nähe zu den betroffenen Bundesländern sucht und diese aktiv in den Prozess der Entscheidungsfindung (zumindest hat es

¹⁹¹ Ebd.

¹⁹² Ebd.

¹⁹³ Ebd.

den Anschein) einbezieht. Die kommunikativen Bemühungen der Regierung werden auch in der Titelwahl der PK deutlich „Statements nach dem Gespräch über die Nutzung der Kernenergie in Deutschland“,¹⁹⁴ die intensive Kommunikationsprozesse zwischen Bund und Ländern suggeriert. Inhaltlich identisch verweist die Kanzlerin auf zukünftige Handlungen der Regierung und stellt diese so als anpackend und lösungsorientiert sowie kompromissbereit dar, indem sie die Mitarbeit von Bund und Ländern betont:

„[...] wir [werden] angesichts der Lage eine Sicherheitsüberprüfung aller Kernkraftwerke durchführen - darauf haben sich Bund und Länder geeinigt [...]. Wir wollen die Zeit des Moratoriums nutzen, um die Energiewende zu beschleunigen.“¹⁹⁵

Sie vermittelt, dass sie nicht stur auf ihrem Standpunkt vom letzten Jahr beharrt, sondern bereit ist, auch mit der Opposition zusammenzuarbeiten, wenn es um die Sicherheit der Bevölkerung geht. Auch hier sind wieder „sicher“ und „Sicherheit hat Vorrang“ Schlüsselwörter/-phrasen. Des Weiteren spricht sie erneut die noch zu lösenden Probleme an:

„Das bedeutet, dass wir zum einen die Infrastruktur, die für die Energiewende notwendig ist, unter die Lupe nehmen und danach suchen, welche Beschleunigungsmöglichkeiten wir haben, und dass wir uns zum anderen die Fragen der Förderung der erneuerbaren Energien [...] noch einmal anschauen.“¹⁹⁶

Sie bereitet kommunikativ die Regierungsaktionen der nächsten Wochen vor und begründet und legitimiert sie mit der Suche nach einem schnelleren Energiekonzept. Das, was die Regierung also demnächst tun wird, wird von der Kanzlerin vorher schon als richtig, wichtig und notwendig kommuniziert – und das flächendeckend und dauerhaft. Auch das Moratorium, das bereits läuft, wird von ihr als sinnvoll verteidigt: „Wir sind zu der Schlussfolgerung gekommen, dass wegen des Umfangs der Überprüfung dies bei den älteren Anlagen am besten in einer Nicht-Betriebsphase zu gewähr-

¹⁹⁴ Bundespresseamt (2011): Statements nach dem Gespräch über die Nutzung der Kernenergie in Deutschland. <<http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/03/2011-03-15-statements-nutzung-kernenergie.html?nn=74446>> Zugriff am 17.03.2013.

¹⁹⁵ Ebd.

¹⁹⁶ Ebd.

leisten ist.¹⁹⁷ Erneut präsentiert sie sich als pragmatisch und vorausschauend und auf die Sicherheit bedacht, indem sie die ältesten KKW's für die Sicherheitsüberprüfungen vom Netz nimmt, also augenscheinlich keine unnötigen Risiken eingeht.

Diese PKs hatten einen allgemein vorbereitenden Charakter und haben eine breite mediale Öffentlichkeit angesprochen. Ähnlich der ersten PK zum Energiekonzept 2010 nutzte die Regierung auch hier die Gelegenheit, verschiedenste Medienvertreter einzuladen und demnach eine mediale Resonanz auf möglichst vielen Kanälen zu erzeugen. Die PKs hatten vor allem persuasiven Charakter, also das Ziel, die Rezipienten von ihrem politischen Richtungswechsel zu überzeugen. Natürlich wurden auch grundsätzliche Informationen vermittelt (Moratorium, Beileidsbekundungen, Sicherheitsüberprüfungen), doch vorrangig ging es um die Beeinflussung der medialen Agenda. Im Gegensatz zum Energiekonzept 2010 muss die Kanzlerin die Thematik nicht erst in die Medien bringen - die Katastrophe von Fukushima ist multimedial gegenwärtig. Aber sie versucht, die mediale Agenda dahingehend zu beeinflussen, dass ihre politischen Deutungen Verwendung finden und sich durchsetzen.

Nach den beiden PKs erreicht die Vorbereitungsphase ihrer Kommunikationsstrategie mit der „Regierungserklärung der Bundeskanzlerin Angela Merkel zur aktuellen Lage in Japan“¹⁹⁸ am 17.03.2011 ihren Höhepunkt. Die Mitschrift der Erklärung umfasst acht Seiten, es ist also eine sehr umfassende und vor allem (im Gegensatz zu den PKs) nicht von Journalisten unterbrochene und durch Fragen mitbestimmte Kommunikationsform. In dieser Erklärung, die ich als Grundsatzrede¹⁹⁹ zur Energiepolitik einordne, arbeitet die Kanzlerin folgende thematische Schwerpunkte ab: Die Lage in Japan, die Sicherheitslage in Deutschland, die zukünftige deutsche Energiepolitik, internationale Bemühungen zur Kernenergiesicherheit sowie das Zurechtweisen der Opposition in der Energiethematik. Diese Grundsatzrede fasst also die aktuelle regierungspolitische Lage zusammen und bündelt die argumentativen Bemühungen der letzten Tage.

¹⁹⁷ Ebd.

¹⁹⁸ Bundespresseamt (2011): Regierungserklärung der Bundeskanzlerin Angela Merkel zur aktuellen Lage in Japan. <<http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Regierungserklaerung/2011/2011-03-17merkel-lage-japan.html>> Zugriff am 17.03.2013.

¹⁹⁹ Vgl. Jarren, Ottfried; Donges, Patrick (2006): Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung. 2. überarb. A. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 257.

Wie schon in den PKs zuvor findet sie für die Lage in Japan sehr emotionale Worte der Empathie und schildert das Leid der japanischen Bevölkerung eindringlich:

„Die Zahl der Opfer schnellte seit Tagen in die Höhe. Wie viele es tatsächlich sind - wir wissen es nicht. Zu viele Menschen werden vermisst. Unzählige Häuser und Straßen sind zerstört. Unendlich viele Menschen haben ihr Obdach verloren. Strom wird rationiert oder ist ganz weg. Treibstoff, Trinkwasser, Nahrungsmittel sind knapp. [...]. Was uns angesichts all dieser Berichte und Bilder, die wir seit letztem Freitag sehen und zu verstehen versuchen, erfüllt, das sind Entsetzen, Fassungslosigkeit, Mitgefühl und Trauer. Die Katastrophe in Japan hat ein geradezu apokalyptisches Ausmaß, und es fehlen die Worte. Unsere tiefste Anteilnahme, unsere Gedanken und unsere Gebete sind bei den Menschen in Japan.“²⁰⁰

Sie stimmt die Rezipienten also zunächst emotional auf die Katastrophe ein und betont das Leid der japanischen Bevölkerung. Durch die Betonung des „apokalyptischen Ausmaßes“ und das Nennen der „Gebete“ kennzeichnet die Kanzlerin die Ereignisse in Japan als etwas, das von biblischen, überirdischen Charakter ist. So rechtfertigt sie die Unvorhersehbarkeit der Ereignisse, die fernab des weltlichen und des menschlich-alltäglich zu Erwartenden liegen.

Nach dieser indirekten Verteidigung ihrer früheren Risikoeinschätzungen der Kernenergie geht sie thematisch über zu Begründung ihres politischen Richtungswechsels, der das Moratorium nach sich zog und höchstwahrscheinlich eine Neugestaltung der Laufzeiten bedeuten wird. Mit fast identischen Worten (wie in den PKs zuvor) kommuniziert sie ihre Argumente zum Thema Sicherheit und zum weiteren politischen Vorgehen:

„Ich habe es in den vergangenen fünf Tagen wieder und wieder gesagt, und ich wiederhole es heute: Wir können und wir dürfen nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Wir gehen auch nicht zur Tagesordnung über, weder die Menschen in Deutschland [...] noch die Politik.“²⁰¹

Sie betont ihre intensiven kommunikativen Bemühungen der letzten Tage und verwendet erneut das Schlüsselwort „Tagesordnung“. Weiter kommuniziert sie stark

²⁰⁰ Bundespresseamt (2011): Regierungserklärung der Bundeskanzlerin Angela Merkel zur aktuellen Lage in Japan. <<http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Regierungserklaerung/2011/2011-03-17merkel-lage-japan.html>> Zugriff am 17.03.2013.

²⁰¹ Ebd.

appellativ und geradezu schlaglichtartig die „harten Fakten“, denen sich die Bevölkerung stellen muss:

„Ja, es bleibt wahr: Derart gewaltige Erdbeben und Flutwellen, wie sie Japan getroffen haben, treffen uns nach allen Erfahrungen und wissenschaftlichen Erwartungen nicht. [...]. Ja, es bleibt wahr: Wir wissen, wie sicher unsere Kernkraftwerke sind. Sie gehören zu den weltweit sichersten [...]. Ja, es bleibt wahr: Ein Industrieland wie Deutschland, die größte Wirtschaftsnation Europas, kann nicht von jetzt auf gleich vollständig auf Kernenergie als Brückentechnologie verzichten, wenn wir unseren Energieverbrauch weiter eigenständig zuverlässig decken wollen. [...]. Ja, es bleibt auch wahr: Energie in Deutschland muss für die Menschen bezahlbar sein, und wir haben kein Problem gelöst, wenn Arbeitsplätze in andere Länder abwandern, wo die Sicherheit der Kernkraftwerke nicht besser, vielleicht sogar noch geringer ist.“²⁰²

Prägnant und dominant formuliert, stellt sie die Rezipienten vor scheinbar vollendete Tatsachen. Die Argumente ähneln denen von 2010 sehr. Erneut verwendet sie die relationale Aussage von den deutschen, weltweit sichersten KKW, doch unterläuft ihr hier ein rhetorischer Fehler. Ungeschickt formuliert sie, dass die Sicherheit der KKW in anderen Ländern „noch geringer“ ist als die der deutschen KKW. Beim Versuch, die deutschen KKW als die sichersten der Welt anzupreisen, erklärt sie also gleichzeitig, dass diese weltweit höchste Sicherheit „gering“ ist.

Sie spricht auch wieder wirtschaftliche Wünsche nach Sicherheit an, in dem sie von bezahlbarer Energie spricht und auf dem Status des Eigenversorgers von Deutschland beharrt. Kommunikativ bereitet sie die Menschen also darauf vor, dass in all diesen Bereichen Probleme und Belastungen auftreten werden, wenn das Energiekonzept beschleunigt umgesetzt werden sollte. Sie argumentiert aber nicht gegen ein beschleunigtes Energiekonzept, sondern macht mögliche Belastungen der Bürger – höhere Energiepreise, höhere Produktionskosten in der Industrie, mögliche Arbeitsplatzabwanderung – nur einfach schon vorab deutlich. Sie nennt also mögliche Folgen der beschleunigten Energiewende. Hier zeigt sich wieder die rhetorische Strategie der Rückversicherung. Denn wenn die Energiewende beschleunigt umgesetzt werden sollte und diese Folgen eintreffen, kann man der Kanzlerin diese Folgen nicht vorwerfen. Sie hatte intensiv vor einem übereilten Kernenergie-Ausstieg gewarnt und besonders

²⁰² Ebd.

Deutschlands Interessen als „stärkste Wirtschaftsnation Europas“²⁰³ weitsichtig betont. Außerdem unterstreicht sie, ebenfalls fast identisch in der Wortwahl zu den Tagen davor, die Lehren, die aus den Ereignissen in Japan zu ziehen sind:

„Sie lehren uns, dass Risiken, die für absolut unwahrscheinlich gehalten wurden, doch nicht vollends unwahrscheinlich waren, sondern Realität wurden. Wenn das so ist, wenn also in einem so hoch entwickelten Land wie Japan das scheinbar Unmögliche möglich, das absolut Unwahrscheinliche Realität wurde [...]. Dann haben wir eine neue Lage, dann muss gehandelt werden. Und wir haben gehandelt. Denn die Menschen in Deutschland können sich darauf verlassen: Ihre Sicherheit und ihr Schutz waren und sind für die Bundesregierung oberstes Gebot. [...]. Deshalb haben wir im Lichte der Ereignisse in Japan veranlasst, dass alle deutschen Kernkraftwerke noch einmal einer umfassenden Sicherheitsprüfung unterzogen werden [...].“²⁰⁴

Wieder findet die ungleichmäßige Bewertung von „absolut“ und „vollends“ Verwendung. Sie legitimiert erneut den politischen Richtungswechsel aufgrund unvorhersehbarer Ereignisse und betont ebenfalls erneut die starke handlungspolitische Ausrichtung ihrer Politik durch die mehrmalige Verwendung Aktivität suggerierender Verben, obwohl außer dem Moratorium noch keine weitere Handlung stattfand, sondern lediglich in den Ausführungen der Kanzlerin für die Zukunft dargestellt werden:

„Wenn es um die Akzeptanz und Fortentwicklung der Energiepolitik insgesamt geht, werden natürlich auch gesellschaftliche Gruppen einbezogen: Wirtschaft, Gewerkschaften, Umweltverbände, Kirchen. [...]. Die Lage nach dem Moratorium wird eine andere sein als die Lage vor dem Moratorium, denn alles kommt auf den Prüfstand. [...] Wir werden deshalb die bewusst ehrgeizig kurz bemessene Zeit des Moratoriums nutzen, um die Energiewende voranzutreiben und, wo immer möglich, zu beschleunigen [...]. Wir werden die sehr ambitionierten Maßnahmen des Energiekonzepts nicht nur konsequent umsetzen, sondern sie, wo es geht, auch beschleunigen.“²⁰⁵

Sie verteidigt ihre Politik als ehrgeizig, konsequent und ambitioniert, stellt sich und ihre Regierung als so dar, dass sie alles Mögliche tun, um die Energiewende voranzubringen. Sie nennt aber auch Probleme wie z.B. den Netzausbau und macht erneut indirekt die Bevölkerung für Verzögerungen in diesem Bereich verantwortlich:

²⁰³ Ebd.

²⁰⁴ Ebd.

²⁰⁵ Ebd.

„Hierfür müssen alle, die den Ausbau der erneuerbaren Energien wollen, um mehr Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort werben. Das ist schlicht und ergreifend heute nicht der Fall.“

Die Kanzlerin nutzt also diese Rede, um die Bevölkerung von ihrer emotionalen Betroffenheit über die Ereignisse in Japan zu überzeugen. Mit dieser Strategie erzeugt sie indirekt auch Glaubwürdigkeit dafür, dass diese furchtbaren Ereignisse sie ihre energiepolitischen Grundsätze überdenken lassen. Ohne Unterbrechungen kann sie ihre Argumente zusammenfassend darlegen und appellativ auf die zukünftige Energiepolitik der Regierung einchwören. Sie wirbt also aktiv um Zustimmung für ihre politischen Pläne, erklärt und begründet sie.

In einem Punkt unterscheidet sich diese Veröffentlichung eklatant von den anderen nach der Fukushima-Katastrophe. Die Kanzlerin spricht ein deutliches Machtwort gegen die Opposition aus:

„Sie werfen der Regierung und auch mir persönlich vor [...] bei der Verabschiedung der Laufzeitenverlängerung oder wahrscheinlich durchgehend die Unwahrheit zu sagen. Sie werfen uns Täuschung, Trickserei, mehr oder weniger Rechtsbruch und natürlich Wahlkampfaktik und Ähnliches vor. [...]. Ich halte das hinsichtlich der Aufgabe für absolut nicht angemessen [...]. Es geht hier um eine Situation, in der wir über Fragen debattieren, die die Welt vor eine neue Lage gestellt haben.“²⁰⁶

Sie positioniert sich auf diese Weise als starke, selbstbewusste Kanzlerin und Führungsperson in dieser kritischen Phase. Indem sie die Opposition scharf formuliert in ihre Schranken weist und ihre Kritik als eindeutig falsch klassifiziert, betont sie im Umkehrschluss die Richtigkeit und Notwendigkeit der bereits geschehenen und zukünftigen Regierungshandlungen. Sie wirft den Oppositions-Politikern Unernst vor, durch den diese die Verantwortung, die diese ernste Situation mit sich bringt, verfehlten. Der Bevölkerung gegenüber präsentiert sie sich so als selbstbewusste und fähige Regierungschefin, die die richtigen Lösungen für Deutschland anbietet und die beste Regierungsalternative stellt.

Abschließend, sowohl für diese Rede als auch die Vorbereitungsphase ihrer Kommunikationsstrategie, fasst sie die politischen Ziele der Regierung zusammen:

²⁰⁶ Ebd.

„Höchste Sicherheit für die noch laufenden Kernkraftwerke, höchstes Engagement für erneuerbare Energien und eine sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung - dies ist meine, dies ist die Formel der christlich-liberalen Koalition für einen neuen energiepolitischen Konsens.“²⁰⁷

4.3.3 Durchführungsphase

Die Äußerungen der Kanzlerin haben bis zur 13. Änderung des Atomgesetzes einen identischen Charakter. Sie spricht immer wieder von den Sicherheitsüberprüfungen, nennt die Sicherheit der Bevölkerung als wichtigste Kategorie und betont häufig, dass aus den Ereignissen in Japan Lehren gezogen werden müssen und die Regierung alles daran setzt, dies auch zu tun. Fukushima bedeutet einen Einschnitt in die Geschichte der technisierten Welt und eine neue Lage der KKW-Sicherheit. Risiken müssen, so die Kanzlerin, nun ganz neu bewertet werden. Schlagworte sind weiterhin eine „neue Architektur des Energiewesens“ und die mangelnde Akzeptanz in der Bevölkerung was den Netzausbau betrifft. Wie auch schon 2010 versucht sie mit diesem Argument Verantwortung an die Bevölkerung abzugeben, die die schnellere Energiewende durch Bürgerbegehren bei Stromleitungs- und Windradbau verhinderte.

Nach der kommunikativen Vorbereitungsphase beginnt am 22.03.2011 die Durchführungsphase. Während 2010 die Energiereise und parallel dazu die Energieszenarien diesen Punkt markierten, ist es 2011 die Berufung der Ethikkommission. Die „Pressestatements von Bundeskanzlerin Merkel, Bundeswirtschaftsminister Brüderle und Bundesumweltminister Röttgen zur Nutzung der Kernenergie in Deutschland“²⁰⁸ markieren den Beginn des aktiven Handels, die Suche nach einem beschleunigten Energiekonzept. Wie auch 2010 kennzeichnet die Anwesenheit von Wirtschafts- und Umweltminister die besondere Bedeutung dieser PK, in der die Berufung der Ethikkommission von der Kanzlerin und den beiden wichtigsten energiepolitischen Ressorts – Umwelt und Wirtschaft – verkündet wird. Die Ethikkommission soll sich, zusätzlich zu der wissenschaftlich-technischen Reaktorsicherheitskommission

²⁰⁷ Ebd.

²⁰⁸ Bundespresseamt (2011): Pressestatements von Bundeskanzlerin Merkel, Bundeswirtschaftsminister Brüderle und Bundesumweltminister Röttgen zur Nutzung der Kernenergie in Deutschland. <<http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/03/2011-03-22-statements-kernenergie-in-deutschland.html?nn=74446>> Zugriff am 08.12.2012.

„[...] mit den Fragen der Sicherheit der Kernenergie beschäftigen, auf der anderen Seite aber auch mit der Schlüssigkeit der Frage: Wie kann ich den Ausstieg mit Augenmaß so vollziehen, dass der Übergang in das Zeitalter der erneuerbaren Energien ein praktikabler ist, ein vernünftiger ist, und wie kann ich vermeiden, dass zum Beispiel durch den Import von Kernenergie nach Deutschland Risiken eingegangen werden, die vielleicht höher zu bewerten sind als die Risiken bei der Produktion von Kernenergie-Strom im Lande?“²⁰⁹

Das sind allesamt Kriterien, die die Regierung auch 2010 bei der Erstellung ihres Energiekonzeptes berücksichtigt haben will: Logik, Vernunft, Versorgungssicherheit. Die Kanzlerin hat also innerhalb von nicht einmal zwölf Monaten dieselbe Aufgabe zwei Mal vergeben. Nach dem 2010 die Energieszenarien erstellt wurden, muss nun die Ethikkommission ein ähnliches Prozedere durchlaufen, soll dabei allerdings „[...] im Lichte technischer Ergebnisse gesellschaftliche Bewertungen von Risiken und deren Akzeptanz [...] diskutieren und diesbezüglich Einschätzungen [...] vorlegen.“²¹⁰ Die Betonung dieser Aufgabe und auch die Aussage „Wir haben breite gesellschaftliche Bereiche mit einbezogen[...]“²¹¹ lässt die Schlussfolgerung zu, dass das 2010 nicht der Fall war. Die damals geäußerten Widerstände in der Bevölkerung, die die Kanzlerin damit abtat, dass das Volk das langfristig Richtige nicht erkenne, scheinen also ihre Berechtigung gehabt zu haben.

Mit dem Berufen der Ethikkommission erzeugt die Regierung eine Schein-Distanz zu den energiepolitischen Entscheidungen, die nun getroffen werden. Diese Expertenkommission soll die von der Kanzlerin beteuerte, unabhängige und wissenschaftliche Beratung der Regierung symbolisieren und real sichtbar machen. Gleichzeitig findet so eine scheinbare Entpolitisierung der Energiethematik statt, da angeblich nicht nach politischen Interessen, sondern rein vernunftorientiert und wissenschaftlich fundiert entschieden wird. Die Verantwortung für alle weiteren Entscheidungen liegt, so suggeriert es die Kanzlerin, bei der Ethikkommission. Die Berufung dieser legitimiert die Kanzlerin mit dem Wunsch, die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen einzubeziehen, sie will die Bevölkerung (wenn auch nur scheinbar) an den Entscheidungen zur Energiepolitik teilhaben lassen. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass die Entscheidungen nach den Kriterien der Gesellschaft getroffen werden, also gibt die Kanzlerin die

²⁰⁹ Ebd.

²¹⁰ Ebd.

²¹¹ Ebd.

Verantwortung wieder ab: „Weil die Teilnehmer so unterschiedlich sind, reflektieren sie auch ein bestimmtes gesellschaftliches Spektrum [...]“, auch wenn die Kanzlerin zugibt, dass dies „[...] aber natürlich längst nicht das Gesamte [darstellt].“²¹²

Die genannte Schein-Distanz zu den Entscheidungen wird von der Aussage „Ganz zum Schluss [...] müssen wir uns [...] eine Meinung bilden, aber auf einer sehr transparenten Grundlage“²¹³ noch verstärkt. Die Kanzlerin suggeriert, dass alle Findungs- und Entscheidungsprozesse öffentlich stattfinden, auch wenn das natürlich nicht der Fall ist. Sie positioniert sich als Dienerin des Volkes, die in dessen Sinne entscheidet und nicht einfach aufgrund der eigenen Machtmöglichkeiten: „Wir können nicht einfach irgendwie etwas im stillen Kämmerlein tun, sondern die Bewertungen werden natürlich bekannt sein.“²¹⁴ Der umgangssprachliche Ton soll Vertrauen der Bevölkerung zur Regierung herstellen und von der Richtigkeit und Transparenz der zukünftigen Entscheidungen überzeugen. Sie beendet diese PK mit der Legitimation der Berufung der Ethikkommission:

„Alle Versuche, schon jetzt genau zu sagen, wie das Ergebnis aussieht, werden nicht erfolgreich sein können, weil wir es uns mit der Überprüfung nicht leicht machen. Wir haben uns eine sehr komplexe Aufgabe vorgenommen. Wir haben breite gesellschaftliche Bereiche mit einbezogen.“²¹⁵

Die Kanzlerin stellt ihre Regierung als gründlich arbeitend dar, die es sich mit der Entscheidungsfindung nicht leicht macht. Um die Gesellschaft ebenso zu berücksichtigen wie die neue Risikolage nach Fukushima, hat sie die Ethikkommission berufen, von der auch die Entscheidungen abhängen werden. Deshalb könne zu diesem Zeitpunkt noch nichts Konkretes gesagt werden. Angela Merkel deklariert also eine scheinbare Entpolitisierung der energiepolitischen Entscheidungen.

Des Weiteren ist die Durchführungsphase von Handlungsbekundungen der Kanzlerin geprägt. So veröffentlicht das Bundespresseamt am 04.04.2011 ein „Pressestatement von Bundeskanzlerin Angela Merkel vor dem Gespräch mit der Ethikkommis-

²¹² Ebd.

²¹³ Ebd.

²¹⁴ Ebd.

²¹⁵ Ebd.

sion >Sichere Energieversorgung<²¹⁶, bei dem auch wieder Wirtschaftsminister Rainer Brüderle und Umweltminister Norbert Röttgen anwesend sind. Die erste Tagung der Kanzlerin mit der Ethikkommission wird also öffentlich angekündigt und deren geplante Inhalte vorab kommuniziert, um zu verdeutlichen, nach welchen Maßstäben die Regierung handelt. Neben dem Wunsch der Kanzlerin, in der Ethikkommission ein „[...] breites gesellschaftliches Spektrum vereint zu haben [...],“²¹⁷ betont sie wieder die Wichtigkeit der Sicherheit und lobt die Ziele, die sie und die Regierung sich gesetzt haben und die ihren Willen zu schnellen Veränderungen verdeutlichen sollen: „Der Zeitrahmen wird ausgesprochen anspruchsvoll sein [...]. Ich denke, es wird eine spannende Diskussion werden [...]. Das Moratorium ist begrenzt, und deshalb haben wir einen sehr anspruchsvollen Zeitplan.“²¹⁸

Auch in dieser Veröffentlichung macht sie deutlich, dass die Ethikkommission und nicht die Regierung die wichtigen Entscheidungen treffen wird. Das verstärkt erneut die bereits vorher anvisierte Schein-Distanz der Politik zu den energiepolitischen Entscheidungen und soll der Bevölkerung ein Gefühl der Sicherheit und des Einbezogen-Seins geben:

„Die Ethikkommission wird dann entscheiden müssen, wie mit den Risiken, die aus der Nutzung der Kernenergie entstehen, auch verantwortlich umgegangen werden kann, und dies mit den Ergebnissen einer wirklich in sich schlüssigen Energiewende auf dem Weg in das Zeitalter der erneuerbaren Energie in Einklang bringen.“²¹⁹

Dass dies allerdings nicht so ist, zeigt beispielsweise die Entscheidung, bis 2022 alle KKW's abzuschalten, obwohl die Kommission dies bis 2021 empfohlen hatte. Zusätzlich zu den Gesprächen mit der Ethikkommission veranlasst die Kanzlerin Beratungen mit den Ministerpräsidenten der Länder. So kann sie die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in der Energiepolitik demonstrieren und auch Konsensbereitschaft gegenüber der Opposition signalisieren. Sie präsentiert sich der Bevölkerung als kom-

²¹⁶ Bundespresseamt (2011): Pressestatement von Bundeskanzlerin Angela Merkel vor dem Gespräch mit der Ethikkommission "Sichere Energieversorgung".
<<http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/04/2011-04-04-merkel-ethikkommission.html?nn=74446>> Zugriff am 18.03.2013.

²¹⁷ Ebd.

²¹⁸ Ebd.

²¹⁹ Ebd.

promissbereites Regierungsoberhaupt, dem die gemeinschaftliche Lösung des Energieproblems wichtiger ist als Parteikonflikte:

„Wir hatten, so darf ich, glaube ich, sagen, eine recht konstruktive Diskussion. Natürlich gibt es noch Unterschiede zu gewärtigen. Nichtsdestotrotz war das Gespräch getragen von dem Gedanken: Wir alle wollen schnellstmöglich aus der Kernenergie aussteigen [...].“²²⁰

Besonders die Inbetriebnahme des Offshore-Windparks >EnBW Baltik 1< in Zingst am 02.05.2011 passt zum aktiven, handelnden Charakter dieser Durchführungsphase. Diese Eröffnung ist zwar keine Folge der beschleunigten Energiewende und findet als genuines Ereignis²²¹ unabhängig von Politik oder Medien statt. Sie bietet aber eine ideale Gelegenheit, um die bisher nur sprachlich vermittelten Bestrebungen infolge der Suche nach einem beschleunigten Energiekonzept auch medientauglich darzustellen. Die Kanzlerin tut hier etwas Sichtbares und für die Bevölkerung Verständliches. Im Gegensatz zu den trockenen Gesprächen und PKs mit Ethikkommission und anderen Politikern setzt sie hier um, wovon sie sonst nur spricht: sie eröffnet den ersten kommerziellen Offshore-Windpark Deutschlands und macht die Energiewende so sichtbar.

Die Tatsache, dass sie persönlich vor Ort ist, betont die Wichtigkeit des Offshore-Parks für die Energiewende. Außerdem kann die Kanzlerin Nähe zum Volk demonstrieren, denn Zingst fällt in ihren Wahlkreis. Sie nutzt die Gelegenheit, die Ziele, Probleme, Herausforderungen und Chancen der beschleunigten Energiewende hervorzuheben:

²²⁰ Bundespresseamt (2011): Pressekonferenz Bundeskanzlerin Merkel und die Ministerpräsidenten der Länder zur Energiepolitik.

<<http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/04/2011-04-15-ministerpraesidenten-energiekonzept.html?nn=74446>> Zugriff am 18.03.2013.

²²¹ Vgl. S. 31.

„Deutsche Offshore-Windparks werden zukünftig einen Teil unseres Stroms erzeugen. Der Anteil wird stetig wachsen. [...]. Vor dem Hintergrund der Ereignisse in den vergangenen Wochen hat der Termin heute noch einmal eine zusätzliche Bedeutung bekommen. [...]. Wir haben bereits im vergangenen Herbst beschlossen, das Zeitalter der erneuerbaren Energien zu erreichen. Wir werden und wollen dies aber natürlich jetzt schneller schaffen. Jetzt geht es darum, dass wir uns in einer gemeinsamen Kraftanstrengung aller Probleme annehmen, die in diesem Zusammenhang zu sehen sind: Das ist die Erzeugung und das ist der Netzausbau. Das bedeutet, dass wir eine Mentalität in unserem Land brauchen, in der diese Energiewende vollzogen werden kann.“²²²

Wie auch schon 2010 kommuniziert sie eine Mischung aus Lob und Zukunftschancen, aber spricht auch, Verantwortungsbewusstsein und Weitblick demonstrierend, Probleme und Hindernisse an, die noch zu lösen sind. Damit wendet sie sich erneut appellativ an die Bevölkerung und ruft, in einer Art kleinem Machtwort, zu einheitlichen gesellschaftlichen Bemühungen auf, um die Energiewende beschleunigt zu schaffen.

Des Weiteren stellt sie erneut den überparteilichen Konsens in der Energiethematik zur Schau, indem sie den Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern, stellvertretend für die Länder, lobend erwähnt und so die Länder kommunikativ in die Bundespolitik mit einbezieht: „Ich bin sehr dankbar, Herr Ministerpräsident Selling, dass wir spüren, dass alle bereit sind, an diesem Projekt mitzuarbeiten [...].“²²³ Sie beendet ihre Rede mit einer Anekdote zum deutschen Pioniergeist und appelliert so erneut, vor allem bürgernah und umgangssprachlich, an das Bewusstsein der Bürger als Mitglieder einer stolzen und selbstbewussten Nation:

„Deutschland war aber immer erfolgreich, wenn wir fähig waren, Neuland zu betreten. Als Bertha Benz mit dem ersten Automobil gefahren ist, hat man sich an den Wegesrand gestellt und erklärt, was es alles noch für Mängel aufweist und dass man eigentlich mit dem Pferdefuhrwerk sicherer und schneller vorankommt. Solche Leute hat es gegeben. Aber sie haben sich in der Geschichte nicht durchgesetzt. An einem ähnlichen Punkt stehen wir jetzt im Bereich der erneuerbaren Energien. Das sollten wir mit Offenheit und Zukunftsfähigkeit nutzen.“²²⁴

²²² Bundespresseamt (2011): Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich der offiziellen Inbetriebnahme des Offshore-Windparks EnBW Baltic 1.
<<http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Rede/2011/05/2011-05-02-merkel-zingst.html?nn=74420>>
Zugriff am 18.03.2013.

²²³ Ebd.

²²⁴ Ebd.

Die Durchführungsphase endet mit zwei Zeitungsinterviews Mitte Mai 2011. In diesen kann die Kanzlerin den Regierungsstatements eine persönliche Note verleihen und noch einmal ihre Motivation, das bisherige Energiekonzept auf den Prüfstand zu stellen, begründen. Am 07.05.2011 sagt sie in der „Passauer Neue Presse“:

„Fukushima war [...] eine Nuklearkatastrophe in einem hochtechnisierten Land wie Japan. Das war für uns als Bundesregierung Anlass, die Risiken der Kernkraft für Deutschland neu bewerten zu lassen [...]. Die Entscheidung für die Laufzeitverlängerung im vergangenen Herbst entsprach unserer langjährigen programmatischen Überzeugung. [...]. Im Rahmen unseres Energiekonzepts war die Laufzeitverlängerung ein Mittel zum Zweck. [...]. Wir wollen das Zeitalter der erneuerbaren Energien möglichst rasch erreichen. Mit der Laufzeitverlängerung wollten wir [...] finanzielle Mittel für den Ausbau der erneuerbaren Energien gewinnen. Die Betreiber [...] sollten mehr als die Hälfte ihrer Zusatzgewinne für regenerative Energien zur Verfügung stellen. Auf diesem umfassenden Energiekonzept können wir aufbauen, wenn wir jetzt den Weg ins Zeitalter erneuerbarer Energien beschleunigen.“²²⁵

Die Kanzlerin gesteht keine Fehler ein und kritisiert auch nicht die frühere Energiepolitik der Regierung, sondern nutzt dieses Interview, um diese nachträglich noch einmal zu rechtfertigen. Besonders die Betonung der damals fest eingeplanten Zusatzgewinne durch längere Laufzeiten legitimiert die damaligen Entscheidungen als verbraucherfreundlich, weil die Finanzierung der erneuerbaren Energien von den KKW-Betreibern mitgetragen worden wäre. Im Umkehrschluss betont sie indirekt damit auch, dass nun, da ihre Entscheidung revidiert werden musste, höhere Kosten auf die Verbraucher zukommen könnten. Des Weiteren positioniert sie sich als pragmatische, vorausschauende Politikerin, deren Handlungen immer Sinn und Zweck haben und die ihren Grundsätzen treu bleibt. Ein Abweichen von diesen politischen Grundsätzen, so suggeriert sie es, kann nur durch eine nicht vorausschaubare, unmenschliche Katastrophe wie die in Japan begründet werden. Obwohl sie also ihre Entscheidung zur Laufzeitverlängerung revidieren musste, stellt sie sich trotzdem als gute Politikerin dar, die in den richtigen Momenten die richtigen Entscheidungen trifft.

²²⁵ Bundespresseamt (2011): Interview mit Angela Merkel in der „Passauer Neue Presse“. <<http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Interview/2011/05/2011-05-07-merkel-pnp.html>> Zugriff am 18.03.2013.

Diese Selbstdarstellung wird noch im Interview mit der „Zeit“ vom 12.05.2011 verstärkt. Sie bringt besonders stark ihre persönliche Meinung und Betroffenheit zur Katastrophe ein und betont den politisch-menschlichen Aspekt, der zur Revidierung einer Grundsatzhaltung führt:

„Ich weiß, dass andere Menschen vor solchen Gefahren durchaus gewarnt haben, für mich lagen sie für ein Hochtechnologieland mit hohen Sicherheitsstandards bis vor Kurzem außerhalb dessen, was ich in meinem Leben erleben werde. [...] also wenn sie [die Entscheidung zum beschleunigten Ausstieg] gar nicht ehrlich gemeint gewesen wäre, hätte ich diese Entscheidung, die neue Ausrichtung der Energiepolitik vom vergangenen Herbst deutlich zu beschleunigen, nie getroffen, weil ich sie dann nie mit innerer Überzeugung hätte vertreten können. Ich bin nun über fünf Jahre Bundeskanzlerin - nein, so etwas scheidet für mich aus!“²²⁶

Sie betont ihre Kompetenz und Integrität und positioniert sich als realistische, vernunftorientierte und wirklichkeitsnahe Politikerin, die die Zeichen der Zeit zu deuten weiß und bereit ist, ihre politischen Grundsätze in einer außergewöhnlichen Situation auch zu überdenken: „Nach einem Ereignis [wie] [...] Fukushima sehe ich mich außerstande, diese bei uns zuvor nur theoretisch ins Auge gefassten Verkettungen von Risiken einfach zu verdrängen und zu sagen, um die kümmere ich mich nicht.“²²⁷ Auch betont sie in diesem Interview die großen Chancen, die mit einer beschleunigten Energiewende einhergehen, stellt also eine positive, erfolgreiche Zukunft Deutschlands in Aussicht:

„Jetzt haben wir die Chance, auch die Verpflichtung, Wirtschaftlichkeit und Umweltfreundlichkeit unter der Leitlinie der Nachhaltigkeit zusammenzubringen [...], unseren Anspruch als Industrieland in Einklang zu bringen mit unserem Ehrgeiz, eines Tages ganz auf die erneuerbaren Energien zu setzen. Wir werden es schaffen, viele dafür zu begeistern.“²²⁸

Außerdem verwendet sie, wie schon 2010, den Vergleich mit der Vergangenheit, um Veränderungen positiv hervorzuheben und für deren Akzeptanz zu werben:

²²⁶ Bundespresseamt (2011): Interview mit Angela Merkel in der „Zeit“.
<<http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Interview/2011/05/2011-05-12-merkel-zeit.html?nn=385694>> Zugriff am 18.03.2013.

²²⁷ Ebd.

²²⁸ Ebd.

„Im Vergleich zur Zeit vor 20, 30 Jahren ist unser Land doch an vielen Stellen schöner geworden. Damals waren viele Flüsse vergiftet, heute baden und fischen die Menschen wieder in ihnen. [...] Ich glaube nicht, dass unser Land viel weniger schön wird, nur weil wir Energie anders produzieren und den Strom auch durchleiten müssen.“²²⁹

Auch verwendet sie hier ein sehr umgangssprachliches Beispiel, um ihre Position zu verdeutlichen: „Denken wir nur daran, was los war, als vor 150 Jahren plötzlich die Eisenbahnen zu rattern begannen. Da sahen manche auch das Ende gekommen. Jede Generation hat die Aufgabe, die Infrastruktur der Zukunft möglich zu machen.“²³⁰ Sie stellt sich und ihre Energiepolitik in eine Reihe mit Ereignissen, die eine Revolution der Industrie und des Lebens der Menschen bedeuteten und gewichtet ihr Anliegen so als besonders bedeutend und zukunftsweisend. Gleichzeitig degradiert sie ihre Gegner und die Kritiker der beschleunigten Energiewende als in der Vergangenheit behaftete Romantiker und Zukunftspessimisten.

An dieser Stelle ist die Durchführungsphase, die Suche nach einem beschleunigten Energiekonzept, abgeschlossen. Durch zahlreiche PKs, Reden, Auftritte und Interviews bot die Bundeskanzlerin den Medien reichlich Material an, um auf der politischen Agenda (bestenfalls mit ihren Deutungen) präsent zu sein. Sie kommunizierte intensiv die Ziele und Absichten der Bundesregierung und wie diese mit Hilfe der Ethikkommission und auch der Opposition zu Ergebnissen gelangen würde. Die folgenden Bemühungen der Regierung werden sich mit den Ergebnissen der Ethikkommission befassen und thematisch in die Nachbereitungsphase der getroffenen Entscheidungen übergehen.

4.3.4 Nachbereitungsphase

In der Nachbereitungsphase werden die Entscheidungen, die die Regierung getroffen hat, nachträglich begründet, erklärt, legitimiert und angepriesen. Am 28.05.2011 übergibt die Ethikkommission ihren Bericht zur ökologischen, ökonomischen und sozial verträglichen Energieversorgung. Die Kommission hält einen Kernausstieg bis 2021 für möglich. Eine grundsätzliche Einschätzung dieses Berichtes nimmt die Kanzlerin in ei-

²²⁹ Ebd.

²³⁰ Ebd.

ner PK am 30.05.2011 vor: „Ich kann heute schon sagen, dass wir die Empfehlungen der Ethikkommission als Richtschnur für das nehmen, was uns leitet und wie wir handeln wollen.“²³¹ Ganz bewusst nennt die Kanzlerin den Bericht eine „Richtschnur“. Am gleichen Tag nämlich findet eine weitere PK statt, die „Pressekonferenz zum Energiekonzept der Bundesregierung mit Bundeskanzlerin Merkel, BM Rösler, BM Röttgen und BM Ramsauer“²³², in der die Kanzlerin die neuen Ziele des beschleunigten Energiekonzeptes verkündet. Zur Unterstreichung der Wichtigkeit der PK und um die Zusammenarbeit der wichtigsten Regierungsressorts der Energiewende zu verdeutlichen, sind auch Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (er löste Rainer Brüderle am 12.05.2011 ab, da dieser FDP-Bundestagsfraktionsvorsitzender wurde), Bundesumweltminister Norbert Röttgen und Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer anwesend.

Die Kanzlerin stimmt auf das neue, beschleunigte Energiekonzept ein, hebt die wirtschaftliche Stärke des Landes hervor und erklärt die Voraussetzungen, unter denen das neue Konzept erstellt wurde: „Deutschland ist eines der leistungsfähigsten und wirtschaftlich erfolgreichsten Länder der Welt. [...] unsere Energieversorgung soll klimaverträglich und umweltverträglich sein, und unser Anspruch lautet: Wir wollen unseren verbrauchten Strom selbstständig erzeugen.“²³³ Wie auch im Interview mit der „Passauer Neue Presse“ begründet und legitimiert sie noch einmal nachträglich das Energiekonzept von 2010 als gut und richtig, um dann die politische Kehrtwende zu erläutern:

„Wir haben im Herbst 2010 auch einen Bauplan dazu erarbeitet, der sich genau diesem Ziel verschrieben hat. Aber wir haben nach der [...] unvorstellbaren Havarie in Fukushima die Rolle der Kernenergie noch einmal überdenken müssen und uns deshalb entschlossen, den im Herbst beschlossenen Weg noch schneller zu gehen und zu gestalten.“²³⁴

²³¹ Bundespresseamt (2011): Pressestatements anlässlich der Übergabe des Berichts der Ethikkommission "Sichere Energieversorgung" an Bundeskanzlerin Angela Merkel.
<<http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/05/2011-05-30-merkel-uebergabe-bericht-ethikkommission.html?nn=74446>> Zugriff am 18.03.2013.

²³² Bundespresseamt (2011): Pressekonferenz zum Energiekonzept der Bundesregierung mit Bundeskanzlerin Merkel, BM Rösler, BM Röttgen und BM Ramsauer.
<<http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/05/2011-05-30-pk-bk-bm-energiekonzept.html?nn=74446>> Zugriff am 18.03.2013.

²³³ Ebd.

²³⁴ Ebd.

Schlüsselwörter sind auch hier wieder Sicherheit, Versorgungssicherheit und die Architektur eines neuen Energiewesens. Des Weiteren legitimiert sie die Richtigkeit des beschleunigten Energiekonzeptes mit der Ethikkommission: „Wir haben, um uns darauf vorzubereiten, als Bundesregierung eine Ethikkommission berufen, und die Ergebnisse der Arbeit dieser Ethikkommission sind so etwas wie die Richtschnur für das, was wir regierungsseitig beschlossen haben.“²³⁵ Sie stellt die Regierung als vorausschauend handelnd dar, die nicht einfach politische Entscheidungen trifft, sondern Experten zu Rate zieht und gesellschaftliche Gruppen in die Entscheidungsfindung mit einbindet. Erneut spricht sie allerdings von einer „Richtschnur“, die die Ethikkommission darstellt. Diese hatte einen Ausstieg bis 2021 empfohlen, die Kanzlerin verkündet aber: „Wir werden schrittweise bis Ende 2022 vollständig auf die Kernenergie verzichten.“²³⁶ Bewusst hat sie vage und unkonkret formuliert, wie intensiv sich die Regierung an der Ethikkommission orientieren wird. Diese Aussage führt die rhetorische Strategie des „Nichtfestlegens“ von 2010 fort. Vorrangig kommuniziert die Kanzlerin also, dass die Ethikkommission die Entscheidungen trifft und Verantwortung trägt, doch die Regierung hält sich dann nur grob an ihre Vorgaben.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sie hier die gleichen Argumente verwendet, mit denen sie 2010 ihr Energiekonzept legitimierte und auch die Aussichten, dass der Weg, bis 2022 vollständig aus der Kernenergie auszusteigen, viele Chancen birgt, erinnert an das vorige Energiekonzept. Der einzige Unterschied sind knapp zehn Jahre Laufzeit:

„Dieser Weg ist für Deutschland eine große Herausforderung, aber er bedeutet vor allen Dingen auch riesige Chancen für künftige Generationen. Wir glauben, dass wir als Land Vorreiter auf dem Weg zur Schaffung eines Zeitalters der erneuerbaren Energien werden können. [...] mit all den Chancen, die darin für Exporte, für Entwicklungen, für Technologie und für Arbeitsplätze liegen.“²³⁷

Die Bezahlbarkeit der Energie, mit der sie 2010 die Laufzeitverlängerungen begründete, ist nun auch für Angela Merkel akzeptabel. Die zusätzlichen 3,5 Cent EEG-Umlage pro verbrauchter Kilowattstunde sind, so die Kanzlerin, für die Bevölkerung

²³⁵ Ebd.

²³⁶ Ebd.

²³⁷ Ebd.

tragbar: „Wenn man sich in der Vergangenheit die Strompreissteigerungen angeschaut hat, [sind] das aus meiner Sicht Kosten, die durchaus im Rahmen liegen und [...] das ist gemessen an der Größe der Aufgaben vertretbar.“²³⁸ Sie hatte vorbereitend im Interview mit der „Passauer Neue Nachrichten“ darauf hingewiesen, dass mit kürzeren Laufzeiten auch enorme finanzielle Mittel der Gewinnabschöpfung von KKW-Betreibern wegfallen würden. Die Konsequenz daraus ist die Mehrbelastung der Verbraucher.

Sie nutzt diese PK außerdem dazu, ihre Regierung als sehr gut, vorausschauend und planbar arbeitend darzustellen. Indem Sie betont, dass ihre Regierung die erste Regierung war, die nicht nur den Atomausstieg forderte, sondern dafür auch einen konkreten, zielorientierten Plan vorlegte, degradiert sie die Opposition und präsentiert die CDU-FDP-Koalition weiterhin als beste Regierungsalternative:

„[...] was wichtig ist und was vorher von niemandem geleistet wurde, ist, dass wir beschreiben können, wie wir den Weg dahin schaffen. [...]. Diese Beschreibbarkeit, dass wir nicht die Versorgungssicherheit verlieren, dass wir nicht importieren müssen und nicht sagen, dass das nicht mehr für die Menschen bezahlbar ist und wir uns um die energieintensive Industrie kümmern, ist das qualitativ Neue.“²³⁹

Sie lässt also weiterhin keine Unsicherheiten durchscheinen, sondern positioniert sich als selbstbewusste, sichere Regierungschefin die konkrete Ergebnisse zu gesellschaftlich relevanten Fragen liefert.

Am gleichen Tag folgt der Beschluss der Koalitionsfraktionen zum Atomausstieg bis 2022 und zu umfassenden Änderungen in relevanten Gesetzen. Am 03.06.2011 folgt eine weitere PK zur Nachbereitung dieser politischen Entwürfe, die in den folgenden Tagen von Bundestag und Bundesrat bestätigt werden müssen. Die Kanzlerin nutzt die „Pressekonferenz nach dem Gespräch der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten der Länder zur beschleunigten Umsetzung des Energiekonzepts“²⁴⁰ um letzte mögliche Unklarheiten auszuräumen. Neben den gängigen, schon mehrmals erwähnten Argumenten zum neuen Energiekonzept, betont sie hier vor allem die Gewährleistung

²³⁸ Ebd.

²³⁹ Ebd.

²⁴⁰ Bundespresseamt (2011): Pressekonferenz nach dem Gespräch der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten der Länder zur beschleunigten Umsetzung des Energiekonzepts. <<http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/06/2011-06-03-energiewende-ministerpraesidenten.html?nn=74446>> Zugriff am 18.03.2013.

der Versorgungssicherheit. Zu diesem Zeitpunkt steht bereits fest, dass die acht ältesten KKWs, die während des Moratoriums vom Netz gingen, dauerhaft abgeschaltet bleiben werden, da sie nicht mehr den neuesten Sicherheitsstandards entsprechen. Danach meldete die Bundesnetzagentur an, dass es für die Winterperioden 2011/2012 und 2012/2013 unter Umständen zu einem Energieengpass kommen könnte. Um einen Black-Out zu vermeiden, wird entschieden, dass eines der sieben ältesten KKWs im Notfall für diese Zeit noch einmal Strom zuliefern kann (das war im Nachhinein allerdings nicht notwendig). Um den Bürgern diese Sorge zu nehmen, versichert die Kanzlerin: „Die Netzagentur sagt, dass das ab 2013 kein Problem mehr ist. Zubauten von neuen Kraftwerken haben dann stattgefunden, und dann wird die Netzstabilität durchgängig gewährleistet sein können.“²⁴¹ Sie stellt also ab 2013 eine dauerhafte Versorgungssicherheit in Aussicht, die trotz acht fehlender KKWs geleistet werden kann. So betont sie erneut die positive und erfolgreiche Zukunft der deutschen Energiepolitik und verweist schon 2011 auf ein erstes erreichtes Etappenziel bis 2013.

Am 09.06.2011 findet die erste Lesung des Gesetzespaketes zur Energiewende im Bundestag statt. Die Kanzlerin nutzt diese Gelegenheit, um in einer Grundsatzrede für ihre Energiepolitik zu werben und ihre Mittel und Ziele zu begründen und zu legitimieren, denn sie muss die Mehrheit des Bundestages und später des Bundesrates von ihrer Umsetzung der Energiewende überzeugen. Neben den gängigen Argumenten zu Chancen, Problemen und Herausforderungen der Energiewende sowie dem Erinnern an die Opfer in Japan, hat diese Rede vor allem Motivationscharakter. Fraktions- und partiübergreifend muss die Kanzlerin die Mitglieder des Bundestages überzeugen zusammenzuarbeiten und den Entwürfen eine mehrheitliche Zustimmung zu geben, um die Handlungsfähigkeit der Regierung zu gewährleisten.

„Wir können als erstes Industrieland der Welt die Wende zum Zukunftsstrom schaffen. Wir sind das Land, das für neue Technik, Pioniergeist und höchste Ingenieurkunst steht. Wir sind das Land der Ideen, das Zukunftsvisionen mit Ernsthaftigkeit, Genauigkeit und Verantwortung für zukünftige Generationen Wirklichkeit werden lässt. Wir alle, Regierung und Opposition, Bund, Länder und Kommunen, die Gesellschaft als Ganzes, jeder Einzelne, wir alle gemeinsam können,

²⁴¹ Ebd.

wenn wir es richtig anpacken, bei diesem Zukunftsprojekt ethische Verantwortung mit wirtschaftlichem Erfolg verbinden.“²⁴²

Sie betont die Zusammengehörigkeit der verschiedenen Lager im Politiksystem und die gemeinsame Handlungsgrundlage: alle wollen schnell das Zeitalter der erneuerbaren Energien erreichen. Indem sie die Stärken Deutschlands betont und typische deutsche Tugenden hervorhebt sowie Erfolge der Vergangenheit anspricht, versucht sie die Politiker für diese große Aufgabe zu motivieren und zum Wohle der Bevölkerung und des Landes über Parteifehden hinwegzusehen.

Am 30.06.2011 beschließt der Bundestag den Atomausstieg bis 2022, am 08.07.2011 folgt der gleich lautende Beschluss des Bundesrates. Im Interview mit der „Leipziger Volkszeitung“ am selben Tag erklärt die Kanzlerin noch einmal ihre Beweggründe für die energiepolitische Kehrtwende:

„Aus meiner Sicht war eine Neubewertung des sogenannten Restrisikos der Kernenergie die notwendige Konsequenz aus den dramatischen Ereignissen von Fukushima [...]. Es ist unerlässlich, dass Politiker neue Erkenntnisse auch in neue Politik umsetzen, statt trotzdem auf den alten Positionen zu verharren. Wenn sich die Welt verändert, müssen wir auf diese Veränderungen reagieren.“²⁴³

Auch hier präsentiert sie sich wieder als Politikerin die von Vernunft und Realitätssinn geleitet wird und betont auch ihre menschliche Seite. Erneut stellt sie sich als eine Regierungschefin dar, die sich an Veränderungen anpassen kann, ohne dabei unglaubwürdig zu werden. Am 06.08.2011 tritt die 13. Novelle des Atomgesetzes in Kraft. Damit ist die Kehrtwende in der energiepolitischen Kommunikation der Kanzlerin abgeschlossen. Auch hier ist wieder die gesetzliche Fixierung des schnelleren Energiekonzeptes der Endpunkt. Natürlich ist die Energiepolitik darüber hinaus bis heute immer noch Thema. Die politische Ausrichtung der Regierung ist aber (zum zweiten Mal) beendet.

²⁴² Bundespresseamt (2011): Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel zur Energiepolitik "Der Weg zur Energie der Zukunft".
<<http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Regierungserklaerung/2011/2011-06-09-merkel-energie-zukunft.html>> Zugriff am 18.03.2013.

²⁴³ Bundespresseamt (2011): Interview mit Angela Merkel in der „Leipziger Volkszeitung“.
<<http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Interview/2011/07/2011-07-08-merkel-leipziger-volkszeitung.html?nn=385694>> Zugriff am 18.03.2013.

5 Schlussbetrachtungen

Die Energiewende ist seit 2010 ein Dauerthema der Medien. Alle Bürger betreffend war es von Anfang an das Politikum der Bundeskanzlerin. Angela Merkel begleitete die Energiethematik vom „Ausstieg aus dem Ausstieg“ und der Verlängerung der KKW-Laufzeiten bis über die Ereignisse von Fukushima hinaus zum beschleunigten Energiekonzept. Die vorliegende Arbeit untersuchte das Paradoxon ihrer „zwei Energiewenden“. Grundlage dieser Arbeit war die Annahme, dass die Kanzlerin nach der Nuklearkatastrophe im japanischen Kernkraftwerk Fukushima im März 2011 eine andere Kommunikationsstrategie anwendete als davor und dass durch den politischen Richtungswechsel ein eindeutiger Bruch in dieser Strategie zu finden ist.

Mit Hilfe der qualitativen Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring wurden die Argumentationsstrukturen und Kommunikationsstrategien der Kanzlerin herausgearbeitet. Es handelt sich zwar um eine sehr aufwendige Methode, doch wurden mit ihrer Hilfe Strukturen in der Kommunikation der Kanzlerin über einen längeren Zeitraum hinweg deutlich. Die Grenzen der qualitativen Inhaltsanalyse zeigen sich, wenn syntaktische Textmerkmale oder nonverbale Kommunikation untersucht werden sollen, da die inhaltliche Zusammenfassung der Methode den Textinhalt vom Ausgangsmaterial löst. Nonverbale Merkmale werden in der Regel nicht schriftlich fixiert, weshalb sie in diese Untersuchung nicht einfließen. Eine weitere Schwäche der qualitativen Inhaltsanalyse ist die Tatsache, dass die rhetorische Ebene der Texte nicht erfasst wird. Da aber ein Großteil von Angela Merkels Kommunikation durch rhetorische Mittel geprägt war, wurden die Texte nicht nur mit der qualitativen Inhaltsanalyse bearbeitet, sondern auch noch auf ihre rhetorischen Besonderheiten hin analysiert. Die Methode der qualitativen Inhaltsanalyse wird in der Kommunikations- und Sozialforschung unter anderem auch deshalb kritisch betrachtet. Für mich bot sie eine hilfreiche Vorgehensweise, um einen umfassenden Textcorpus strategisch zu analysieren und zu interpretieren.

In Bezug auf die ausgehende Fragestellung „Fukushima – Bruch oder Kontinuität in der Kommunikationsstrategie?“ stellte ich fest, dass Angela Merkel strukturiert und zielorientiert vorging und dabei den Übergang von der ersten Energiewende zur beschleunigten Energiewende nach Fukushima beeindruckend meisterte. Die Untersuchung aller vom BPA veröffentlichten Äußerungen der Kanzlerin im Zeitraum eines knappen Jahres machten die Strukturen ihrer Energiepolitik deutlich. So wurde ein rhetorisches System sichtbar, das im alltäglichen Nachrichtenkonsum untergeht. Im Laufe

der Analyse stellte sich heraus, dass die Kanzlerin keineswegs ihre Kommunikationsstrategie änderte. Sie ging 2010 und 2011 sehr ähnlich vor und verbreitete den Eindruck einer stringenten, nicht ernsthaft unterbrochenen Kommunikationsstrategie. Sie propagierte das zweite, beschleunigte Energiekonzept auch nicht als das Gegenteil des ersten, sondern als logische Konsequenz aus den Ereignissen in Fukushima.

Mir erschloss sich ein Bild von Angela Merkel als Politikerin, die ihre Aussagen genau abwägt und sich sehr bedacht äußert. Ihre politische Kommunikation zur Durchsetzung des ersten Energiekonzeptes baute auf einem kleinen Repertoire an relativ sachlichen Argumenten auf. Diese wiederholte sie möglichst oft und in ähnlichen Formulierungen. Aus ihren zahlreichen Auftritten, PKs, Interviews und Statements ergab sich ein sehr umfangreicher Corpus an allgemein formulierten Aussagen. Mit Hilfe von Personalisierungsstrategien, symbolischer Politik, persuasiver Kommunikation und politischen Kampagnen forcierte sie die Orientierung der politischen wie medialen Agenda hin zu ihren politischen Themen und Deutungen.

Bezeichnend für ihre Politik ist der Rückversicherungscharakter ihrer Kommunikation. Eine oberflächliche Betrachtung ihrer Äußerungen lässt die Annahme zu, dass die Kanzlerin sehr viele verschiedene Aussagen zum Thema Energiepolitik traf. Nicht nur die Energierese-Kampagne verstärkte diesen medial dauerpräsenten Eindruck, auch zahlreiche PKs, Interviews, Podcasts und energiepolitische Ausführungen bei Reden zu nicht energiepolitischen Themen ließen darauf schließen. Der allgemein gehaltene Charakter ihrer Kommunikation ermöglichte eine ständige zukünftige Absicherung. Indem sie nur selten eindeutige Statements zu energiepolitischen Themen abgab, bot sie weder der Opposition noch den Medien wirkliche Angriffspunkte. 2010 verbreitete sie einige wenige Fakten zu ihrem Energiekonzept (KKW-Laufzeiten bis ca. 2030, steuerliche Mehrbelastungen der KKW-Betreiber, zielstrebigem Weg ins Zeitalter der erneuerbaren Energien, Probleme und Chancen der Energiewende), transportiert in wörtlich-umfangreichen Aussagen, bis sie die gesetzliche Fixierung ihres Vorhabens erreichte.

Die Kanzlerin erweckte durch gleichbleibende Aussagen und Argumente den Eindruck kommunikativer Kontinuität. In der Analyse des Praxisbeispiels wird deutlich, dass sie die Katastrophe in Japan als etwas darstellte, das jenseits dessen liegt, was (angeblich) sinnvoll zu prognostizieren ist. Fukushima wurde in ihrer Kommunikation so zu einem Ereignis, das in die Realität „einbricht“ und eigentlich außerhalb dessen liegt, was vorstellbar ist. Dieses unbeeinflussbare Einwirken nutzte sie, um ihren politischen Richtungswechsel als logische Konsequenz aus dieser Katastrophe darzustellen. Sie

deklarierte in den folgenden Wochen das neue Energiekonzept als logische Folge und lediglich beschleunigte Variante des bereits vorher festgelegten Kernenergieausstiegs. So nahm sie den Ereignissen den Charakter eines Richtungswechsels und Bruchs in ihrer Kommunikation. Das, was es eigentlich war, nämlich das Abwenden von ihrer geplanten Politik für die nächsten 20 Jahre, wurde von der Kanzlerin auf diese Weise in eine Kontinuität gewandelt, die sich lediglich im Zeitplan von ihren vorherigen Handlungen unterschied. Diese propagierte Kontinuität zeigte sich auch in ihrer Strategie nach der Katastrophe, die im Grunde nur die Weiterführung der Strategie von 2010 war.

Vom Muster her waren beide Strategien ähnlich aufgebaut. Einem Ereignis – Ankündigung des Energiekonzeptes bzw. Katastrophe in Japan – folgte eine Phase des Lösungssuchens. 2010 waren das die Energieszenarien, 2011 das Atom-Moratorium. Während dieser Phase kommunizierte die Kanzlerin in Interviews und PKs, dass und unter welchen Kriterien nach Lösungen gesucht wird und begründete so schon vorab die zu treffenden Entscheidungen. Nachträglich wurden die Entscheidungen dann kommunikativ legitimiert. Als zusätzliche Legitimationsgrundlage wurden beide Male sogenannte Expertenkommissionen (Energieszenarien und Ethikkommission) hinzugezogen. Auf diese Weise wurden machtpolitische Entscheidungsgrundlagen negiert und die unabhängige, wissenschaftliche Expertenmeinung zur Entpolitisierung herangezogen. Diese Schein-Distanz der Regierung zu den energiepolitischen Entscheidungen trug ebenfalls zum absichernden Charakter von Angela Merkels Kommunikation bei. Die Verantwortung für Wissenschaftlichkeit und Vernunft in den beiden Energiekonzepten wurde so an die Expertenkommissionen übergeben.

Wie 2010 arbeitete sie auch 2011 drei Strategiepunkte ab (Vorbereitung, Durchführung, Nachbereitung) und bediente sich kommunikativer Strategien der Personalisierung, des Agenda-Settings und der Persuasion. Eine Art Kampagne war, ähnlich der Energiereise 2010, das Moratorium 2011, das sie als aktive Findungsphase des neuen Energiekonzepts darstellte. Trotz der Ereignisse in Fukushima änderte sich argumentativ bis auf die Neueinschätzung der Kernrisiken nichts. Diese politische Kehrtwende rechtfertigte sie auch nicht übermäßig, sondern vermittelte in ihren Aussagen eine selbstverständlich gegebene Kontinuität ihrer Handlungen nach den Ereignissen in Japan.

Die vage Kommunikation von 2010 kam ihr bei diesem politischen Richtungswechsel, der offiziell keiner sein sollte, zugute. Es gab keine Aussage von 2010, die 2011 ernsthaft infrage gestellt werden konnte. Alle heiklen und umstrittenen Themen hatte sie im Vorjahr, trotz vielfältiger Äußerungen, im Grunde offen gelassen. So betonte sie damals zwar die Sicherheit deutscher KKW's als weltbeste, stellte sie aber gleichzeitig nicht als absolute Größe und ebenso wenig als nicht mehr steigerbares Maximum dar. Somit hatte sie sich noch Argumentationsspielraum bewahrt. Die Ausnahme und so gleichzeitig der Beweis dieser Regel ist der Freud'sche Versprecher, der ihr am 17.03.2011 unterlief. Hier sprach sie von Arbeitsplätzen, die in andere Länder abwandern könnten „[...] wo die Sicherheit der Kernkraftwerke nicht besser, vielleicht sogar noch geringer ist.“²⁴⁴ Dies ist der einzige Punkt in ihrer Argumentation, bei dem ihr der Fehler einer konkreten Aussage unterlief: Die Sicherheit der deutschen KKW's ist gering. Dabei bleibt unklar, ob „noch“ von ihr als Partikel (also als Verstärkung des „geringer“) oder als Adverb (zur Kennzeichnung eines Zustandes, der möglicherweise bald verändert wird) verwendet wird. Diese Ausnahme bestätigt die ansonsten gültige Regel der peripheren Argumentation.

Nach Fukushima erklärte die Kanzlerin eine politische Richtung zu ihrer, die sie vorher vehement abgelehnt hatte. Innerhalb kürzester Zeit wechselte sie von der verteidigenden Position, dass Kernenergie bis 2030 nötig sei, in die aktive Rolle der Regierungschefin, die den Ausstieg bis 2022 vehement fordert und fördert. Trotz der verheerenden Ereignisse in Japan wurden die kommunikativen Regierungsbemühungen des letzten Jahres von der Kanzlerin als weiterhin gültig verbreitet und so der Eindruck der bereits angesprochenen kommunikativen Kontinuität verstärkt. Dem gesamten Handeln der Kanzlerin lag eine rhetorische Strategie verallgemeinernder Aussagen zugrunde. Die fehlenden Konturen ihrer Kommunikation ermöglichten es, einen eigentlichen Richtungswechsel als Kontinuität und logische Konsequenz vorheriger Handlungen darzustellen. Die sich daraus ergebende Flexibilität bei dauerhafter Medienpräsenz ermöglicht es Angela Merkel, ihre Macht zu erhalten.

Zu vermuten ist, dass die KKW-Laufzeiten verlängert wurden, um die Finanzierung der Energiewende zu sichern. Die Kanzlerin hat 2010 einen Finanzierungsplan für

²⁴⁴ Vergleiche S. 81.

die Energiewende gefasst, der vorrangig die KKW-Betreiber und nicht den Staat und die Bürger belastete. Die Milliarden, die die KKW-Betreiber an Gewinnabgaben für den Ausbau der erneuerbaren Energien hätten zahlen müssen, müssen nun anders aufgebracht werden. Einmal durch Steuergelder, was der Regierung die Finanzen in anderen Bereichen kürzt und indirekt bürgerlichen Unmut nach sich ziehen kann. Und natürlich durch höhere Strompreise aufgrund der EEG-Umlage, was den direkten bürgerlichen Unmut zur Folge hätte. Mit den längeren KKW-Laufzeiten wählte die Kanzlerin den Weg, der bei den Bürgern den geringeren negativen Eindruck hinterlassen würde. Trotz gelegentlicher Proteste gegen Kernkraft, wird diese im Alltag von den meisten Menschen nicht wahrgenommen und deshalb schnell wieder vergessen. Höhere Strompreise oder z.B. weniger Geld für das Schulsystem spüren die Menschen in Deutschland aber jeden Tag. In der Interessensabwägung zwischen Gewinnabschöpfung und bürgerlichen Vorbehalten gegen Kernenergie entschied sie sich für ersteres.

Natürlich darf auch der Einfluss der Energie-Lobby nicht unterschätzt werden. Als große Steuerzahler und Arbeitgeber sind die vier großen deutschen Energieunternehmen (die allesamt KKW's betreiben) eine starke Interessensvertretung in der Sache der Kernenergie. Durch Lobby-Arbeit, beratende Tätigkeiten und nicht zuletzt die scheinbar starke Vertretung der Energieunternehmen in der CDU, üben diese vermutlich auch einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Regierung aus. Ein entscheidender Punkt ist in dieser Interessenslage vor allem die Frage der Finanzierung. Die KKW's existieren ja bereits und sind abbezahlt, es müssen also nicht komplett neue Kraftwerke gebaut werden, wenn die KKW-Laufzeiten verlängert werden. Die Energieunternehmen können also Gewinne machen, ohne große Neuinvestitionen zu tätigen. Die Energiewende und das Abschalten der KKW's bedeuten aber zwingende Neuinvestitionen in Gas- und Kohlekraftwerke sowie Wind-, Wasser-, Solar- und Biomasse-Energietechnik. Die Kanzlerin hatte also unter Umständen nicht nur die finanzielle Entlastung des Staates im Blick, als sie Laufzeiten bis ca. 2030 festlegte, sondern auch die sicheren Gewinne der Kernenergiebranche.

Angela Merkel tut das, was nötig ist und zwar erst dann, wenn es wirklich unabweichlich nötig wird. Das ist eine interessante Strategie. Sie behelligt die Bevölkerung erst im äußersten Notfall mit Aktionen und wird daher als eine beständige, ruhige, besonnene und kompetente „Landesmutter“ angesehen. 2010 wählte sie den Beginn ihrer Legislaturperiode, um die Mitfinanzierung einer langfristigen Energiewende durch die KKW-Betreiber festzulegen. Zu diesem Zeitpunkt war es insofern notwendig zu

handeln, als dass die Regierung noch drei Jahre „Ruhe haben würde“, bevor die Opposition nach einer eventuell gewonnenen Bundestagswahl wieder alles umkehren könnte. 2011 dann war es angesichts der TV-Bilder aus Japan unmöglich geworden, weiterhin auf die „weltweit sichersten deutschen KKWs“ zu pochen, ohne sich kritisch gegenüber der Kernenergie zu äußern.

In ihren Handlungen vor und nach Fukushima hat Angela Merkel Stringenz und Kontinuität bewiesen: kontinuierliche inhaltliche Flexibilität. So positionierte sie sich als Regierungschefin, die auf tagesaktuelle Geschehnisse eingeht. Die kommunikative Kontinuität sorgte dafür, dass sich die Vorgehensweise und infolgedessen die Wahrnehmung der Kanzlerkommunikation vor und nach Fukushima kaum unterschied. Somit wurde die These von einer veränderten Kommunikationsstrategie nach der nuklearen Katastrophe in Japan widerlegt.

Ein weiteres interessantes Ergebnis dieser Arbeit war der deutliche Konflikt zwischen Darstellungs- und Entscheidungspolitik. Angepasst an die Informationsgesellschaft ist die Kanzlerin dauerhaft in den Medien präsent, ohne aber in gleich hohem Maße Informationen zu vermitteln. Stattdessen bezieht sich der Großteil ihrer kommunikativen Leistungen auf das Darstellen vergangener, gegenwärtiger oder zukünftiger Handlungen. Entscheidungsfindungen hingegen werden kaum erklärt und in der Regel mit dem Verweis auf sogenannte Expertenkommissionen erledigt. So ergibt sich ein Bild von ihrer Kommunikation, in der sie vor allem durch Präsenz überzeugt, weniger durch inhaltlich starke Argumente und stichhaltige Erklärungen zu ihrer Politik. Sie ist sowohl vor Fukushima als auch danach strategisch zielgerichtet vorgegangen. Gemessen an den gesetzten und schließlich erreichten Zielen sind beide Teile ihrer Kommunikationsstrategie als erfolgreich zu bezeichnen. Dieser Erfolg ist umso beeindruckender, wenn man das Ungleichgewicht von Handlungsdarstellung und politischen Inhalten in ihrer Kommunikation bedenkt. Sowohl 2010 als auch 2011 setzte sie schließlich die von ihr geforderten Energiekonzepte gesetzlich fest und überzeugte Bundesrat und Bundestag von deren Richtigkeit.

Weiteres Forschungspotential sehe ich vor allem auf der Medien- und Rezipientenseite der Kommunikation. Ein interessanter Anschlusspunkt an diese Arbeit wäre die Untersuchung der tatsächlichen persuasiven Wirkung gegenüber Medien und Bevölkerung. Konnte die Kanzlerin zunächst die Medien überzeugen, ihre Themen und Deutungen regierungskonform zu veröffentlichen? Und wie kommt die mediale Dauerpräsenz, trotz weitestgehend fehlender inhaltlicher Fakten, bei den Menschen im Land

an? Was wissen sie tatsächlich über die Energiewende und welche Zustimmung geben sie der Kanzlerin und ihrer Energiepolitik? Ein möglicher Beleg für den Erfolg oder Misserfolg dieser Kommunikationsstrategie wird die Bundestagswahl im September dieses Jahres sein. Natürlich ist die Energiepolitik von Angela Merkel nicht alleiniges Kriterium für die Stimmabgabe, aber ihre (möglicherweise veränderte) Glaubwürdigkeit und Integrität in Folge des energiepolitischen Richtungswechsels tragen sicherlich zur Beurteilung durch die Wähler bei.

Quellenverzeichnis

Literaturverzeichnis

Altendorfer, Otto (2009): Einführung in die Kommunikationswissenschaft. In: Hilmer, Ludwig (Hg.) 2009: Medienmanagement. Band 1. Methodik – Journalistik und Publizistik – Medienrecht. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Claussen, Vivien (2012): Professionalisierung der politischen Kommunikation. In: Lies, Jan (2012): Kommunikation und Reputation – ein Widerspruch? Berlin: LIT Verlag 2012.

Gebauer, Klaus-Eckart (1998): Regierungskommunikation. In: Saxer, Ulrich (1998) Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag GmbH.

Gläser, Jochen; Laudel, Grit (2009): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen. 3. überarb. A. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Grundgesetz (idF v. 2010)

Hein, Martin (2012): Amerikanisierung als Professionalisierung der politischen Kommunikation in Deutschland? In: Lies, Jan (2012): Kommunikation und Reputation – ein Widerspruch? Berlin: LIT Verlag 2012.

Jarren, Ottfried; Sarcinelli, Ulrich (1998): „Politische Kommunikation“ als Forschungs- und als politisches Handlungsfeld: Einleitende Anmerkungen zum Versuch der systematischen Erschließung. In: Saxer, Ulrich (1998): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag GmbH 1998.

- Jarren**, Ottfried; Donges, Patrick (2006): Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung. 2. überarb. A. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Mayring**, Philipp (2003): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 8. A. Weinheim und Basel: Beltz Verlag 2003.
- Meyer**, Thomas (1992): Die Inszenierung des Scheins. Voraussetzungen und Folgen symbolischer Politik. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Pürer**, Heinz (2003): Publizistik und Kommunikationswissenschaft. Ein Handbuch. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft (= UTB 8249).
- Rudzio**, Wolfgang (2006): Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. 7. überarb. u. erweitert. A. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Sarcinelli**, Ulrich (2005): Politische Kommunikation in Deutschland. Zur Politikvermittlung im demokratischen System. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Saxer**, Ulrich (Hg.) 1998: Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag GmbH.
- Saxer**, Ulrich (1998): System, Systemwandel und politische Kommunikation. In: Saxer, Ulrich (1998): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag GmbH.

Internetquellen

Bundesamt für Strahlenschutz (2011): Kerntechnische Anlagen in Betrieb.

Deutschland. <Kernanlagen_Betrieb_Aug_2011> Zugriff am 12.02.2013.

Bundesamt für Strahlenschutz (2013): Kerntechnische Anlagen in Stilllegung.

<http://www.bfs.de/de/kerntechnik/Kerntechnische_Anlagen_in_Deutschland>

Zugriff am 12.02.2013.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2000):

Vereinbarung vom 14. Juni 2000. <<http://www.bmu.de/fileadmin/bmu->

import/files/pdfs/allgemein/application/pdf/atomkonsens.pdf> Zugriff am

13.02.2013.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2010):

Energieszenarien für ein Energiekonzept der Bundesregierung.

<<http://www.bmu.de/fileadmin/bmu->

import/files/pdfs/allgemein/application/pdf/energieszzenarien_2010.pdf> Zugriff

am 13.02.2013

Bundespresseamt (2010): Pressekonferenz Bundeskanzlerin Merkel und Bundesminister Westerwelle zu den Ergebnissen der Kabinettsklausur (07.06.2010).

<<http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/06/2010-06-07-sparpaket.html>> Zugriff am 15.03.2013.

Bundespresseamt (2010): Interview von Angela Merkel mit „N24“ (07.07.2010).

<<http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Interview/2010/07/2010-07-07-n24-sommerinterview.html?nn=385694>> Zugriff am 12.03.2013.

Bundespresseamt (2010): Pressestatement von Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich ihres Besuchs beim Unternehmen Nordex (18.08.2010).

<<http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/08/2010-08-18-pressestatement-bk-energiereise-rostock.html?nn=74446>>
Zugriff am 10.03.2013.

Bundespresseamt (2010): Bundeskanzlerin auf Energiereise (24.08.2010).

<<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2010/08/2010-08-24-energiereise-allgemein.html>> Zugriff am 10.03.2013.

Bundespresseamt (2010): Pressestatement von Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Besuch des Kernkraftwerks Emsland (26.08.2010).

<<http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/08/2010-08-26-pressestatement-kkw-lingen.html?nn=74446>> Zugriff am 11.03.2013.

Bundespresseamt (2010): Pressestatement von Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Besuch der Bioenergie-Heizkraftanlage der Firma Emsflower (26.08.2010).

<<http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/08/2010-08-26-pressestatement-emsbueren.html>> Zugriff am 11.03.2013.

Bundespresseamt (2010): Pressestatement von Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Besuch des Gas- und Dampfturbinenkraftwerks (26.08.2010).

<<http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/08/2010-08-26-pressestatement-gas-turbine-lingen.html?nn=74446>> Zugriff am 11.03.2013.

Bundespresseamt (2010): Pressestatement von Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Besuch des Trianel Steinkohlekraftwerks (26.08.2010).

<<http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/08/2010-08-26-pressestatement-luenen.html?nn=74446>> Zugriff am 11.03.2013.

- Bundespresseamt** (2010): Pressestatement der Bundeskanzlerin beim Besuch des Laufwasserkraftwerks Rheinfelden (27.08.2010).
<<http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/08/2010-08-27-statement-rheinfelden.html>> Zugriff am 11.03.2013.
- Bundespresseamt** (2010): Abschlusspressekonferenz zur Energiereise von Bundeskanzlerin Merkel, Bundesumweltminister Röttgen und Bundeswirtschaftsminister Brüderle (27.08.2010).
<<http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/08/2010-08-27-abschluss-pk-energiereise.html?nn=74446>> Zugriff am 03.03.2013.
- Bundespresseamt** (2010): Pressestatements von Bundeskanzlerin Merkel zum Energiekonzept (06.09.2010).
<<http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/09/2010-09-06-bkin-energie.html?nn=74446>> Zugriff am 11.03.2013.
- Bundespresseamt** (2010): Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel auf der 10. Jahreskonferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung (27.09.2010).
<<http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Rede/2010/09/2010-09-27-merkel-jahreskonferenz-nachhaltige-entwicklung.html?nn=74420>> Zugriff am 13.03.2013.
- Bundespresseamt** (2010): Interview mit Angela Merkel in der „Süddeutschen Zeitung“ (29.09.2010).
<<http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Interview/2010/09/2010-09-29-bk-sz.html?nn=385694>> Zugriff am 14.03.2013.
- Bundespresseamt** (2010): Interview mit Angela Merkel im „Focus“ (08.11.2010).
<<http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Interview/2010/11/2010-11-08-focus-merkel.html?nn=385694>> Zugriff am 13.03.2013.

Bundespresseamt (2011): Pressestatements von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesminister Guido Westerwelle zum Erdbeben in Japan am 12. März 2011 (12.03.2011).

<<http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/03/2011-03-12-pk-kanzleramt-japan.html?nn=74446>> Zugriff am 20.03.2013

Bundespresseamt (2011): Pressekonferenz mit Bundesaußenminister Guido Westerwelle (13.03.2011).

<<http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/03/2011-03-13-pk-westerwelle.html>> Zugriff am 03.04.2013.

Bundespresseamt (2011): Pressestatements von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesaußenminister Guido Westerwelle zu den Folgen der Naturkatastrophen in Japan sowie den Auswirkungen auf die deutschen Kernkraftwerke (14.03.2011).

<<http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/03/2011-03-14-bkin-lage-japan-atomkraftwerke.html?nn=74446>> Zugriff am 17.03.2013.

Bundespresseamt (2011): Statements nach dem Gespräch über die Nutzung der Kernenergie in Deutschland (15.03.2011).

<<http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/03/2011-03-15-statements-nutzung-kernenergie.html?nn=74446>> Zugriff am 17.03.2013.

Bundespresseamt (2011): Regierungserklärung der Bundeskanzlerin Angela Merkel zur aktuellen Lage in Japan (17.03.2011).

<<http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Regierungserklaerung/2011/2011-03-17merkel-lage-japan.html>> Zugriff am 17.03.2013.

Bundespresseamt (2011): Pressestatements von Bundeskanzlerin Merkel, Bundeswirtschaftsminister Brüderle und Bundesumweltminister Röttgen zur Nutzung der Kernenergie in Deutschland (22.03.2011)

<<http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/03/2011-03-22-statements-kernenergie-in-deutschland.html?nn=74446>> Zugriff am 08.12.2012.

Bundespresseamt (2011): Pressestatement von Bundeskanzlerin Angela Merkel vor dem Gespräch mit der Ethikkommission "Sichere Energieversorgung" (04.04.2011).

<<http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/04/2011-04-04-merkel-ethikkommission.html?nn=74446>> Zugriff am 18.03.2013.

Bundespresseamt (2011): Pressekonferenz Bundeskanzlerin Merkel und die Ministerpräsidenten der Länder zur Energiepolitik (15.04.2011).

<<http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/04/2011-04-15-ministerpraesidenten-energiekonzept.html?nn=74446>> Zugriff am 18.03.2013.

Bundespresseamt (2011): Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich der offiziellen Inbetriebnahme des Offshore-Windparks EnBW Baltic 1 (02.05.2011).

<<http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Rede/2011/05/2011-05-02-merkel-zingst.html?nn=74420>> Zugriff am 18.03.2013.

Bundespresseamt (2011): Interview mit Angela Merkel in der „Passauer neue Presse“ (07.05.2011).

<<http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Interview/2011/05/2011-05-07-merkel-ntp.html>> Zugriff am 18.03.2013.

Bundespresseamt (2011): Interview mit Angela Merkel in der „Zeit“ (12.05.2011).

<<http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Interview/2011/05/2011-05-12-merkel-zeit.html?nn=385694>> Zugriff am 18.03.2013.

- Bundespresseamt** (2011): Pressestatements anlässlich der Übergabe des Berichts der Ethikkommission "Sichere Energieversorgung" an Bundeskanzlerin Angela Merkel (30.05.2011).
<<http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/05/2011-05-30-merkel-uebergabe-bericht-ethikkommission.html?nn=74446>> Zugriff am 18.03.2013.
- Bundespresseamt** (2011): Pressekonferenz zum Energiekonzept der Bundesregierung mit Bundeskanzlerin Merkel, BM Rösler, BM Röttgen und BM Ramsauer (30.05.2011).
<<http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/05/2011-05-30-pk-bk-bm-energiekonzept.html?nn=74446>> Zugriff am 18.03.2013.
- Bundespresseamt** (2011): Pressekonferenz nach dem Gespräch der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten der Länder zur beschleunigten Umsetzung des Energiekonzepts (03.06.2011).
<<http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/06/2011-06-03-energie-wende-ministerpraesidenten.html?nn=74446>> Zugriff am 18.03.2013.
- Bundespresseamt** (2011): Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel zur Energiepolitik "Der Weg zur Energie der Zukunft" (09.06.2011).
<<http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Regierungserklaerung/2011/2011-06-09-merkel-energie-zukunft.html>> Zugriff am 18.03.2013.
- Bundespresseamt** (2011): Interview mit Angela Merkel in der „Leipziger Volkszeitung“ (08.07.2011).
<<http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Interview/2011/07/2011-07-08-merkel-leipziger-volkszeitung.html?nn=385694>> Zugriff am 18.03.2013.

Bundespresseamt (2013): Aufgaben der Bundeskanzlerin.

<http://www.bundeskanzlerin.de/Webs/BKin/DE/Kanzleramt/Aufgaben/aufgaben_der_kanzlerin_node.html;jsessionid=C04B86D7CDA2ED206FEC3E0CD393810C.s4t2> Zugriff am 28.11.2012.

Bundespresseamt (2013): Bundespresseamt.

<<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/StatischeSeiten/Breg/bundespresseamt-das-amt-im-ueberblick.html?nn=391634>> Zugriff am 09.02.2013.

Bundespresseamt (2013): Das Kanzleramt.

<http://www.bundeskanzlerin.de/Webs/BKin/DE/Kanzleramt/Bundeskabinet/bundeskabinet_node.html> Zugriff am 06.02.2013.

Bundestag (2010): Debatte Energiepolitik.

<http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2010/32009392_kw43_de_atompolitik/index.html> Zugriff am 13.02.2013.

Bundeszentrale für politische Bildung (2009): Kanzlerkommunikation.

<<http://www.bpb.de/apuz/31753/kanzlerkommunikation-von-adenauer-bis-merkel?p=all>> Zugriff am 06.02.2013.

CDU: Regierungsprogramm 2009-2013. <<http://www.cdu.de/doc/pdfc/090628-beschluss-regierungsprogramm-cducsu.pdf>> Zugriff am 13.02.2013.

Deutsches Atomforum e.V. (2012): Kernkraftwerke in Deutschland.

<<http://www.kernenergie.de/kernenergie/themen/kernkraftwerke/kernkraftwerke-in-deutschland.php>> Zugriff am 12.02.2013

Gesellschaft für Anlagen und Reaktorsicherheit (2012): Fukushima.

<<http://www.grs.de/publications/grs-S-51-fukushima-daiichi-11-maerz-2011-unfallablauf-radiologische-folgen>> Zugriff am 18.02.2013.

Duden: Politik. <<http://www.duden.de/rechtschreibung/Politik>> Zugriff am 01.02.2013.

E.ON (2013): Geschichte. <<http://www.eon.com/de/ueber-uns/profil/geschichte.html>>
Zugriff am 13.02.2013.

ZDF: Unternehmen. <<http://www.zdf.de/Fernsehratsmitglieder-nach-entsendenden-Organisationen-25602986.html>> Zugriff am 08.02.2013.

Anlagenverzeichnis

Anlage 1: Glossar

Anlage 2: Untersuchungsmateriel www.bundestkanzlerin.de: Pressekonferenzen, Reden, Interviews und Beiträge (aufgrund des immensen Seitenumfangs nur in digitaler Form als PDF auf der CD)

Anlage 1: Glossar

Agenda	Liste von Gesprächs- oder Verhandlungspunkten
Antiklimax	rhetorische Figur des Abschwächens
Black-Out	Großflächiger Stromausfall
Energiewende	Ersatz der Nutzung von fossilen und atomaren Energiequellen durch eine ökologische, nachhaltige Energieversorgung
Freud'scher Versprecher	eine sprachliche Fehlleistung, bei der ein eigentlicher Gedanke oder eine Intention des Sprechers unwillkürlich zu Tage tritt.
Hyperbel	rhetorische Figur der Übertreibung
Interdependenz	gegenseitige Abhängigkeit
Legitimation	Begründung, Rechtfertigung
Lobby	Interessensgruppe, die versucht, die Entscheidungen der Regierung bzw. einzelner Politiker zu beeinflussen.
Novelle	Gesetzesänderung, Nachtragegesetz
Paradigma	Beispiel, Muster
Paraphrase	Umschreibung eines sprachlichen Ausdrucks mit anderen Wörtern

Rhetorik	Redekunst, Lehre von der wirkungsvollen Gestaltung der Rede
Statement	öffentliche Erklärung, Verlautbarung
Strategie	Genauer Vorgehensplan um ein bestimmtes Ziel zu erreichen
Symbiose	Zusammenleben verschiedener Lebewesen (Institutionen) zum gegenseitigen Nutzen

Anlage 2: Untersuchungsmaterial

Untersuchungsmaterial www.bundestkanzlerin.de: Pressekonferenzen, Reden, Interviews und Beiträge (aufgrund des Seitenumfangs nur in digitaler Form als PDF auf der CD).

Selbstständigkeitserklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Bachelorarbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Stellen sind als solche kenntlich gemacht.

Die Arbeit wurde bisher keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch nicht veröffentlicht.

Ort, Datum

Unterschrift